

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

# ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 38 vom 18. September 1981

15. Jahrgang

1 DM

Massendemonstration in Westberlin

8203426

## 80 000 gegen den Haig-Besuch

Größtes Polizeiaufgebot seit '45

WESTBERLIN. — Zu einer eindrucksvollen Bekundung des Widerstands gegen die amerikanische Kriegspolitik gestaltete sich die Massendemonstration gegen den Haig-Besuch in Westberlin. Das Spektrum der Teilnehmer reichte von Mitgliedern der SPD und der FDP bis zu den Genossen unserer Partei, von der Alternativen Liste über die SEW bis zu gewerkschaftlichen und kirchlichen Gruppen.

„Die Berliner haben sich nicht geändert“ — mit diesen, an seinen US-Gast gerichteten Worten versuchte Bürgermeister Weizsäcker, die „traditionelle deutsch-amerikanische Freundschaft“ zu beschwören. Aber tatsächlich hatte sich das Bild in Westberlin gewaltig geändert. 1963 hatten noch Hunderttausende vor dem Schöneberger Rathaus dem Präsidenten Kennedy zugejubelt. Selbst Nixon konnte es sich 1968 noch leisten, auf dem Kudamm für kurze Zeit aufs Dach seines Autos zu steigen, um einer — allerdings nicht sehr großen — Anhängerschaft zuzuwinken.

Haig dagegen wurde durch völlig menschenleere und entvölkerte Straßen durch die Stadt kutschiert. Selbst der „Frankfurter Rundschau“ drängte sich der Vergleich auf, „als besuche ein verhaßter Vier-Sterne-General eine besetzte und unterjochte Stadt.“ Das größte Polizeiaufgebot seit Kriegsende war aufgebaut worden, um den US-Minister zu „schützen“. 7000 Polizisten waren nach offiziellen Angaben im Einsatz. Und wie Innenminister Lüttermann am Wochenende zugab, bestand sogar eine gemeinsame Planung mit den in Westberlin stationierten amerikanischen Besatzern. Auf der Route Haigs durch die Stadt war absolutes Halteverbot angeordnet worden, Hunderte von Autos schleppte die Polizei ab.

Der Senat und die örtliche Springerpresse hatten im Vorfeld des Haig-Besuchs eine selbst für Westberliner Verhältnisse ungewöhnliche Hysterie-Kampagne entfesselt, um unter der Bevölkerung Angst zu schüren und die angekündigte Demonstration von vornherein als Aufmarsch von Terroristen und Krawallmachern abzustempeln.

Trotz dieser massiven Hetze versammelten sich dann am Sonntagmorgen 80000 Menschen auf dem Olivaer Platz. Die Atmosphäre war anfangs noch sehr gespannt — kein Wunder angesichts der Angstpropaganda der Reaktion, angesichts des Riesenaufgebots der Polizei und der Tatsache,



80 000 Menschen demonstrierten in Westberlin gegen den Besuch des US-Kriegstreibers Haig

daß alle „strategischen“ Gebäude in der Innenstadt wie Festungen ausgebaut waren, mit Stacheldraht-Barrieren und Scharfschützen auf den Dächern.

Dann aber löste sich die Stimmung: Der gewaltige Zustrom zum Aufmarschort gab den Demonstranten ein Gefühl ihrer Stärke. Über fünf Kilometer erstreckte sich dann der Demonstrationzug. Die Westberliner KPD propagierte bei Zwischenkundgebungen über einen mitgeführten Lautsprecherwagen die Forderungen unseres Friedensplans und stieß damit auf ein positives Echo. Parolen für den NATO-Austritt und für die Auflösung der Militärblöcke wurden auch in anderen Demonstrationsblöcken getragen. Im Mittelpunkt standen überall die Forderungen nach der Kündigung des NATO-Raketenbeschlusses und nach dem Stopp der Produktion der Neutronenbombe.

Während der Demonstration kam es zu keinen Provokationen und Überfällen der Polizei; allerdings waren schon vorher 180 Personen willkürlich in Schutzhaft genommen worden, weil sie sich angeblich durch ihr Äußeres verdächtig gemacht hätten. Den von der Springer-Presse tagelang hetzerisch angekündigten Krawall jedenfalls gab es nicht. Die jetzt von den reaktionären Medien hochgespielt Straßenschlachten, die

sich einige hundert Jugendliche am Schöneberger Rathaus mit der Polizei lieferten, hatten mit der Anti-Haig-Demonstration nichts zu tun.

Ein Jahr Militärdiktatur in der Türkei

## Massenprotest gegen die faschistische Junta

Bonn gibt Türkei-Hilfe frei

Am vergangenen Samstag jährte sich zum ersten Mal der Tag, an dem die türkischen Generäle mit Hilfe der NATO die Macht übernommen und ein blutiges Militärrégime errichtet haben. Aus diesem Anlaß kam es in mehreren Städten der Bundesrepublik zu Protestaktionen.

In Duisburg gingen über 20000 Menschen in einem eindrucksvollen Demonstrationzug auf die Straße. Aus allen Teilen des Landes waren die Teilnehmer an dieser Demonstration ins Ruhrgebiet gekommen, um gemeinsam ihren Protest gegen das Blutregime in der Türkei auszudrücken. Eine der zentralen Forderungen war dabei die sofortige Einstellung der sogenannten Türkei-Hilfe. Demonstrationen gab es auch in Dortmund und Köln; amnesty international organisierte Mahnwachen vor türkischen Konsulaten in mehreren Städten.

Wie zum Hohn auf diese Proteste und auf die Opfer des türkischen Militärrégimes gab der Bundestagsausschuß für



Besser den Betrieb besetzen... — Das ist die Meinung der Kollegen von Triumph-Adler in Frankfurt. Vor kurzem war der Plan zur Schließung des Werkes (2600 Arbeitsplätze) bekannt geworden. Bereits vorher war die Schließung eines Werkes der Vereinigten Deutschen Metallwerke mit 1700 Beschäftigten beschlossen worden. Durch den Druck der Basis wurde die Gewerkschaft zum Handeln gezwungen. Eine Demonstration mit fast 8000 Teilnehmern fand statt. Fast 100000 Unterschriften für den Erhalt der Arbeitsplätze wurden gesammelt. Die Bosse steckten etwas zurück: 1000 Arbeitsplätze bei Adler sollen jetzt bleiben. Das reicht nicht — die Entlassungspläne müssen ganz fallen!

Haushalt '82

## CDU will Abbau aller Sozialleistungen

BONN. — Die sogenannte Opposition im Bundestag verfolgt in der Diskussion um den kommenden Bundeshaushalt nach wie vor die von Strauß in seiner berühmten Sonthofener Rede entwickelte Strategie: Kein eigenes Sparprogramm entwickeln, um sich demagogisch als Sachverwalter der Interessen des „kleinen Mannes“ gegenüber der Regierung aufspielen zu können.

Strauß hat diese Linie in einem Brief an CDU-Chef Kohl und die Regierungschefs der CDU-regierten Länder jetzt noch einmal bekräftigt. Und Kohl hat sich daran gehalten. Er legte letzte Woche als „Alternative“ zum Haushaltsprogramm der Bundesregierung einen Vier-Punkte-Katalog vor, der zum größten Teil nur ganz allgemein gehaltene Absichtserklärungen über „Kostendämpfung“ und „Mißbrauchsbekämpfung“ im Sozialbereich enthält.

Pech für Strauß und Kohl, daß in der vergangenen Woche

der Presse ein Programm der Haushaltsexperten der Union zugespielt wurde, daß die wirklichen Absichten der CDU/CSU festhält. Danach wollen die Strauß-Leute einen einjährigen Besoldungsstopp im öffentlichen Dienst durchsetzen, als „Signal“ für einen Lohn- und Gehaltsstopp in der privaten Wirtschaft. Und den Sozialabbau wollen sie noch brutaler vorantreiben als die Bundesregierung: Alle sozialen Leistungen sollen nach dem Programm der Union generell um 5 Prozent gekürzt werden.

## Protestveranstaltung des Komitees „Freiheit für die Türkei“

Zum ersten Jahrestag des Militärputsches führt das Komitee in Duisburg eine Protestveranstaltung durch.

**Podiumsdiskussion** mit Claude Dejardin und Lady Fleming (Mitglieder des Europarats), mit Klaus Thüsing (SPD-MdB), Ingeborg Drewitz (Vizepräsidentin des PEN-Clubs) und Cafer Cebe (DİF-Vorsitzender).

**Kulturprogramm** mit Melike Demirag, Mehmet Erdogmus und Folkloregruppen. Samstag, 19. September, 14.00 Uhr Rhein-Ruhr-Halle, Duisburg-Hamborn



20 000 Menschen demonstrierten in Duisburg aus Anlaß des ersten Jahrestags des Putsches der faschistischen Junta in der Türkei

## Kommentar der Woche

In der SPD-Fraktionssitzung, die letzte Woche über den Haushaltsentwurf der Regierung beriet, hielt Bundeskanzler Schmidt einen Vortrag in Sachen Geschichte. Er verglich die heutige Entwicklung mit der Situation im Deutschland zu Beginn der 30er Jahre und fand sie „beklemmend ähnlich“. Und drohend gegen die Fraktion gewandt erklärte der Kanzler, er wolle jedenfalls „nicht Hermann Müller heißen.“

Hermann Müller war der letzte sozialdemokratische Reichskanzler der Weimarer Republik. Er wurde im März 1930, am Beginn der bis dahin tiefsten Krise des kapitalistischen Systems, gestürzt. Der unmittelbare Anlaß für seinen Abtritt: Die SPD-Fraktion verweigerte ihm ihre Zustimmung für eine drastische Kürzung der Arbeitslosenunterstützung. Was Schmidt mit seinem Exkurs in die Geschichte bezweckte, ist deutlich: Nach Müllers Sturz kam damals die Brüning'sche Notverordnungs-Diktatur; es folgten die ultrareaktionären Kabinette Papen und Schleicher — nur Übergangsstufen zum endgültigen Machtantritt des faschistischen Terrorregimes.

### Helmut Schmidt und Hermann Müller

Auf diese Art sollte den SPD-Abgeordneten also wieder einmal klar gemacht werden, welche folgeschweren Entwicklungen es nach sie ziehen kann, wenn man einem sozialdemokratischen Kanzler die Gefolgschaft verweigert, wenn der sich (mit schwerem Herzen natürlich) gezwungen sieht, den sozialen Besitzstand der Werktätigen abzubauen.

Aber Schmidts geschichtlicher Vergleich hinkt beträchtlich. Denn der Sturz seines Vorgängers Müller war keineswegs das Ergebnis mangelnder Gefolgschaft von Seiten der SPD-Parlamentsfraktion. Da gab es ganz andere Dinge von beklemmender Ähnlichkeit mit der heutigen Situation. Beispielsweise Koalitionspartner der SPD, die immer offener auf einen Bruch des Regierungsbündnisses hinsteuerten. Und tatsächlich waren 1930, längst vor Müllers endgültigem Sturz, hinter den Kulissen am Hofe des damaligen Reichspräsidenten Hindenburg Geheimverhandlungen über die Bildung einer neuen Regierung unter Ausschluß der SPD geführt worden.

Das entscheidende aber ist, daß damals der Kanzler Müller ebenso wenig tatsächlich die Richtlinien der Politik bestimmte wie heute sein Nachfolger Schmidt. Die wirklichen Entscheidungen fielen damals nicht im Reichstag, und sie fielen heute nicht im Bundestag. Müllers Sturz, der Bruch der Koalition von 1930, erfolgte auf die Initiative der Monopolherren, die zunehmend ihr Vertrauen in die SPD als Vertreter ihrer Interessen verloren hatten. Und dieses Vertrauen beruhte ja im wesentlichen (ebenso wie heute) auf der Hoffnung, daß es der SPD-Führung gelingen möge, die Arbeiterklasse im Sinne des Kapitals zu befrieden und in ein System der Sozialpartnerschaft einzubinden.

Gerade das gelang aber immer weniger. In den von der SPD beherrschten Gewerkschaften und auch in der Partei selbst wuchs der Widerstand gegen die forcierte Rüstungspolitik (Panzerkreuzbau) ebenso wie gegen den fortschreitenden Sozialabbau. Die Monopolherren aber brauchten für die Durchführung ihrer Krisenpolitik eine starke, zu allen Brutalitäten fähige Regierung, die nicht bei jedem Schritt gegenüber einer widerspenstigen Basis taktieren und teilweise auch Zugeständnisse machen mußte. Das gab den wirklichen Ausschlag für Müllers Sturz. Und ähnliche Gründe könnten auch der jetzigen Bonner Koalition einmal ein vorzeitiges Ende bescheren.

Wenn Schmidt jetzt das Schicksal seines Vorgängers Müller beschwört, dann ist das nicht eine notwendige Aufarbeitung geschichtlicher Lehren, sondern ein demagogischer Trick, um seine Partei auf die im Interesse des Kapitals gefaßten Sparbeschlüsse einzustimmen. Denn die entscheidende Tatsache hat der Kanzler ja völlig verdreht. Nicht der Widerstand der Parteibasis gegen den Abbau der demokratischen und sozialen Rechte und gegen die Militarisierung hat vor 50 Jahren dem Vormarsch der äußersten Reaktion den Weg gebahnt. Das hat vielmehr die Kapitulationspolitik der SPD-Führung getan, die der Offensive der reaktionärsten Kräfte des Finanzkapitals Schritt für Schritt nachgegeben und die von ihr ideologisch beherrschten Massen zum Stillhalten aufgefordert hat, weil nur so „Schlimmeres“ zu verhüten wäre.

Auch wenn Helmut Schmidt „nicht Hermann Müller heißen“ will — er verfolgt doch mit beklemmender Ähnlichkeit eine Politik, die unser Volk schon einmal in die Katastrophe geführt hat.

Detlef Schneider

Haushalt '82

# SPD-Fraktion stimmt für Regierungsvorlage

Kein Widerstand von Gewerkschaftsführern

**BONN. — Trotz aller Proteste, die auch von der sozialdemokratischen Parteibasis kamen, hat die Bundestagsfraktion der SPD in der vergangenen Woche den reaktionären Haushaltsentwurf der Bundesregierung abgesegnet. Nur 23 Abgeordnete stimmten dagegen.**

Die SPD-Führer verfolgen gegenwärtig eine Taktik der Doppelzüngigkeit. Vor der Basis wird kräftig auf den Putz gehauen. Das tat beispielsweise der Parteivorsitzende Brandt, als er vor einem Regionalpartei-tag im niedersächsischen Nordenham ausrief, mit den in Bonn verabschiedeten Sparbeschlüssen seien die „Grenzen sozialdemokratischer Selbstachtung erreicht“, wofür er denn auch tosenden Beifall erhielt. Mit solch tönendem Wortgeklänge soll der Eindruck erweckt werden, die Bonner Parteiführer würden sich dem von Genscher und Lambsdorff offen geforderten Abbau des sozialen Besitzstands entgegenstellen.

gezeigt — erwarten allerdings mehr von der Bonner Parteiführung, als nur „bei der Stange“, also in der Regierung zu bleiben. Sie verlangen zumindest ein eindeutiges Nein zu den Anschlägen auf den sozialen Besitzstand, wie sie jetzt im Haushaltsentwurf der Bundesregierung festgeschrieben sind.

Zurecht sind die Mitglieder oder Anhänger der SPD verbittert, wenn sie jetzt einen Genscher triumphieren hören: Die gesellschaftspolitische Wende sei erreicht, weil mit den Haushaltsbeschlüssen ein deutlicher Schritt hin zu Mehr- und Selbstverantwortung in der Sozialpolitik und zur stärkeren Förderung der privaten Investitionen getan worden sei. Und jeder, der

SPD-Bosse in Wahrheit hinter dem Kurs stehen, den Genscher und Lambsdorff ungeschminkt auch in der Öffentlichkeit vertreten.

Trotz dieser Tatsachen aber segnete die SPD-Bundestagsfraktion die Haushaltsbeschlüsse mit großer Mehrheit ab. Nur 23 Abgeordnete des „linken Flügels“ stimmten dagegen. Und auch das war nur ein völlig unverbindlicher Akt, hinter dem keineswegs eine wirkliche Kampfansage an die reaktionäre Haushaltspolitik stand. Denn im Bundestag, wenn es drauf ankommt, werden auch die meisten „Linken“ hübsch brav „bei der Stange“ bleiben und mit der Mehrheit stimmen. Der Abgeordnete Lutz, einer der 23 Neinsager, faßte diese opportunistische Bankrottopolitik der „Linken“ in die klassischen Worte: „Die sozialdemokratischen Seelen werden schmerzen, aber zum Schluß stehen wie ein Mann.“

Ein besonders schändliches Verhalten haben in der Diskussion der SPD-Fraktion über den Haushalt ausgerechnet diejenigen an den Tag gelegt, die sich gemeinhin als Interessenvertreter der Arbeiterklasse aufspielen: die Gewerkschaftsbözen nämlich, die über SPD-Listen in den Bundestag eingetrückt sind. Von Adolf Schmidt etwa, dem Vorsitzenden der IG Bergbau, wird berichtet, daß er sich während der siebenstündigen Fraktionssitzung — bei der es ja um die elementaren Lebensinteressen der Werktätigen ging — durch ein vollständiges Schweigen auszeichnete. Und auch seine Kollegen Rappe (Vorstandsmitglied der IG Chemie) und Haar (Boß der Eisenbahnergewerkschaft) verhielten sich nicht viel anders. Keiner von diesen Herren gehörte zu den 23 Neinsagern, sie stimmten für den Regierungsentwurf, für den Raubzug gegen den sozialen Besitzstand der Werktätigen.

Und damit stimmten sie auch für all die Folgerungen, die sich aus den jetzigen Haushaltsbeschlüssen ergeben werden.

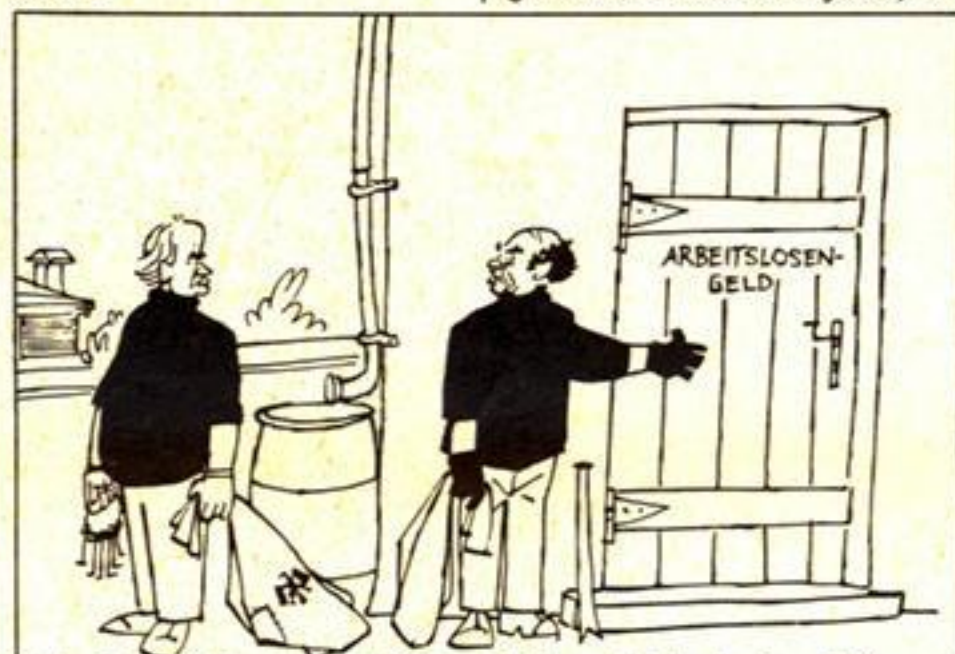
Denn die von Genscher so provokativ verkündete „Wende“ steht ja erst in ihrem Anfangsstadium. Weitere und noch tiefere greifende Einschnitte ins „soziale Netz“ sind schon vorprogrammiert. Denn die Bundesfinanzen sind auch mit dem jetzt vorgelegten Sparprogramm keineswegs saniert.

Die Haushaltsexperten der beiden Koalitionsparteien haben schon ausgerechnet, daß im jetzigen Haushaltsentwurf zahlreiche „Risiken“ enthalten sind. So werden beispielsweise die Auswirkungen der EG-Agrarbeschlüsse nach aller Wahrscheinlichkeit den Bonner Etat um 650 Millionen Mark mehr belasten als ursprünglich eingeplant war. Die Steuererhöhungen (Branntwein, Sekt, Tabak) werden 350 Millionen weniger einbringen, als von Matthöfer berechnet wurde. Diese beiden Posten alleine machen ja schon eine runde Milliarde aus.

Wesentlich stärker zu Buche schlagen wird die falsche Berechnung der Entwicklung des sogenannten Arbeitsmarktes. Matthöfer ist von einer Arbeitslosenzahl von 1,4 Millionen ausgegangen, die inzwischen längst nicht mehr realistisch ist. Schon bei einem Anstieg auf 1,5 Millionen Arbeitslose aber wären zusätzlich 1,2 Milliarden Mark aus dem Bundeshaushalt für die Arbeitslosenversicherung fällig.

Zudem hat Kriegsminister Apel (dessen Etat um vier Prozent aufgestockt wurde) letzte Woche verkündet, „das eine oder andere Notwendige“ bei der Bundeswehr könne inzwischen nicht mehr finanziert werden — ein mehr als deutlicher Hinweis darauf, daß alsbald der erste Nachtragshaushalt für die Rüstung fällig ist.

Unter all diesen Umständen ist es natürlich nur eine Frage der Zeit, wann die Bonner Minister erneut das Messer ans „soziale Netz“ setzen werden. Und dann wird es sicher auch um den Abbau der Lohnfortzahlung und die Kürzung des Arbeitslosengeldes gehen.



„Die Geldsäcke in den Villen mit ihren Sicherheitsschlössern und Alarmanlagen ... hier ist es doch viel einfacher!“

In der Bundestagsfraktion dagegen wurden ganz andere Töne angeschlagen. Hier waren Schmidt, Brandt und Wehner bemüht, jegliche Kritik an den FDP-Bossen, deren Forderungen sich die SPD-Unterhändler ja nahezu vollständig gebeugt hatten, zu unterbinden und im Keim zu ersticken. Kritik am Koalitionspartner? „Damit muß Schluß sein“, verfügte der Kanzler bündig.

Brandt und Wehner malten derweil weiter das Drohbild eines Sturzes der SPD/FDP-Koalition an die Wand, um die Partei auf eine Zustimmung zu den Bonner Haushaltsbeschlüssen zu verpflichten. Bei den Verhandlungen zwischen den beiden Koalitionsparteien über den Haushalt — so Brandt in einem Brief an die Parteimitglieder — sei es „auch um den Fortbestand der Koalition“ gegangen. Wehner erklärte in einem Brief an die Fraktionsmitglieder: „Bei aller Kritik an vielem, was Wortführer der FDP in die Welt gesetzt und der SPD anzulasten versucht haben, erscheint es mir vorzuziehen, zu verhindern, daß eine andere Koalition den Kurs bestimmen kann, den unsere Bundesrepublik in stürmischen internationalen Wettbewerbsverhältnissen durchhalten muß.“

Wehner verstieg sich sogar zu der Behauptung, gerade die „Arbeitnehmer“ würden jetzt von der SPD verlangen, „bei der Stange zu bleiben, unsere Pflicht zu tun und Schaden abzuwenden.“ Die „Arbeitnehmer“ — das hat nicht zuletzt die heftige Kritik aus den Gewerkschaften und aus der SPD selbst

die Haushaltsberatungen verfolgt hat, weiß ja auch, daß Genscher damit durchaus recht hat und daß die SPD-Führer dagegen schamlos lügen, wenn sie sich jetzt als Sieger der Haushaltsverhandlungen hinstellen und etwa behaupten, die Bonner Sparbeschlüsse wären „sozial erträglich“ (Brandt).

Darüber hinaus ist in den letzten Tagen auch immer deutlicher geworden, daß die SPD-Bosse den von Genscher und Lambsdorff während der Verhandlungen über den Haushalt offensiv vorgetragenen Forderungen alles andere als einen wirklichen Widerstand entgegengesetzt haben. So soll nach Angaben des „Spiegel“ der Vorschlag, Karenztage bei der Lohnfortzahlung einzuführen, sogar vom SPD-Minister Matthöfer stammen und im Prinzip auch von Brandt unterstützt worden sein. Selbst für die FDP-Forderung nach einer generellen Kürzung des Arbeitslosengeldes hat der SPD-Vorsitzende intern Verständnis aufgebracht: „Ja, auch wir sind bereit, aber wir brauchen noch Zeit.“

Bundeskanzler Schmidt schließlich ließ dann letzte Woche vor der Bundestagsfraktion die Maske vollends fallen, als er den SPD-Parlamentariern unverhüllt eröffnete: „Bildet euch ja nicht ein, ohne Koalitionspartner müßten wir nicht das gleiche beschließen, was wir beschlossen haben.“ Damit enthielt der Kanzler höchstpersönlich das Gerede, man habe der FDP nachgegeben, um die Koalition zu retten, als plumpe Lüge und machte deutlich, daß die



Zwei Herren, die sich verstehen — Adolf Schmidt (rechts), Vorsitzender der IG Bergbau und SPD-Bundestagsabgeordneter stimmte für den Haushaltsentwurf der Bundesregierung

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

**Bei Adler und VDM  
in Frankfurt kämpfen  
die Kollegen für den  
Erhalt ihrer  
Arbeitsplätze**

# DER ADLER ZEIGT SEINE KRALLEN

Für die Belegschaft war es wie eine eiskalte Dusche, als sie am Morgen des 2. September auf einer Betriebsversammlung aus dem Munde des Vorstandssprechers Georg Glahn über den Beschluß der Konzernherren von Triumph-Adler (einer Tochtergesellschaft des VW-Konzerns) unterrichtet wurde: Das traditionsreiche Frankfurter Adler-Werk in der Kleyersstraße mit seinen 2 600 Beschäftigten soll bis spätestens Juli des nächsten Jahres völlig dichtgemacht werden! Die Be-

kanntgabe dieses Todesurteils beendete für die Belegschaft eine mehrwöchige Frist der Gerüchte, Spekulationen und Ungewißheit. Auch wenn viele Kollegen genau diese Nachricht befürchtet hatten, traf es jetzt doch alle wie ein Hammer. Aber der Schock schlug schnell in Empörung um. Minutenlang dröhnten Pfliffe und Buhrufe durch die Halle des Werkes, und es fehlte nicht viel und einige Kollegen hätten das Podium gestürmt.

Auch in der Stadt, unter der Bevölkerung Frankfurts, wo sich die Hiobsbotschaft wie ein Lauffeuer verbreitete, löste sie Betroffenheit und Empörung zugleich aus. Wenige Wochen zuvor war die Stilllegung eines anderen Betriebes der Frankfurter Metallindustrie bekanntgegeben worden: des Werkes Hedderheim der Vereinigten Deutschen Metallwerke (VDM) mit 1 700 Beschäftigten.

Die Belegschaft von VDM war deshalb bereits am 19. August auf die Straße gegangen und Adler-Arbeiter hatten sich ihrer Protestaktion angeschlossen. Jetzt reagierten die Kollegen bei Adler mit spontaner Kampfbereitschaft.

**„Besser den Betrieb besetzen, als zum Arbeitsamt zu wetzen!“**

So zogen direkt im Anschluß an die Betriebsversammlung rund 200 Werksangehörige von Adler in einem Demonstrationszug zum Gewerkschaftshaus. Ihre Absicht: der Ortsverwaltung der IG Metall nachdrücklich zu verdeutlichen, daß sie endlich Maßnahmen zum Kampf für die Verteidigung der bedrohten Arbeitsplätze bei Adler und VDM zu ergreifen hätte.

Die IGM-Sekretäre allerdings zeigten sich weniger über den Stilllegungsbeschluß der Triumph-Adler-Bosse empört als sauer darüber, daß ihre Bürokratenruhe durch demonstrierende Arbeiter gestört wurde. Hermann Güntel, der erste Bevollmächtigte der Frankfurter Verwaltungsstelle der IGM, fand es insbesondere ungehörig, daß die Adler-Kollegen gerade zu einem Zeitpunkt anrückten, da die Ortsverwaltungssekretäre ihre Mittagspause abhielten. Und überhaupt — so Güntel — könne die Gewerkschaft ja schließlich nicht darauf warten, daß von irgendwoher irgendein Demonstrationszug aufkreuze...

Angesichts dieser Haltung der IGM-Verantwortlichen war es nur zu berechtigt und absolut notwendig, daß oppositionelle Gewerkschafter in Frankfurt selbständig aktiv wurden. So kam es noch am Abend dieses 2. September zu einer „symbolischen Besetzung“ am Haupttor der Adler-Werke. Ein Genosse der KPD, der bei dieser Aktion mit dabei war, berichtet darüber folgendermaßen:

„Als wir kommen, stehen bereits ca. 100 Kolleginnen und Kollegen vor dem Werkstor. Sie haben den gesamten Bürgersteig eingenommen. Kollegen von der IGM-Jugend Frankfurt halten ein schnell gefertigtes Transparent hoch: „Solidarität mit den Adler-Kollegen!“ Kollegen, die ihre Spätschicht vorzeitig beenden, stoßen aus dem Werk zu uns. Großer Beifall für jeden, der rauskommt. Eine spontane Kundgebung beginnt. Es sprechen Vertreter verschiedenster Organisationen, um ihren Willen zur aktiven Solidarität mit den Adler-Kollegen auszudrücken.“

Die Kollegen von Adler selbst, die das Wort ergreifen, sagen sehr deutlich, daß sie

überhaupt nicht bereit sind, einen Verlust der Arbeitsplätze hinzunehmen. Von Resignation ist an diesem Abend nichts zu spüren. Die Forderung nach Besetzung des Betriebes durch die Belegschaft wird laut. Im Laufe der Diskussionen schälen sich dann erste konkrete Ergebnisse über ein weiteres gemeinsames Vorgehen heraus.

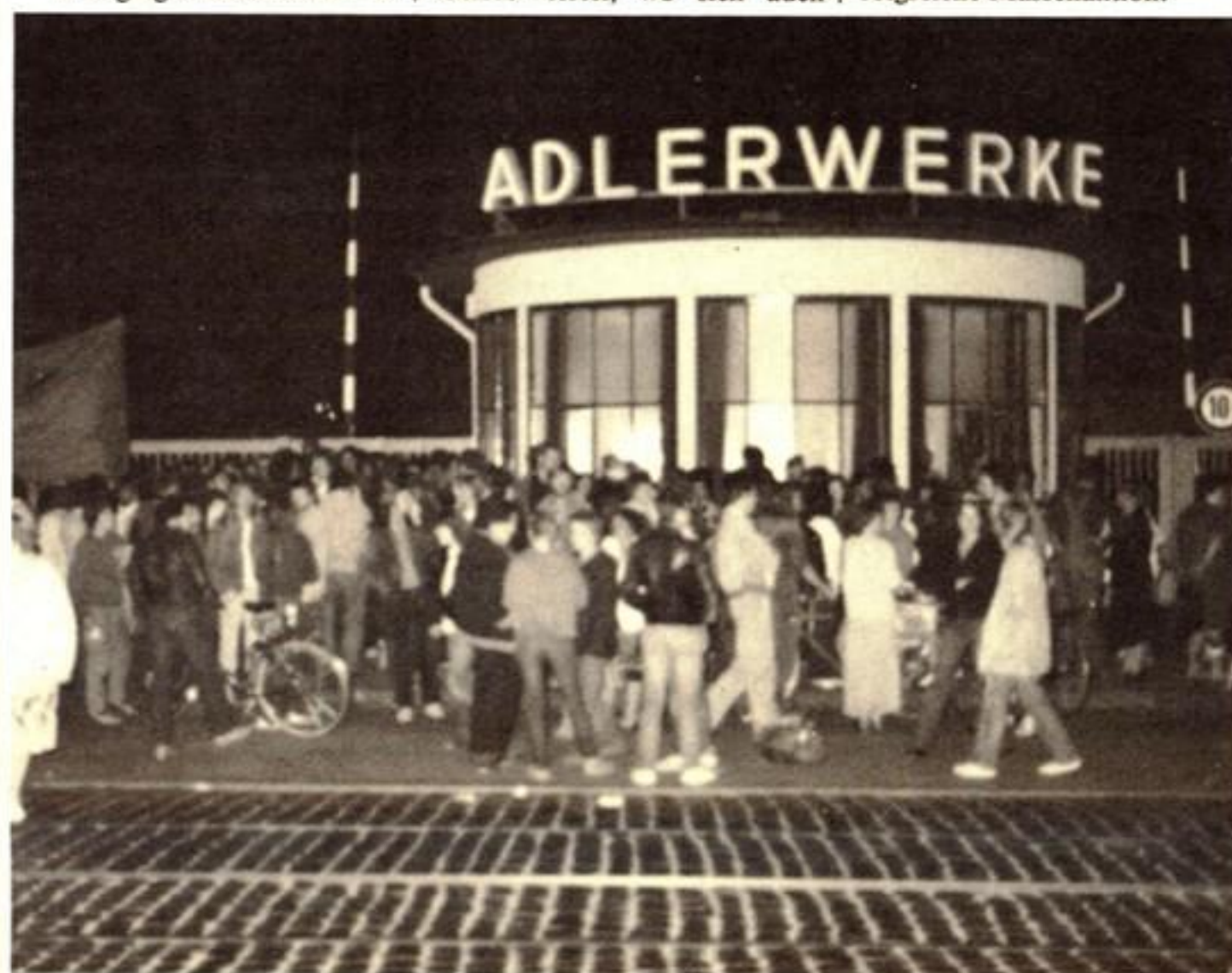
Wir gingen auseinander in

den, die am Samstag, dem 5. September, an fünf zentralen Plätzen Frankfurts aufgebaut wurden. Bei diesen Informationsständen ging es nicht zuletzt auch darum, eine Unterschriftensammlung gegen die Betriebsstilllegung durchzuführen. Dazu berichtet ein Genosse:

„Ich selbst war am Stand im Gallus-Viertel, wo sich auch

machtvollen Solidaritätswelle in Frankfurt war sie dazu gezwungen worden. Auch die KPD verteilte bei Adler und bei VDM in großer Auflage ein Flugblatt, das zu der Demonstration und Kundgebung aufrief, um die Mobilisierung für die Aktion zu unterstützen.“

Unsere Frankfurter Genossen schrieben uns über diese erfolgreiche Massenaktion:



„Symbolische Besetzung“ am Haupttor der Frankfurter Adler-Werke

dem Gefühl, daß in Sachen Adler bestimmt noch nicht das letzte Wort gesprochen ist, daß die Adler-Kollegen es sind, die das letzte Wort haben werden.“

Soweit der Bericht eines Frankfurter Genossen. Die Frankfurter Ortsgruppe der KPD tut natürlich alles in ihrer Kraft stehende, um den Kampf der Belegschaften bei Adler und VDM für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze zu unterstützen. Dazu gehört die Verteilung von Flugblättern, in denen der Hintergrund dieses Angriffs der Kapitalisten aufgezeigt und zum konsequenten Widerstand aufgerufen wird. Dazu gehört ferner die Unterstützung von Demonstrationen und anderen Aktionen. Unter anderem hat die Partei auch Aufkleber hergestellt und an die Kollegen verteilt, die dazu dienen, die Kampfbereitschaft der Belegschaft zu fördern. Auf einem dieser Aufkleber wird in witziger Form die unter den Kollegen diskutierte Forderung nach Betriebsbesetzung aufgegriffen: „Besser den Betrieb besetzen, als zum Arbeitsamt zu wetzen!“ Ein anderer dieser Aufkleber trägt die Aufschrift:

**„In ganz Frankfurt soll's erschallen — ADLER-Kollegen zeigen jetzt die Krallen!“**

Um dazu beizutragen, daß es tatsächlich in ganz Frankfurt erschallt, unterstützten die Genossen unserer Partei auch tatkräftig die Aufklärungsarbeit der Adler-Kollegen unter der Frankfurter Bevölkerung. So etwa an den Informationsstän-

den, die am Samstag, dem 5. September, an fünf zentralen Plätzen Frankfurts aufgebaut wurden. Bei diesen Informationsständen ging es nicht zuletzt auch darum, eine Unterschriftensammlung gegen die Betriebsstilllegung durchzuführen. Dazu berichtet ein Genosse:

„Gegen 15 Uhr bewegten sich zwei Demonstrationszüge durch Frankfurt. Der eine ging vom Gewerkschaftshaus aus. An ihm nahmen Gewerkschaftskollegen aus den verschiedenen Betrieben und Gewerkschaften teil, die sich aktiv mit den Kollegen von Adler und VDM solidarisierten wollten. Der andere Zug ging vom Adler-Werk in der Kleyersstraße aus. Auf dem Römerberg trafen die beiden Züge gegen 16 Uhr zusammen.“

Insgesamt sammelten sich zwischen 7 000 und 8 000 Kolleginnen und Kollegen, darunter viele aus anderen Metallbetrieben. Viele Transparente wurden getragen und Prolen wurden gerufen. Es war eine kämpferische Stimmung.

Zum bisherigen Höhepunkt des Kampfes für die Erhaltung der beiden von Stilllegung bedrohten Frankfurter Fabriken wurde dann die Demonstration und Kundgebung am Mittwoch vergangener Woche (9. September) auf dem Römer. Zu dieser Aktion hatte die IGM-Ortsverwaltung aufgerufen. Durch die Aktivitäten der Kollegen an der Basis und durch den Druck der

Als erster Redner sprach Georg Benz vom Hauptvorstand der IG Metall. Seine Rede war die beste. Als er sagte, daß wir eine Stilllegung von Adler nicht hinnehmen werden und die IG Metall bereit sei, mit ihrer „neuen Beweglichkeit“ dagegen vorzugehen, war der Beifall groß. Benz griff alle Bonner Parteien einschließlich der SPD an und sprach aus, daß sie mit ihrer „Sparpolitik“ alles den Reichen zuschustern würden. Er zeigte auch den Zusammenhang mit dem Rüstungswahnsinn auf. Zum Abschluß betonte er noch einmal die Notwendigkeit, den Kampf gegen die Stilllegung von Adler und VDM zu führen.

Die Reden der Betriebsratsvorsitzenden von Adler und VDM, Franz Stein und Heinrich Leister, kann man dagegen glatt vergessen. Sie hatten nichts anderes zu bieten als immer wieder über ein angeblich unfähiges Management zu klagen.

Karl-Heinz Jungmann, Kreisvorsitzender der ÖTV, gab unter riesigem Beifall bekannt, daß um 16.45 Uhr alle Busse, Straßenbahnen und U-Bahnen in Frankfurt angehalten haben und für einige Minuten stehen geblieben sind. Alle Fahrer hatten vorher den Text für eine Erklärung bekommen, den sie dann den Fahrgästen vorlasen.

**„Macht den Bossen Dampf — Adler hilft nur Klassenkampf“**

Einen Tag nach dieser machtvollen Demonstration, am 10. September, gab der Adler-Vorstandssprecher Glahn bekannt, daß der Plan, das ganze Adler-Werk stillzulegen, fallengelassen worden sei. Er wies darauf hin, daß man in der Konzernspitze mit solch massiven Protesten der Belegschaft und der Bevölkerung nicht gerechnet habe.

Friedrich Thomée vom VW-Konzernvorstand erklärte: „(...) daß die Reaktion der Öffentlichkeit gegen die Betriebsstilllegung so schnell und so elementar kam — darüber war ich sehr überrascht. Es ist eine Stimmung entstanden, die uns nicht lieb ist (...)“

Dieser Rückzieher der Konzernherren ist also eindeutig das Ergebnis der Kampfbereitschaft der Belegschaft, ihrer

bisherigen Aktionen und der großen Solidarität der Frankfurter Bevölkerung. Insofern kann man ihn ganz klar als ersten Kampferfolg bei der Verteidigung der Arbeitsplätze bezeichnen.

Allerdings hat das, was die Bosse der Adler-Belegschaft jetzt als „Kompromiß“ anbieten, einen riesigen Pferdefuß: Zwar soll das Werk nicht mehr ganz stillgelegt, aber es soll bis Juli 1982 von jetzt 2 600 auf dann nur noch 1 000 Beschäftigte reduziert werden. Zusätzlich sollen nun auch noch in den Zweigwerken in Nürnberg und Schwandorf 600 bzw. 150 Arbeitsplätze abgebaut werden. Und VW-Boss Thomée mochte auf die Frage, ob Adler eines Tages nicht doch noch ganz stillgelegt würde, nicht mit einem klaren Nein antworten.

Sosehr also der Rückzieher der Konzernherren ein Erfolg des Kampfes der Belegschaft ist, so wenig kann sie sich mit dem neuen Plan der Bosse einverstanden erklären. Wenn gewisse verantwortliche Funktionäre der IGM jetzt andeuten, dies sei ein tragbarer Kompromiß, so ist das die Fortsetzung ihrer bisherigen Abwiegungspolitik.

Die Frankfurter Ortsgruppe der KPD hat sofort ein Flugblatt erstellt, das Anfang dieser Woche bei Adler verteilt wird, und das mit einer Reihe von konkreten Argumenten aufzeigt, warum dieses Konzept auf keinen Fall akzeptabel ist. Das Flugblatt trägt die Überschrift: „Vorsicht, laßt Euch nicht austricksen!“ Die IG Metall wird darin aufgefordert, das neue Konzept abzulehnen und den Kampf für die Erhaltung aller Arbeitsplätze bei Adler und VDM weiterzuführen: „Alle anderen Lösungen führen direkt oder indirekt in die Sackgasse.“

Nur wenn die Kollegen den begonnenen Weg der kompromißlosen Verteidigung ihrer Arbeitsplätze weitergehen, werden sie die Konzernherren zwingen können, von ihren skrupellosen Stilllegungsplänen wirklich Abstand zu nehmen. Das ist mit einer dritten Parole gemeint, die auf den oben erwähnten Aufklebern für die Adler-Belegschaft zu lesen ist: „Macht den Bossen Dampf — Adler hilft nur Klassenkampf!“

## Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

|                                                                                                                                                     |                                                                                                                                                                                            |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.                                                               | 3000 Hannover, Parteibüro der KPD, Eilenstr. 24, Tel.: 0511 / 445162, geöffnet: Sa 10 - 14 Uhr.                                                                                            |
| 4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefstr. 110.                                                                                           | 7100 Heilbronn, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 18.30 - 19.30 Uhr.                                                                         |
| 2800 Bremen (Walle), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.              | 7500 Karlsruhe 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve“, Goethestr. 25 b (Nahe Kaiseralle), geöffnet: Di - Fr 17 - 18.30 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr, Tel.: 0721 / 848408.         |
| 4600 Dortmund 1, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Mo, Mi, Fr 17 - 19 Uhr.               | 2300 Kiel 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Mi 9 - 13 Uhr, Do 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr. |
| 4600 Dortmund 30, Zentrales Büro der KPD, Wellingerhof Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 / 92.                                                          | 5000 Köln 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit“, Marienstr. 37 a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.                                     |
| 4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.                                                                | 6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: Willi Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.                                                               |
| 4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr. | 8500 Nürnberg, Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911 / 438043, geöffnet: Mi - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.                                                                   |
| 6000 Frankfurt 1, Parteibüro der KPD, Bockenheimer Anlage 1, Tel.: 0611 / 552903, geöffnet: Do + Fr 17.30 - 20 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.                 | 4500 Osnabrück, Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Sperberstr. 5.                                                                                                            |
| 7800 Freiburg, Parteibüro der KPD, Klarastr. 29, geöffnet: Sa 10 - 13 Uhr.                                                                          | 7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mi 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.                                                                     |
| 2000 Hamburg 6, Buchladen „Roter Morgen“, Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 430709, geöffnet: Mo - Fr 15 - 18 Uhr, Fr 11 - 13 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.       | Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.                               |

Vor allem in Kreisen linker Gewerkschafter hört man das Argument, es sei doch immerhin ein Fortschritt, daß die Gewerkschaftsführung sich zu einer politischen Frage wie der des Friedens nicht nur äußere, sondern auch eine Massenkampagne (zwei Millionen Unterschriften!) dazu initiiere. Wenn durch diese Sammlung von zwei Millionen Unterschriften in der Arbeiterklasse und vor allem unter den Gewerkschaftsmitgliedern das Bewußtsein dafür wachse, daß die Erhaltung des Friedens und die Verhinderung eines neuen Weltkrieges eine Kampfaufgabe der Gewerkschaften ist, dann sei das Grund genug, die Friedensaufruf-Kampagne zu unterstützen, unabhängig von der Frage, ob der vom DGB-

# Dafür treten wir nicht ein!

Stellungnahme der KPD zum DGB-Friedensaufruf (Teil II)

Im ersten Teil der Stellungnahme unserer Partei zum DGB-Friedensaufruf begründeten wir vor allem unsere Auffassung, daß dieser vom DGB-Vorstand beschlossene Aufruf zwar raffiniert und demagogisch an die Friedenshoffnungen und -bestrebungen der Menschen anknüpft, daß er im Grundsatz aber auf eine Unterstützung der gegenwärtigen Regierungspolitik

## Ein Betrug an der Arbeiterklasse

„Pazifismus und abstrakte Friedenspredigten sind eine

aber keine konkreten Kampfschritte gegen die Kriegsvorbereitungen im eigenen Land, gegen die eigene imperialistische Regierung, gegen die deutsche Bourgeoisie.



Gewerkschafter gegen Atomraketen — Bremer Metallarbeiter bei der diesjährigen Antikriegstags-Demonstration

Vorstand verabschiedete Aufruf inhaltlich tatsächlich eine Grundlage für den Friedenskampf darstelle.

Wir halten das für eine bedenkenswerte Überlegung. Sie überzeugt uns aber deshalb nicht, weil die Grundannahme dieser Überlegung nicht gegeben ist. Kann man ernsthaft behaupten, daß der DGB-Friedensaufruf die Verteidigung des Friedens als **Kampfaufgabe** der Gewerkschaften darstellt? Et was als **Kampfaufgabe** zu bestimmen, erfordert doch wohl zumindest, daß der Gegner genannt wird, gegen den dieses Anliegen durchgesetzt werden soll. Das aber tut der DGB-Friedensaufruf nicht. Sicher nicht, weil es der Friedensbewegung an Gegnern mangeln würde. Eher wohl deshalb, weil es der DGB-Führung an Kampfbereitschaft mangelt.

Im Gegensatz dazu haben wir beispielsweise auf vielen gewerkschaftlichen Antikriegsveranstaltungen dieses Jahres ein kämpferisches Auftreten von Gewerkschaftsfunktionären erlebt: gegen die aggressive Politik der beiden Supermächte und ihrer Militärblöcke, gegen das Scharfmachertum von Strauß und Konsorten, gegen die Bundesregierung, die im Grundsatz den amerikanischen Konfrontationskurs unterstützt, die Stationierung weiterer amerikanischer Atomraketen in Westdeutschland durchsetzen will, den Rüstungsetat von Jahr zu Jahr ausweitet und zu dessen Finanzierung soziale Demontage betreibt, gegen die Großindustriellen, die aus Gewinnsucht die Rüstungsproduktion ständig ausweiten usw.

Die Stoßrichtung des DGB-Aufrufs und allem Anschein nach auch die politische Absicht der Mehrheit der DGB-Führung scheinen uns darauf hinauszuweisen, eben diese wachsenden Bestrebungen in den Gewerkschaften, den Kampf für den Frieden als Klassenkampf gegen die imperialistischen Kriegstreiber zu führen, abzufangen und die ganze Friedensdiskussion innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften wieder vollständig in das seichte Fahrwasser der absolut unverbindlichen Friedenspredigten zu zerren.

Form der Irreführung der Arbeiterklasse, das war eine der Schlußfolgerungen, die Lenin (Bd. 21, S. 152) aus der Entwicklung in den Jahren vor 1914 zog, als die Bourgeoisie und ihre Agenten in der Arbeiterbewegung es politisch und ideologisch erreichten, die Frontstellung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung gegen den imperialistischen Krieg zu zersetzen und schließlich in Deutschland die starken Gewerkschaften zur Unterstützung der deutschen Bourgeoisie im ersten Weltkrieg zu gewinnen.

Wir fragen gerade die linken, klassenbewußten Gewerkschafter, mit denen wir viele gemeinsame Auffassungen haben und mit denen wir viele Aufgaben in der Auseinandersetzung mit den Unternehmern und rechten Kräften in den Gewerkschaften gemeinsam anpacken, die jetzt teilweise von unserer Partei eine Unterstützung des DGB-Friedensaufrufs erwarten: Was glaubt ihr haben jene Gewerkschaftsführer, die 1914 die Arbeiterklasse auf die Schlachtfelder des imperialistischen Weltkrieges gerufen haben, in den Jahren vor 1914 für Resolutionen verfaßt? Glaubt ihr, die haben offene Kriegshetze betrieben? Ganz im Gegenteil. Die haben körbweise Friedensresolutionen verfaßt. Eine pathetischer als die andere. Aber als die Situation des Kriegausbruchs unmittelbar bevorstand, hat diese Sorte Arbeiterführer erklärt: „Wir waren für den Frieden und wir sind für den Frieden. Trotzdem ist jetzt der Krieg da. Der Frieden ist nicht mehr zu retten, jetzt muß die Arbeiterklasse das Vaterland retten und verteidigen.“

Warum also konnte die deutsche Arbeiterklasse damals auf das Schlachtfeld getrieben werden? Jedenfalls nicht, weil es zu wenig Friedensresolutionen und -aufrufe gab. Das war nicht die Ursache dafür, daß die deutsche Arbeiterklasse sich — vollgequatscht mit allgemeinen Friedenspredigten — plötzlich in den Schützengräben (und -gräbern) wiederfand. Der Grund war, daß die Arbeiterklasse den allgemeinen Friedensphrasen verätherter Führer zu viel **Glauben** schenkte, daß sie nicht erkannte, daß es zwar Friedensschwüre in Hülle und Fülle gab,

## Zwei Arten von Pazifismus

Wenn wir vom Pazifismus als einer Form der Irreführung der Arbeiterklasse sprechen, dann meinen wir zunächst weniger jene pazifistische Haltung, mit der Menschen aus dem Volk (vor allem jüngere) sich gegen die imperialistische Armee, gegen die Gewaltmaßnahmen und Gewaltmittel der Reaktion im allgemeinen wenden und dies begründen, indem sie jeder Form von Gewaltanwendung die Berechtigung absprechen. Zwar stimmen wir als Kommunisten auch mit dieser Haltung nicht überein, weil wir die reaktionäre Gewalt, die wir bekämpfen, unterscheiden von der revolutionären, gerechten Gewalt der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker. Deshalb treten wir der Verbreitung dieser pazifistischen Auffassung in der Arbeiterklasse und der Jugend auch entgegen, weil wir davon ausgehen, daß eine Arbeiterklasse, die nicht die Notwendigkeit der Anwendung revolutionärer Gewalt erkennt, unfähig ist, ihre soziale und politische Befreiung gegen das Gewaltpotential und die Gewalttätigkeit des Imperialismus zu verwirklichen. Übrigens auch unfähig, eine Welt ohne Waffen zu schaffen. Wir erkennen aber auf der anderen Seite an, daß dieser Pazifismus eine oppositionelle Haltung gegenüber der reaktionären Gewalttätigkeit des Imperialismus ist und insofern positive und fortschrittliche Aspekte hat, wodurch sich mit Personen und Kräften dieser pazifistischen Gesinnung relativ breite Möglichkeiten des gemeinsamen Kampfes für den Frieden und gegen die Kriegstreiber eröffnen.

Ganz anders ist jener Pazifismus zu beurteilen, den die imperialistische Propaganda selbst verbreitet. Es ist ja doch nicht so, daß die Propaganda der Imperialisten vor allem aus offener Kriegshetze besteht. Das Gegenteil ist der Fall. Die imperialistische Propaganda spricht unaufhörlich vom Frieden, von der Notwendigkeit der Verteidigung und Sicherung des Friedens. Sie führen Abrüstungsverhandlungen durch und Konferenzen über Sicherheit und Zusammenarbeit. Die Imperia-

listen erklären die „Verteidigung des Friedens“ zum obersten Kampfauftrag der imperialistischen Armeen. Kein Weihnachtsfest vergeht, ohne daß die Führer der aggressivsten imperialistischen Mächte Friedensbotschaften in alle Himmelsrichtungen senden.

Unter diesem Dunstschleier von Friedensphrasen, Abrüstungsspektakeln und Entspannungskonferenzen aber findet in Wirklichkeit der Kampf der imperialistischen Mächte um Einflußgebiete, Absatzmärkte, Rohstoffe statt, verschärfen sich deshalb die Spannungen zwischen den imperialistischen Mächten, vor allem zwischen den beiden Supermächten und ihren aggressiven Militärblöcken, wird jeden Tag weiter aufgestaut. Verhandlungen zwischen den imperialistischen Mächten, am allerwenigsten solche zwischen beiden Supermächten, werden den Frieden nicht sicherer machen, zu keinen tatsächlichen Abrüstungsschritten führen.

Je mehr das internationale Proletariat und die Völker der Welt auf diesen imperialistischen Pazifismus hereinfallen, desto größer ist die Gefahr, daß der Ausbruch eines neuen imperialistischen Krieges nicht verhindert werden kann. Denn dieser Einfluß des imperialistischen Pazifismus macht die Arbeiterbewegung vertrauensselig gegenüber den imperialistischen Kriegstreibern, hält sie ab vom konkreten Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen im eigenen Land, der eigenen Bourgeoisie und ihrer Regierung. Stalin hat 1928 unserer Ansicht

dient zur Bemäntelung dieser Vorbereitung mittels pharisäischer Friedensphrasen...

Manche Leute sind so naiv, zu glauben, die Tatsache, daß es den imperialistischen Pazifismus gibt, bedeute, daß es keinen Krieg geben werde. Das ist völlig falsch. Im Gegenteil, wenn es um die Wahrheit zu tun ist, der muß diesen Satz umkehren und sagen: Da der imperialistische Pazifismus mit seinem Völkerbund floriert, wird es ganz bestimmt neue imperialistische Kriege und Interventionen geben.“ (Bd. 11, S. 178)

## Nobelpreisverdächtig!

Alle bürgerlichen Parteien in Westdeutschland befließen sich des imperialistischen Pazifismus. Das gilt auch für die CDU/CSU, obwohl sich Strauß, Zimmermann und Konsorten gelegentlich zu offener Kriegshetze hinreißen lassen. Fraglos aber ist es vor allem der SPD seit der Einleitung der sogenannten neuen Ostpolitik gelungen, die große Mehrheit der Arbeiterklasse und der Gewerkschaftsmitglieder auf den Leim des imperialistischen Pazifismus zu führen.

Viele Arbeiter (natürlich nicht nur Arbeiter) glauben, die vor allem mit der Person Willy Brandts verbundene Politik sei „Friedenspolitik“. Vor allem deshalb ist Willy Brandt in der Industriearbeiterschaft wohl der populärste Politiker. Tatsächlich haben die sozialliberalen Koalitionen unter Brandt und Schmidt in keiner Situation eine friedensdienliche Politik ge-



Vetter und andere rechte DGB-Führer vor dem Kanzleramt — mit ihrem Friedensappell geben die Bonzen der Schmidt-Regierung Schützenhilfe

nach sehr zutreffend die Gefährlichkeit des imperialistischen Pazifismus charakterisiert, wobei die von Stalin angesprochene Rolle des damaligen Völkerbundes sicher nicht einfach auf die heutige UNO übertragen werden kann:

„Das am weitesten verbreitete Mittel, die Arbeiterklasse einzulullen und sie vom Kampf gegen die Kriegsgefahr abzulenken, ist der heutige bürgerliche Pazifismus mit seinem Völkerbund, mit seinen „Friedens“-predigten, mit dem „Verbot“ des Krieges, mit seinem „Abrüstungs“-geschwätz usw.“

Manch einer glaubt, der imperialistische Pazifismus sei ein Instrument des Friedens. Das ist grundfalsch. Der imperialistische Pazifismus ist ein Instrument der Kriegsvorbereitung, er

macht. Sie haben lediglich verschiedene unauglich gewordene Methoden des kalten Krieges beseitigt. Mit der Einleitung der neuen Ostpolitik haben sie einer verstärkten ökonomischen Infiltration des sowjetischen Machtbereichs durch die westdeutschen Monopole den Weg geebnet, ohne die alten revanchistischen Ziele des westdeutschen Imperialismus aufzugeben. Ansonsten haben sie Jahr für Jahr den Rüstungsetat erhöht, sich im wesentlichen als Musterknaben der NATO aufgeführt, die Linie des möglichst nahtlosen Bündnisses mit dem USA-Imperialismus fortgesetzt, die politischen Rahmenbedingungen für eine ständige Ausweitung der Rüstungsproduktion und des Waffenexports geschaffen usw. Aber alles das

konnten sie über Jahre hinweg durch eine raffinierte Propaganda des imperialistischen Pazifismus als „Friedenspolitik“ verkaufen.

Jetzt aber bekommt dieses sozialdemokratische Friedensimage Risse. Das Bewußtsein der Menschen für die wachsende Kriegsgefahr ist größer geworden. Vor allem der neue amerikanische Konfrontationskurs macht heute vielen Menschen klar, daß die Hoffnungen, die sie in die Entspannungs- und Abrüstungspropaganda der imperialistischen Politiker setzten, sich nicht erfüllen werden, daß die Kriegsgefahr trotz oder sogar auch wegen der imperialistischen Friedensdemagogie nicht geringer, sondern entschieden größer geworden ist. Daß die SPD-Führung gegen erheblichen Widerstand in der eigenen Partei versucht, die Fortsetzung der Nibelungentreue zu den USA auch angesichts einer Politik der Reagan-Regierung, für die es ganz offenkundig wichtigeres als den Frieden gibt, durchzudrücken, trägt wesentlich dazu bei, daß sich so etwas wie eine Krise des imperialistischen Pazifismus zu entwickeln begonnen hat. Ein relativ großer und wachsender Teil der Menschen, die sich um den Erhalt des Friedens sorgen, mißtraut heute den bürgerlichen Politikern in dieser Frage, wird deshalb selbst aktiv, und verlangt konkrete Schritte: keine weiteren Atomwaffen, Herabsetzung der Rüstungsausgaben, atomwaffenfreie Zone, zunehmend auch Abkoppeln von den USA und NATO-Austritt.

Der DGB-Friedensaufruf kann getrost gewertet werden als Versuch, dem Plunder des imperialistischen Pazifismus neue Attraktivität zu verleihen; denn er serviert vom ersten bis zum letzten Satz imperialistischen Pazifismus. Willy Brandt hat den Friedensnobelpreis dafür bekommen, daß er es geschafft hat, dem imperialistischen Pazifismus breiten Einfluß in der Arbeiterklasse zu verschaffen. Der DGB-Vorstand versucht nun unter allerdings schwierigeren Bedingungen, eine wachsende Zahl von Gewerkschaftern, die darauf drängen, daß die Gewerkschaften gegen die imperialistischen Kriegstreiber **handeln**, wieder an die Leine des imperialistischen Pazifismus zu kriegen. Die Frage ist, ob er das schafft. Daß der DGB-Aufruf vom Inhalt her nobelpreisverdächtig ist, ist keine Frage.

Es ist eben nicht schon ein Fortschritt an sich, wenn die Gewerkschaftsführung sich zu einer politischen Frage äußert und die Gewerkschaftsmitglieder für eine politische Position mobilisiert. Es kommt schon darauf an, ob sie es tut, um den politischen Einfluß der Bourgeoisie auf die Arbeiterklasse zu stabilisieren (zu diesem Zweck machen die reformistischen Gewerkschaftsführer stets **bürgerliche** „Arbeiter“politik, und je mehr die kapitalistische Krise sich verschärft, desto massiver werden sie es tun) oder ob sie es tut, um die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften zum politischen Kampf gegen die Bourgeoisie zu mobilisieren.

Auf diesem Prüfstand fällt der DGB-Friedensaufruf glatt durch. Dabei sind wir mitnichten anspruchsvoll. Gäbe es wenigstens einige Forderungen, die geeignet wären, den Kampf der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften gegen die imperialistischen Kriegstreiber voranzubringen, würden wir den Aufruf und die Unterschriftenkampagne mit all unseren Kräften unterstützen, auch wenn der Aufruf über weite Passagen unseren Auffassungen widerspräche.



**Gewerkschaftliche Kampfaufgabe: Für den 10. Oktober mobilisieren!**

Daß die Aktionseinheit der Arbeiterklasse nicht ohne Kompromisse erreicht werden kann, ist für unsere Partei schon seit längerem keine neue Erkenntnis mehr. Ein reines Manöver zur Täuschung der Arbeiterklasse, das in Wirklichkeit dazu dient, eine wirkliche Kampfstellung und Aktionseinheit der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften gegen die Kriegstreiber zu verhindern, unterstützen wir nicht.

## Dafür treten wir ein!

Wie die Dinge liegen, ist es zweifellos unsinnig, eine ausgesprochene Boykott-Kampagne gegen die Unterschriftenaktion zu starten. Man muß davon ausgehen, daß die von der DGB-Führung als Ziel angegebenen zwei Millionen Unterschriften zusammenkommen werden. Diese zwei Millionen Unterschriften werden einerseits zeigen, daß die Arbeiterklasse den Frieden will und das Scharfmachertum etwa eines Franz Josef Strauß mit großer Mehrheit ablehnt (dazu hätte es allerdings keiner aufwendigen Unterschriftenaktion bedurft, sondern lediglich einer groben Analyse des Ergebnisses der letzten Bundestagswahl). Diese zwei Millionen Unterschriften werden aber auch Ausdruck davon sein, daß der sozialdemokratische Einfluß, insbesondere der Einfluß des imperialistischen Pazifismus, in der Arbeiterklasse noch sehr groß ist.

Wir — und damit meinen wir über unsere Partei hinaus alle linken und klassenbewußten Gewerkschafter — dürfen uns gerade deshalb vor der Auseinandersetzung um den DGB-Friedensaufruf nicht drücken. Das tun wir aber, wenn wir um des lieben Friedens Willen einfach unterschreiben bzw. sogar mit den Unterschriftenlisten durch die Abteilungen flitzen, um die Kollegen zur Unterschrift zu bewegen.

In der Auseinandersetzung mit dem DGB-Friedensaufruf kommt es nicht nur darauf an, den Aufruf zu kritisieren, sondern vor allem auch aufzuzeigen, welche Schritte wir als klassenbewußte Gewerkschafter seitens der Gewerkschaften im Kampf gegen die Kriegsgefahr für notwendig halten. Notwendig ist beispielsweise, daß die Gewerkschaften offiziell zu der Friedensdemonstration am 10. Oktober in Bonn (und ähnlichen

Aktionen in der Zukunft) aufrufen und mit voller Kraft dafür mobilisieren. Notwendig ist, daß die in Bonn zur Debatte stehende Verabschiedung eines Haushaltes, der einerseits umfangreichen Sozialabbau und andererseits erneut steigende Rüstungsausgaben vorsieht, durch gewerkschaftliche Kampfkaktionen (Stoßrichtung: Gegen Rüstungswahnsinn und Sozialabbau!) verhindert wird. Bereits in der jetzigen Phase könnten betriebliche Warnstreiks zumindest deutlich machen, daß die Gewerkschaften nicht bereit sind, eine Politik nach dem Motto „Kanonen statt Butter“ hinzunehmen. Notwendig ist, daß die Gewerkschaften konkrete Schritte gegen die Rüstungsproduktion und die Rüstungsgewinnler unternehmen. Es ist eine Schande, daß Betriebsräte der IG Metall in Bonn versuchen konnten, den Export von Panzern nach Saudi Arabien durchzusetzen, obwohl das eindeutig gewerkschaftlichen Grundsatzbeschlüssen widerspricht. Es ist eine Schande, daß ein Jugendvertreter vorbehalten blieb, auf der Blohm und Voß Werft gegen den Fregatenaufbau zu protestieren.

Notwendig ist auch eine grundsätzliche politische Umorientierung der Gewerkschaften. Die Mehrheit der Erstunterzeichner des DGB-Friedensaufrufs befürwortet bekanntlich die NATO, das Bündnis mit dem USA-Imperialismus, die Theorie der Abschreckung usw. Im Interesse des Friedens und damit auch im Interesse der Arbeiterklasse aber ist das genaue Gegenteil notwendig: die Gewerkschaften müssen eintreten für den NATO-Austritt und eine Neutralitätserklärung der BRD, für die Beseitigung der Atom- und aller Massenvernichtungswaffen in Westdeutschland als Schritt zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa usw.

Solche einseitigen Abrüstungsschritte werden die Arbeiterklasse und die Friedenskräfte in der DDR und im gesamten sowjetischen Machtbereich ermutigen, den Kampf für vergleichbare Forderungen gegen die Regierungen und die herrschenden Klassen ihrer Länder aufzunehmen. Dieser gemeinsame Kampf der Arbeiter aller Länder und der Völker der Welt gegen die imperialistischen Kriegstreiber ist der einzige Weg, den Frieden zu verteidigen.

**Dafür treten wir ein.**

## Betrieb und Gewerkschaft

### Haushaltsbeschlüsse und Gewerkschaften

# Widerstand tut not!

**BONN.** — Die Proteste aus den Gewerkschaften gegen die arbeiterfeindlichen Haushaltsbeschlüsse der Bundesregierung gingen auch in der letzten Woche weiter. Andererseits aber stimmten auf der Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion in Bonn führende DGB-Vertreter nicht etwa gegen, sondern für das antisoziale Rotstiftprogramm.

Gleich nach dem Bekanntwerden der Sparbeschlüsse der Bundesregierung war es zu heftigen Protesten in den Gewerkschaften gekommen. Wie wir bereits im letzten „Roten Morgen“ berichteten, kam es in Offenbach und Kassel sogar zu Warnstreiks im öffentlichen Dienst, die vor allem gegen die von der Regierung geplanten Einkommens Kürzungen im öffentlichen Dienst gerichtet waren.

Auch in der vergangenen Woche gingen die Proteste aus Betrieben und Gewerkschaften gegen die Sparbeschlüsse weiter. So brachten die Vertrauensleute der Grillo-Funke GmbH in Gelsenkirchen in einer Presseerklärung ihre „Verärgerung über die bis jetzt bekanntgewordenen Bonner Sparpläne“ zum Ausdruck. Sie warnten die SPD-Führer in ihrer Presseerklärung: die „Arbeitnehmer werden bei den nächsten Bundestagswahlen

sicherlich ihre Entscheidung neu überdenken“.

Die Vertreterversammlung Essen der IG Metall verlangte von der Bundesregierung ein Beschäftigungsprogramm zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und den Abbau von Steuerprivilegien für die Konzerne. Die Kollegen betonten dabei gleichzeitig, daß sie Abstriche an der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall „nicht kampflos“ hinnehmen werden.

In Köln unterzeichneten zahlreiche Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre einen Aufruf gegen Rüstung und Sozialabbau, mit dem unter anderem auch gegen die Haushaltspolitik der Bundesregierung protestiert wird. Die Gewerkschaft muß der unsozialen Entwicklung Einhalt gebieten, betonten die Kollegen in diesem Aufruf.

Der Hauptvorstand der ÖTV-Gewerkschaft bezeichnete



Kollegen der Münchener Postämter demonstrieren gegen Bonner Sparbeschlüsse.

### Osnabrücker Gewerkschafter:

## DGB muß sich an Bonner Friedensdemonstration beteiligen

Über 100 Gewerkschafter aus Osnabrück haben in einem Brief an den DGB-Vorstand dagegen protestiert, daß der Gewerkschaftsjugend die offizielle Teilnahme an der Bonner Friedensdemonstration verboten wurde. In dem Brief heißt es:

„Mit Erstaunen haben wir aus der Presse von dem Beschluß des DGB-Hauptvorstands erfahren, daß der Gewerkschaftsjugend sowie allen anderen Gewerkschaftsmitgliedern die offizielle Teilnahme an der geplanten großen Friedensdemonstration am 10.10.81 in Bonn verboten ist. Durch diesen Beschluß werden wir Gewerkschaftsmitglieder von der allgemeinen Friedensbewegung ausgeschlossen. Das wird damit begründet, daß der DGB seine Positionen eigenständig vertreten kann. Warum aber erfordert die eigenständige Vertretung gewerkschaftlicher Positionen die Isolierung gegenüber anderen — zum Beispiel christlichen — Friedenskräften? Die Gewerkschaften als Interessenvertretung aller Arbeitnehmer haben die Pflicht, eine größtmögliche Einheit mit allen Kräften herzustellen, die das Grundanliegen des gewerkschaftlichen Friedenskampfes teilen.“

Als weitere Begründung des Verbotsbeschlusses wird in der „Frankfurter Rundschau“ vom 11.7. angegeben: „...der Aufruf der Aktion Sühnezeichen sei einseitig...“. Die Aktion Sühnezeichen und andere Organisationen aber fordern Abrüstung in Ost und West mit dem Ziel eines atomwaffenfreien Europas: Was ist daran einseitig?

Im Gegensatz zu anderen Auffassungen in der Gewerkschaft aus

der letzten Zeit (zum Beispiel „Quelle“ 7-8/81 und Entschließung des ÖTV-Hauptvorstands vom 15. Mai dieses Jahres) sehen wir den NATO-Mittelstreckenraketen-Beschluß nicht als eine Verteidigungsmaßnahme...

Auch unabhängig vom aktuellen Stand des Wettrüstens, unabhängig ebenfalls von unterschiedlichen Einschätzungen der sowjetischen Politik erinnern wir Gewerkschafter uns an die Lehren der Geschichte: Wir wollen nicht zulassen, daß die Gewerkschaften wie 1914 mit dem Hinweis auf die Gefährlichkeit der anderen Seite vor den Karren der eigenen Kriegstreiber gespannt wird.

Immer waren es die arbeitenden Menschen, die in Kriegen für ihre Herren die Kastanien aus dem Feuer holen mußten. Und nicht nur den Krieg, schon seine Vorbereitung bezahlen schließlich wir selbst in Form des sozialen Abbaus zugunsten steigender Rüstungsprofite.

Statt die bestehende Friedensbewegung durch den Verbotsbeschluß zu diskriminieren, sollten die Gewerkschaften dafür sorgen, daß die organisierte Arbeiterschaft durch ihre Teilnahme auch am 10. Oktober in Bonn der Friedensbewegung neue und kräftige Anstöße verleiht.

**Hebt den Verbotsbeschluß auf!!!**

die vorgesehenen Einkommens Kürzungen im öffentlichen Dienst in einer einstimmig verabschiedeten Erklärung als „Kampfansage an die Gewerkschaften“. Sonderlasten für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst werden in der Erklärung strikt abgelehnt.

Der DGB-Landesbezirksvorsitzende von Baden-Württemberg, Lothar Zimmermann, wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß der überwiegende Teil der Beamten im einfachen und mittleren Dienst beschäftigt ist und monatliche Nettoeinkommen von zum Teil weniger als 1500 Mark erhält. Auch Zimmermann erklärte, der DGB lehne eine Verschiebung der Gehaltserhöhungen um drei Monate im nächsten Jahr mit Entschiedenheit ab. Die Ankündigung einer allgemeinen Gehaltskürzung für Beamte nannte Zimmermann „eine Art Brünningscher Notverordnung“.

Auch DGB-Chef H.O. Vetter lehnte Sonderopfer für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes eindeutig ab: „Das machen wir auf keinen Fall mit“. Vetter kritisierte — allerdings inkonsequent — die Sparbeschlüsse der Bundesregierung als „sozial unausgewogen“. Immerhin ging Vetter so weit in seiner Kritik, daß er sagte: „Die Eckpfeiler unseres Sozialstaates sind angekratzt. Daran kann kein Zweifel sein!“

Welchen Stellenwert aber haben solche Worte im Munde von Vetter wirklich, wenn die DGB-Führung andererseits nichts, aber auch gar nichts un-

ternimmt, um irgendwie gewerkschaftliche Kampfkraft gegen die Verwirklichung des Bonner Sparprogramms mobil zu machen?

Was Veters Worte wirklich sind, wird schlaglichtartig durch das Verhalten einiger DGB-Führer beleuchtet, die als SPD-Abgeordnete im Bundestag vertreten sind, und die auf der Sitzung der Bundestagsfraktion der SPD in der vergangenen Woche nicht etwa gegen, sondern für die Sparbeschlüsse gestimmt haben.

Es handelt sich dabei um Adolf Schmidt, den Vorsitzenden der IG Bergbau und Energie, Ernst Haar, den Vorsitzenden der Eisenbahnergewerkschaft und Herrmann Rappe, stellvertretender Vorsitzender der IG Chemie-Papier-Keramik. Diese drei DGB-Vertreter zählten nicht etwa zu jenen 23 Abgeordneten des „linken Flügels“ der SPD-Fraktion, die gegen die Regierungsvorlage stimmten, sondern zu den Ja-Sagern.

Der IGBE-Vorsitzende Adolf Schmidt soll während der gesamten siebenstündigen Fraktionssitzung, bei der ja eine „Kampfansage an die Gewerkschaften“ zur Debatte stand, nicht ein einziges Mal den Mund aufgemacht haben!

Wäre da nicht ein Verfahren wegen gewerkschaftsschädigenden Verhaltens fällig?! Mit solchen Führern an der Spitze der Gewerkschaft ist es natürlich schwer, konsequente gewerkschaftliche Aktivitäten gegen die soziale Demontage in Gang zu bringen. Da kommt es um so mehr darauf an, daß die Kollegen von unten her die Initiative ergreifen, daß sie äußerst wachsam sind und es verstehen, der Sabotage von oben zu begegnen. Da kommt es vor allem auch darauf an, in den Betriebsaufklärungs- und Mobilisierungsrbeit zu betreiben.

### Umschüler demonstrieren in Hamburg

## Keine Kürzung des Unterhaltsgeldes und der Sozialausgaben!

(Korrespondenz). — Etwa 1000 Umschüler aus den verschiedenen Ausbildungsstätten in Hamburg haben am 2. September für ihre Forderungen demonstriert — eine sehr beachtliche Zahl, wenn man bedenkt, daß die Demonstration mittags, also während der Schulzeit, stattfand und dementsprechend auch ein starker Druck auf alle, die sich an der Aktion beteiligen wollten, ausgeübt wurde.

Im wesentlichen richtete sich die Demonstration gegen den von der Bundesregierung gegenwärtig betriebenen Sozialabbau (von dem wir Umschüler ja in besonderem Maße betroffen sind); gefordert wurde eine Erhöhung des Unterhaltsgelds auf 90 Prozent des letzten Nettolohns (mindestens 1200 Mark), gefordert wurden aber auch die Abschaffung des sogenannten Fehlzeitenerslasses (nach dem stundenweises Fehlen die Streichung des Unterhaltsgelds für ganze Tage nach sich zieht), Vertretungsrechte und Ausbildungsverträge für Umschüler usw.

Aus meiner Klasse sind 12 von 24 Kollegen mit zur Demonstration gegangen. Was die anderen betrifft, so waren sie keineswegs gegen die Aktion. Sie äußerten jedoch in den Diskussionen um die Demonstration Ängste, die bezeichnend sind für die gegenwärtige politische Landschaft: Ängste vor der Beobachtung durch den Verfassungsschutz, vor Repressionen durch den Kostenträger und auch vor möglichen „Ausschreitungen“ bei der Aktion.

Die Stimmung bei der Demonstration war sehr gut. Wir sind unter einem Transparent gelaufen mit der Aufschrift: „Holt doch die Millionen bei den Millionären, nicht bei uns!“ Daneben ein dick mit roter Farbe durchkreuzter Panzer. Die am meisten gerufene Parole war übrigens: „Unsere Moneten — nicht für Atomraketen!“ Als sich der Demozug dem Arbeitsamt näherte, dem Ort der Abschlussskundgebung, der gegenüber der Hamburger SPD-Zentrale liegt, gab es ein lautstarkes Pfeifkonzert und Parolen wie „Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten!“ oder „Das will doch jeder: Schmidt und Genscher ans Leder.“

Sowohl das Arbeitsamt wie auch das SPD-Gebäude waren abgesperrt — die Herren hatten wohl Angst vor einer Besetzung. Den Angestellten im Arbeitsamt war zuvor noch, sicher, um eine Solidarisierung zu verhindern, die Lüge aufgetischt worden, unsere Aktion — die von einigen Schülervertretungen organisiert worden war — wäre vom DGB verboten worden.

Erfreulich war die Tatsache, daß sich die Hamburger GEW durch eine Grußadresse offiziell mit der Demonstration solidarisierte. Auch von Umschülervertretungen aus anderen Städten kamen Grußbotschaften. Und schließlich haben nicht nur wir Schüler selbst durch unsere Teilnahme an der Demonstration etwas riskiert — man konnte auch einige Lehrer aus den Ausbildungsstätten im Demozug sehen.

# Ein Signal für Hunderttausende von Frauen

## Heinze-Frauen siegten vor dem Bundesarbeitsgericht

KASSEL. — Am 9. September hat das Bundesarbeitsgericht in Kassel über die Klage der 29 Arbeiterinnen des Gelsenkirchener Foto-Labor-Unternehmens Heinze entschieden. Das Urteil ist ein großer Erfolg für die Kolleginnen von Heinze und für den Kampf gegen die Lohndiskriminierung der Frauen insgesamt. Der Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes gelte — so entschied der 5. Senat des BAG in seinem Urteil — auch für die von den Unternehmern mit einzelnen Beschäftigten vereinbarten außertariflichen Zulagen.



Solidaritätsdemonstration am 6.9. in Kassel

Im Herbst hatten die Arbeiterinnen in dem Gelsenkirchener Fotolaborbetrieb herausbekommen, daß die Männer, die in derselben Lohngruppe wie die Frauen beschäftigt sind, und die eingestellt wurden, nachdem im Betrieb Nachtschicht eingeführt wurde (Nachtschicht von Frauen ist gesetzlich verboten), neben ihrer Nachtschichtzulage eine zusätzliche Zulage von 1,50 bis 1,80 Mark erhalten. Zwar erhalten auch einige der Frauen eine Zulage, jedoch nur zwischen 12 Pfennig und 1,02

Mark. Die meisten Frauen erhalten keinen Pfennig Zulage. Gegen diese Lohndiskriminierung zogen 29 Kolleginnen vor's Arbeitsgericht.

Es war klar, daß hier eine Benachteiligung der weiblichen Arbeiter wegen ihres Geschlechts vorlag. Die Männer waren sogar von den Frauen für ihre Arbeit angelernt worden. Die Zulage erhielten sie nicht etwa für höhere Leistungen, sondern ausschließlich deshalb, weil sie Männer sind.

Vor dem Gericht in Gelsen-

kirchen begründete die Firma Heinze die schlechtere Bezahlung der Frauen mit der Behauptung, daß „Männer einfach anstellig in ihrem Arbeitsverhalten“ seien als Frauen; während Männer zum Beispiel bei Störungen in der Durchlaufmaschine auch mal selber eingriffen, seien Frauen dazu „sowohl aus körperlichen Gründen als auch wegen zu geringen technischen Verstandes nicht in der Lage.“

Mit dieser allzu plumpen Begründung für die Diskriminierung von Arbeiterinnen hielten sich die Heinze-Bosse eine juristische Abfuhr: Das Gelsenkirchener Arbeitsgericht erklärte die Klage der 29 Kolleginnen für berechtigt.

Nun probierten die Herren es damit, ihren Standpunkt etwas besser zu verschleiern. Sie versuchten sich einerseits auf das Argument zurückzuziehen, die Zulagen der Männer seien in Einzelverträgen festgelegt worden, von einer „generellen Begünstigung“ der Männer könne daher gar keine Rede sein. Gleichzeitig aber begründeten die Heinze-Bosse die Bevorzugung der männlichen Arbeiter bei den Zulagen mit dem Argu-

es sich nicht um ein Grundsatzurteil. Aber an der grundsätzlichen Bedeutung dieses Urteils ändert dieser Hinweis nichts. Zu Recht erklärte nach der Urteilsverkündung Gisela Kessler, die Frauensekretärin beim Hauptvorstand der IG Druck und Papier, hier sei von den Heinze-Frauen für Millionen arbeitender Frauen eine Art Musterprozeß geführt worden. Mit diesem Urteil des Bundesarbeitsgerichts werde den Betriebsräten und Vertrauensleuten Handwerkszeug gegeben, um besser und offensiver als bisher gegen die Lohndiskriminierung der Frauen im übertariflichen Bereich anzugehen. In diesem Sinne — so Gisela Kessler — sei die BAG-Entscheidung eben doch ein Grundsatzurteil.

Und ebenfalls zu Recht wies Detlef Hensche, Mitglied des Geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG Druck und Papier, im Zusammenhang mit dem Urteil darauf hin, daß hier über „die Spitze eines Eisberges“ verhandelt wurde. Dahinter stecke — so Hensche — „ein gutes Stück gewerkschaftlicher Bewegung über die Grenzen der IG Druck und Papier hinaus.“

In der Tat haben die Kolleginnen von Foto-Heinze durch ihren mutigen Kampf, den sie gemeinsam mit der IG Druck führten, einen bedeutenden Sieg an der Front des Kampfes gegen die Lohndiskriminierung der Frauen und für die Verwirklichung der Losung „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ errungen. Einen Sieg, der ohne den Mut und die Entschlossenheit der Heinze-Frauen nicht möglich gewesen wäre, aber auch und erst recht nicht ohne die Solidarität Zehntausender von Kolleginnen und Kollegen und ohne die konsequente Unterstützung des Kampfes durch die IG Druck und Papier.

90 000 Kolleginnen und Kollegen aus den verschiedensten Einzelgewerkschaften des DGB haben mit ihrer Unterschrift ihre Solidarität mit den Heinze-Frauen bekundet. Und vor allem die Großkundgebung und Solidaritätsdemonstration am 6. September in Kassel, an der sich rund 7 000 Kolleginnen und Kollegen beteiligten, hat deutlich gemacht, wie stark unter den Arbeiterinnen und in den Gewerkschaften die Bewegung gegen die Diskriminierung der arbeitenden Frauen inzwischen angewachsen ist und, daß die

rechnet werden, daß sie diese klassenkämpferische Kampagne organisiert und damit die Voraussetzung für den Erfolg der Heinze-Frauen geschaffen hat.

Gleichzeitig haben die Arbeiterinnen von Heinze und die IG Druck mit diesem Erfolg ein gutes Beispiel dafür gegeben, daß auch und gerade in Zeiten der sich verschärfenden Wirtschaftskrise und allseitiger Angriffe des Kapitals und der Regierung auf die sozialen und wirtschaftlichen Rechte und Interessen der Arbeiterklasse ein offensiver Kampf für die Verteidigung und Ausweitung dieser Rechte und für die Durchsetzung von Arbeiterinteressen möglich und notwendig ist.

Natürlich sind Arbeitsgerichtsklagen kein Wundermittel gegen Diskriminierung. Auch Gisela Kessler hat dies ganz klar ausgesprochen. Wenn solche Klagen jedoch mit konsequenten gewerkschaftlichen Aktivi-

täten, mit der Mobilisierung der Kolleginnen und Kollegen verbunden werden, kann man dabei juristische Erfolge erringen und gleichzeitig das Bewußtsein von der Notwendigkeit des Kampfes gegen die Diskriminierung der Frauen in den Betrieben und Gewerkschaften erhöhen.

Durch den Sieg der Heinze-Frauen sind die Voraussetzungen für den Abbau der Lohndiskriminierung der werktätigen Frauen verbessert worden. Dieser Erfolg in Kassel ist ein Signal für Hunderttausende von Kolleginnen in den Betrieben. Bestimmt werden jetzt viele Kolleginnen ebenfalls für ihre Rechte aktiv werden bzw. ihren schon begonnenen Kampf gegen Lohndiskriminierung verstärken. Dieser Sieg muß auch zum Signal für die männlichen Kollegen werden, noch mehr als bisher diesen Kampf solidarisch und entschlossen zu unterstützen.

## Kurz berichtet

### GHK in Hamburg fordert 9,5 Prozent mehr Lohn

HAMBURG. — Die Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) in Hamburg fordert bei den Tarifverhandlungen für die rund 5 000 Beschäftigten des Tischlerhandwerks und der Holzverarbeitenden Industrie in Hamburg 9,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt. Der Hauptvorstand der GHK hatte hingegen eine Forderung von nur 7 Prozent als Empfehlung ausgesprochen.

Begründet hatte der Hauptvorstand seine Empfehlung mit dem Hinweis auf „das Machbare“. Demgegenüber erklärte ein Hamburger Gewerkschafter der GHK, Mitglied der Tarifkommission für das Tischlerhandwerk: „Angesichts der Preissteigerungsrate, der insgesamt hohen Lebenshaltungskosten und der überdurchschnittlichen Steigerungen der öffentlichen Tarife sind 9,5 Prozent Lohn- und Gehaltsanhebung absolut notwendig.“

### Rüstungsfirma feuerte unbequemen Betriebsrat

STUTTGART. — Unter fadenscheinigen Vorwänden haben die Bosse der Waffenfabrik Heckler und Koch in Oberndorf am Neckar das Betriebsratsmitglied Konrad Ott fristlos entlassen. Die Stuttgarter Bezirksleitung der IG Metall protestierte in scharfer Form gegen die Entlassung und kündigte an, die IGM werde „mit allen politischen und rechtlichen Mitteln gegen diesen Versuch, gute Betriebsräte mundtot zu machen, vorgehen“.

Die Geschäftsführung des Oberndorfer Rüstungsbetriebes versucht, die fristlose Kündigung dadurch zu begründen, daß sie Konrad Ott vorwirft, er habe gegenüber einem leitenden Angestellten das Wort „Lügner“ gebraucht und er habe sich zu dem unentschuldig von seinem Arbeitsplatz entfernt. In Wirklichkeit jedoch wurden diese Beschuldigungen von den Bossen an den Haaren herbeigezogen, um ein ihnen unliebsames Mitglied des Betriebsrates ausschalten zu können. Offensichtlich stand Konrad Ott wegen seines Eintretens für die Interessen der Kollegen schon lange auf der

### Abschlußliste der Heckler-Bosse

Traurig ist in diesem Zusammenhang die Rolle der Betriebsratsmehrheit: acht von 15 Betriebsratsmitgliedern haben ihre Zustimmung zu der fristlosen Entlassung gegeben. Bekanntlich ist ohne Zustimmung der Betriebsratsmehrheit eine Entlassung von Betriebsratsmitgliedern (die nur „aus wichtigem Grund“ als fristlose Entlassung durchführbar ist), gar nicht möglich.

Die IG Metall erklärte dazu: „Wenn acht Betriebsratsmitglieder schon diesem fadenscheinigen Kündigungsantrag zugestimmt haben — obwohl doch für Betriebsratsmitglieder ein besonderer gesetzlicher Schutz vorgesehen ist —, kann sich jeder Arbeitnehmer von Heckler und Koch selbst ausrechnen, wie es ihm in ähnlicher Lage ergeht. Von der Mehrheit dieses Betriebsrates, der sich als verlängerter Arm der Geschäftsleitung fühlt, kann niemand eine Hilfe erwarten.“

### „WdA“-Redakteure ziehen gegen DGB-führung vor's Arbeitsgericht

KÖLN. — „Verrat an den eigenen Prinzipien“ haben Redakteure der DGB-Wochenzeitung „Welt der Arbeit“ ihren Bossen, den zuständigen Bonzen der DGB-führung, vorgeworfen. Ohne jede Unterrichtung und Rücksprache mit den Betroffenen haben die Bonzen der DGB-Zentrale beschlossen, die Redaktion der WdA ab 1. Januar 1982 von bisher Köln nach Düsseldorf (wo die DGB-Zentrale ansässig ist) zu verlagern.

Sieben der insgesamt zehn Redakteure sollen gegen die vom Verlag ausgesprochenen Änderungskündigungen beim Arbeitsgericht Köln Klage erhoben haben. Den Rechtsschutz für diese Klagen gegen den DGB-Verlag hat die IG Druck und Papier übernommen. In den Bezirksinformationen für Köln bezeichnet die IG Druck und Papier den Vorgang als Skandal, zumal „alle Entscheidungen gegen den erklärten Willen der Beschäftigten und des Betriebsrates zustande gekommen sind“. Auf den Ortswechsel scheinen insbesondere der DGB-Vorsitzende H.O. Vetter und der ÖTV-Vorsitzende Heinz Kluncker zu drängen.

## Gisela Kessler über die Bedeutung des Kasseler Urteils

Einige Tage vor der Verhandlung und dem Urteil des Bundesarbeitsgerichts über die Klage der Heinze-Frauen veröffentlichte die „Deutsche Volkszeitung“ ein Interview mit der Frauensekretärin im Hauptvorstand der IG Druck und Papier, Gisela Kessler. Nach der besonderen Bedeutung der bevorstehenden Entscheidung von Kassel befragt, antwortete Gisela Kessler folgendermaßen:

„Die Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts wird Bedeutung für alle berufstätigen Frauen haben. Im wesentlichen sind es drei Punkte:

Wenn es dabei bleibt, daß die übertarifliche Lohngestaltung weiterhin der sogenannten ‚Privatautonomie der Vertragspartner‘ unterliegt und — von ganz offenkundiger Diskriminierung abgesehen — nicht gerichtlich überprüft werden kann, bedeutet dies: ‚Tür und Tor‘ offen für weitere Lohndiskriminierung der Frauen.

Wenn es aber gelingt, mit diesem Gerichtsurteil den ‚Schutz vor Diskriminierung‘ vor die (unternehmerische) ‚Vertragsfreiheit‘ zu rücken, dann wäre dies ein deutliches Signal für viele Frauen in vielen Betrieben. Das könnte zu vielen inhaltlichen Überprüfungen der übertariflichen Lohngestaltung entsprechend dem Gleichberechtigungsgesetz führen — im Zweifelsfall vor den Gerichten.

Darin liegt die grundsätzliche Bedeutung dieses Rechtsstreits.

Wenn es dabei bleibt, daß den Männern — weil sie auf dem Arbeitsmarkt für die niedrigen Frauenlöhne nicht ‚zu haben sind‘ — im außertariflichen Bereich eine ‚Arbeitsmarktzulage‘ gezahlt, diese den Frauen aber vorenthalten werden kann, be-

deutet dies eine Verewigung der Lohndiskriminierung. Wenn es aber gelingt, bei Zahlung einer ‚Arbeitsmarktzulage‘ an die Männer, diese wegen dem Gleichbehandlungsgebot auch an die Frauen zahlen zu müssen, wäre ein deutliches Zeichen für ‚gleicher Lohn‘ und ‚gleiche Arbeitsmarktchancen‘ gesetzt — der allgemein niedrigere Marktwert der Frauenerwerbskraft würde dadurch abgebaut.

Darin liegt die gesellschaftspolitische Bedeutung dieses Rechtsstreits.

Wenn es dabei bleibt, daß das erkämpfte Nachtarbeitsverbot für Frauen als Waffe gegen sie im Lohn angewandt werden kann, bedeutet dies einen Rückschritt gegenüber der bisherigen Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts und des EG-Anpassungsgesetzes.

Wenn es aber gelingt, den Grundsatz ‚Schutzrechte dürfen nicht zum Nachteil ausschlagen‘ durchzusetzen, dann wäre der Weg frei, den Gesundheitsschutz (z.B. auch durch erweitertes Nachtarbeitsverbot für Männer) weiter auszubauen — und nicht mehr von Abbau des Nachtarbeitsverbots für Frauen (einer abstrakten Gleichheit wegen) zu reden.

Darin liegt die sozialpolitische Bedeutung dieses Rechtsstreits.“



Hier einige der Heinze-Frauen vor dem Kasseler Gerichtsgebäude

ment, den Männern müsse eine „Arbeitsmarktzulage“ gewährt werden. Im Klartext: der „Marktwert“ der Arbeitskraft bei Männern ist höher als bei Frauen.

Mit dieser Argumentation erhielten die Heinze-Bosse im September 1979 vom Landesarbeitsgericht in Hamm Recht. Jetzt aber wurde dieses reaktionäre Urteil durch die höchste Instanz, das Bundesarbeitsgericht in Kassel, wieder aufgehoben. Das Gericht stellte sich dabei auf den Standpunkt, daß der im Grundgesetz enthaltene Gleichheitsgrundsatz auch für individuell vereinbarte, außertarifliche Zulagen Geltung habe.

Zwar erklärte das Gericht, bei diesem Urteilsspruch handle

Heinze-Frauen keineswegs allein stehen.

„Ihr Richter merkt es Euch genau — gleiches Recht für Mann und Frau — lautete eine der Parolen der demonstrierenden Kolleginnen und Kollegen in Kassel. Eine andere: „Unser Urteil steht fest: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!“

Die Massenaktion in Kassel hat den Richtern deutlich vor Augen geführt, daß die Heinze-Frauen eine Sache vertreten, mit der Millionen Kolleginnen und Kollegen sympathisieren und die heute von einer breiten und kämpferischen gewerkschaftlichen Massenbewegung getragen ist.

Es muß der IG Druck und Papier als ein Verdienst ange-

## Meldungen

### Strafmilderung für Nazi-Geiß

STADE. — Edgar Geiß ist eine der bekanntesten Figuren der militanten Neonazi-Szene in Norddeutschland. Jahrelang trieb er sein Unwesen, ohne dafür belangt zu werden. Im August letzten Jahres sah sich dann selbst ein bundesdeutsches Gericht zu einer Verurteilung bewogen: Er hatte Flugblätter verteilt und verteilen lassen, auf denen stand: „Ich Esel glaube noch, daß in deutschen KZs Juden vergast wurden.“

15 Monate sollte Geiß wegen Volksverhetzung ins Gefängnis. Dagegen legte er Berufung ein. Und jetzt konnte er einen ersten Erfolg verbuchen: die Haftstrafe wurde um ein Drittel auf zehn Monate gemildert! Auch dagegen kann Geiß noch Revision einlegen.

### „Blitzkanone“

Eine neue Erfindung hat dieser Tage ein britisches Unternehmen gemacht: die sogenannte „Blitzkanone“. Wieder einmal eine Waffe, die nach Zeitungsmeldungen „die Demonstranten“ außer Gefecht setzen soll, ohne ihnen physische Schäden zuzufügen. Die Waffe soll „Angreifer“ mit einem extrem starken Blitz lähmen, Übelkeit und lähmende Kopfschmerzen hervorrufen. Dieser Zustand soll angeblich nur fünf Minuten lang anhalten. Die Reichweite dieser neuen Terrorwaffe wird mit 20 Metern angegeben.

### Frankfurter Polizisten

FRANKFURT. — Die Frankfurter Polizei, die schon oft zum Schutze faschistischer Demonstrationen auf die Straße geschickt wurde, sieht es offenbar auch als ihre Pflicht an, Aufklärung über die Verbrechen der Faschisten in der Zeit der Hitler-Diktatur zu verhindern.

Das mußten Anfang September Gewerkschaftskollegen erleben, die die zweite alternative Stadtrundfahrt des DGB vorbereiteten.

Mit Genehmigung der Ordnungsbehörden sollten an Gedenkstätten faschistischer Verbrechen und antifaschistischen Widerstandes Informationsstafeln aufgestellt werden. Vor dem Polizeigefängnis Klapperfeldgasse sollte ein Schild stehen, auf dem u.a. stand: „(...) hier wurden Antifaschisten von der Gestapo gefoltert.“

Die Antifaschisten wurden von Polizisten überfallen und massiv bedroht, um sie am Aufstellen der Schilder zu hindern. Einer der Beamten meinte, sie sollten „lieber die Mauer in Berlin tapezieren, anstatt dafür zu sorgen, daß den Juden weitere Milliarden in den Rachen geworfen werden.“ Und sie sollten ihren „Scheißdreck wegräumen“. Zähneknirschend ließen die Beamten von angekündigten Gewalttaten ab, als sie sich davon überzeugt hatten, daß die Aktion tatsächlich genehmigt war. Aber sie bekräftigten ihren profaschistischen Standpunkt.

Diese Polizisten werden auch künftig zum Einsatz gegen Antifaschisten losgelassen werden...

### Staatsanwaltschaft Nürnberg:

# Hoffmann ist ein Mörder

## Mordfall Levin / Poeschke vor der Aufklärung

NÜRNBERG. — Nun gibt es offensichtlich keine Möglichkeit mehr, die Verantwortung des faschistischen Wehrsportgruppenführers Hoffmann für den Mord an dem jüdischen Verleger Levin und seiner Lebensgefährtin Frieda Poeschke zu leugnen. Die Staatsanwaltschaft in Nürnberg erklärte jedenfalls, der Fall sei so gut wie aufgeklärt; Hoffmann habe „im bewußten und gewollten Zusammenwirken mit einem seiner Gefolgsleute“ und mit Unterstützung durch seine Freundin Franziska Birkmann diese Tat begangen.

Monatelang wurde hartnäckig die Schuld Hoffmanns geleugnet, obwohl sie auf der Hand lag. Unter anderem hatte man die Brille Franziska Birkmanns sowie Fußabdrücke, die auf sie hinwiesen, am Tatort gefunden.

Monatelang wurden die massiven Proteste von Antifaschisten gegen die schleppenden Ermittlungen und die offiziellen Verdrehungen in den Wind geschlagen. Daß das jetzt nicht mehr geht, ist

ein Erfolg für alle Antifaschisten. Es kann nur ein Urteil geben: Lebenslänglich für Hoffmann und seine Spießgesellen!

Aber immer noch wehrt man sich dagegen, den ganzen Sumpf, der zu Hoffmann und seiner Bande — die immerhin über 400 Mitglieder zählt — trockenzulegen.

So wird nach Hoffmanns Mittäter nicht öffentlich gefahndet, obwohl laut Aussagen der Staatsanwaltschaft

„alles von ihm bekannt ist“. Ja, diese Tatsache wurde in der Presse sogar als Grund angeführt, daß eine öffentliche Fahndungsausschreibung „nicht erforderlich“ sei.

Vieles deutet allerdings darauf hin, daß es sich bei diesem Mörder um den ehemaligen Tübinger Studenten Uwe Berendt handelt. Berendt war zusammen mit Hoffmann und anderen Faschisten an dem bekannten Überfall auf antifaschistische Demonstranten in Tübingen im Dezember 1976 beteiligt, als sie sich den Weg zu einem Versammlungsort freiknütteln wollten, wo sie u.a. Söldner für das rhodesische Rassenregime werben wollten.

Es darf nicht bei einer Verurteilung wegen des Mordfalls Levin/Poeschke bleiben (sofern diese tatsächlich zustande kommt). Bemerkenswert ist, daß die Nürnberger Staatsanwaltschaft ausdrücklich betonte, es haben sich auch bei ihren Ermittlungen keinerlei Anhaltspunkte für eine Mitverantwortung Hoffmanns für das Oktoberfest-Attentat von München ergeben. Gerade diese Verantwortung aber, die ebenfalls auf der Hand liegt, muß endlich herausgestellt werden. Das ist für die antifaschistische Sache von hervorragender Wichtigkeit. (Vergleiche den Artikel auf Seite 7).

Fest steht jetzt also zum erstenmal auch nach einer

Äußerung eines Staatsorgans: Hoffmann ist ein brutaler, hinterhältiger Mörder. Eine Feststellung, die ausgenutzt werden muß im Kampf gegen die Umtriebe aller Nazi-Terror-Banden, die ja so gut wie alle in mehr oder weniger engen Verbindungen zur Hoffmann-Bande standen und stehen. Sie alle müssen zerschlagen werden. Und die offiziellen Erkenntnisse über Hoffmann müssen endlich dazu führen, daß seine Bande vollständig zerschlagen, ihre Mitglieder sämtlich wegen Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung dingfest gemacht und verurteilt werden!



### Lehrreicher Antifaschisten-Prozeß in Lörrach

# Staat und Nazis Hand in Hand

## Freisprüche erkämpft — Widerstand geht weiter

LÖRRACH. — Weil sie zusammen mit 2000 Antifaschisten am 19. Januar 1980 in Grenzach gegen einen Fackelzug der Neonazis demonstrierte hatten, wurden zwei Demonstranten — der Metallgewerkschafter Herbert Kimmelmeyer und der Pädagogikstudent Dietmar Koschmieder — von den Nazis vor Gericht gezerzt. Wie der Prozeß selbst bewies, erhielten die Faschisten direkte Hilfe durch Polizei und Justiz. In einer Weise, die Rechtsanwalt Müller zu dem Schluß veranlaßte, diese Staatsorgane ließen sich „vor den Karren der NPD spannen, damit diese ihre politischen Ziele verfolgen kann“.

Dennoch mußten die beiden Antifaschisten freigesprochen werden.

Ein großer Erfolg. Aber es bleibt ein übler Nachgeschmack zurück; zu deutlich wurde das reaktionäre Zusammenspiel zwischen Staat und Nazis. Ein Beispiel dafür, daß der antifaschistische Kampf heute nicht allein auf die Gegnerschaft zur

NPD beschränkt bleiben darf.

Es verwundert heutzutage kaum noch, daß Gewalttaten der Faschisten bei der Demonstration ungeahndet blieben. Denn die gab es auch in Grenzach. Darunter die, unter den Augen der Polizei, die die Fa-

schisten schützte, mitten unter die Antifaschisten geworfene brennende Fackeln.

Die Polizei kam zum Schutze der Faschisten. Dankenswerterweise bringt diesen Umstand selbst die Anklageschrift gegen die Nazi-Gegner zum Ausdruck. Dort heißt es: „Die zum Schutz der NPD aufgelegte Polizei (...)“

Die antifaschistische Demonstration wurde sorgfältig beobachtet. Hauptbeobachter und „Belastungszeuge“: Kripo-Oberkommissar Tilly. Und Beobachtungen antifaschistisch gesinnter Menschen fanden offensichtlich auch vorher schon statt. Einer der Angeklagten, der Betriebsratsvorsitzende D. Koschmieder, war bei der Kripo bekannt — obwohl er nicht vorbestraft ist. Woher? — „Dienstgeheimnis!“ lautet die freche Antwort der Polizei.

Zur Förderung des Nazi-Aufmarsches war jedes Mittel recht. Der Lörracher Polizeichef Flath sagte ungeniert aus, er habe den Fackelzug „als Überraschungscoup für die Demonstranten“ durchführen lassen wollen.

Als Hauptbelastungszeugen

baute die Kripo das Vorstandsmitglied der baden-württembergischen NPD, Kessebrock, auf. Es stellte sich später heraus, daß dieser seine Anklage gegen die „gewalttätigen Gegendemonstranten“ aus Hörensagen und mit Hilfe von Pressefotos zusammengeschustert hat. Für Kessebrock nichts Neues; in anderer Sache hat er zwei Strafverfahren wegen Falschaussage zu erwarten. Auch der Kripo ist der Charakter dieses Mapnes bekannt. Die Reaktion eines Beamten auf einen entsprechenden Hinweis lautet dementsprechend: „Wenn er will, dann laß ich ihn halt lügen!“

Das alles ist für eine Verurteilung denn doch zu durchsichtig. Aber das Gericht fällt sein Freispruchs-Urteil nicht, ohne festgestellt zu haben, die NPD sei eine verfassungsmäßige Partei und könne dementsprechend den Schutz des Grundgesetzes voll in Anspruch nehmen. Die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ erfordere, daß alle Behörden, die Polizei und die Justiz, verpflichtet seien, der NPD die „Betätigung in der Öffentlichkeit zu sichern“!

Und da ist natürlich denen, die den Faschisten dieses Recht

nicht zugestehen wollen, scharf entgegenzutreten. Dies war auch der Sinn der Prozeßfarce, die ein wirklich unabhängiges Gericht niemals zur Hauptverhandlung hätte zulassen dürfen, verbunden mit der Absicht, ein abschreckendes Zeichen im Hinblick auf künftige Aktionen zu setzen. Der Staatsanwalt formulierte das offenerherzig so: „Wir strafen aus generalpräventiven Gründen, weil sich die Fälle nämlich sonst wiederholen.“

So hat es nun zwar mit der erhofften Verurteilung von Nazi-Gegnern nicht geklappt. Aber der NPD wurde vorgeführt, welchen Schutz sie bei ihren verbrecherischen Umtrieben in unserem Lande genießt.

Sie hat die Zeichen gut verstanden. Nur zwei Tage nach dem Urteil wandte sie sich mit einer neuen Provokation an die Öffentlichkeit: Sie rief in einer Zeitung, dem „Markgräfler Tagblatt“, dazu auf, im nächsten Jahr ihre „Schlageter-Feier“ noch größer durchzuführen als bisher. „Verdienten Kameraden“ sollen dabei sogar eigene „Orden“ verliehen werden. — Für die Antifaschisten ein Hinweis auf die Notwendigkeit, im Widerstand nicht nachzulassen. Der Prozeß von Lörrach hat gezeigt, wo die Feinde stehen. Nur der breite, auf die eigene Kraft vertrauende Zusammenschluß und Kampf des Volkes wird den Nazi-Umtrieben ein Ende setzen, ein Verbot der braunen Banden erzwingen können.

### DDR-Rentnerin saß 15 Tage im Gefängnis

## Horrorerlebnis im „freien Westen“

Die Richter in der Frontstadt Westberlin sind in der letzten Zeit vor allem dadurch zu trauriger Berühmtheit gelangt, daß sie reihenweise militante Hausbesetzer ins Gefängnis schicken. Aber man muß, um in Westberlin hinter Gittern zu landen, nicht einen Stein in ein Schaufenster geworfen haben. Für eine 61jährige Rentnerin aus der DDR langte dazu schon „eine verdächtige Handbewegung“.

Verdacht hatte die alte Dame aus dem Osten in einem Supermarkt erweckt: den Verdacht, ein Stück Seife gestohlen zu haben. Den Bürgern unseres Landes sind ja die offiziell geduldeten Wildwest-Methoden der Kaufhaus-Bosse hinreichend bekannt. Für die Rentnerin aus der DDR war es jedoch sicher ein Schock, daß sie sofort von zwei Typen brutal gepackt und festgehalten wurde. („Es tat unheimlich weh“)

Und die alte Frau tat etwas ganz Verständliches: Sie versuchte sich mit Fußtritten gegen die Angreifer zu wehren. Aber genau das sollte ihr später zum Verhängnis werden. Denn die vom Filialleiter herbeigerufenen Polizisten fanden zwar die angeblich gestohlene Seife nicht bei der Rentnerin. Sie führten sie dennoch einem Haftrichter

vor. Und der entschied; Haftbefehl, also Einlieferung ins Gefängnis. Begründung: Verdacht auf „räuberischen Diebstahl“ (weil sich die Frau gewehrt hatte) und „Fluchtgefahr“ (weil sie keinen Wohnsitz in Westberlin hatte).

15 Tage lang mußte die alte Frau im Gefängnis sitzen. Und daß sie überhaupt wieder heraus kam, verdankt sie auch nur einem Zufall. Ein Anwalt, der eine andere Frau in der Haftanstalt besuchte, wurde auf sie aufmerksam und übernahm ihren Fall. Er erzwang einen Prozeß, bei dem die Frau freigesprochen werden mußte und für ihre willkürliche Inhaftierung ganze 150 Mark Haftentschädigung bekam — das sind zehn Mark für jeden Tag der richterlich verfüigten Freiheitsberaubung.

## Vermummte Polizei-Provokateure



WESTBERLIN. — Im letzten „ROTEN Morgen“ hatten wir über die von Polizeitruppen provozierten Krawalle am Rande der Antikriegstagsdemonstration des DGB berichtet. Wir geben hier ein Bild wieder, das von dpa verbreitet wurde und Polizisten zeigt, deren Gesichter durch die Behelmung so gut wie unkenntlich sind — obwohl eine „Vermummung“ der Beamten von offizieller Seite vehement abgestritten worden ist. Der Beamte am rechten Bildrand ist einer von sicherlich vielen Provokateuren. Auf seinem Helm prangt deutlich sichtbar ein „A“, das ihn für die Demonstranten als „Anarchisten“ ausgeben soll. Der Fotograf, der diese Aufnahme schoß, mußte vor den Polizisten flüchten, die ihm die Kamera stehlen wollten.

Wie berichtet, ergingen elf Haftbefehle gegen Demonstranten; neun von ihnen sitzen

ein. Inzwischen hat der Westberliner Justizsenator Rupert Scholz harte Strafen für sie gefordert. „Schwerer Landfriedensbruch“ — das wird ihnen zur Last gelegt — sei kein Kavaliersdelikt, „sondern eine Straftat, die mit Freiheitsstrafe bis zu zehn Jahren bedroht“ sei. Er sei sich mit der Staatsanwaltschaft einig, daß harte Strafanträge gestellt werden müßten.

Die beamteten Provokateure allerdings erwartet keine Strafe. Sie dürfen, bewährt in solchen Einsätzen, weitermachen. Sie gehören in das politische Spiel der Westberliner Regierung, die immer wieder gewaltsame Auseinandersetzungen haben will, um diese zur Hetze gegen jede mißliebige Demonstration, zur Spaltung der Bevölkerung und zur Einschüchterung von Demokraten und Revolutionären ausnutzen zu können.

# Ein großer Schritt voran

Arbeiterkorrespondenz aus Aachen

Nachdem in den vergangenen Jahren in Aachen am Antikriegstag immer nur einige hundert Menschen gegen den Krieg demonstrierten (die früheren Demonstrationen waren zumeist vom örtlichen Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit organisiert worden), waren dieses Jahr in Aachen 1100 Menschen auf der Straße. Aufgerufen zu der Demonstration hatten insgesamt 33 örtliche Gruppen und Initiativen, von den Jungdemokraten, über die DKP, die Grünen, bis hin zur KPD.

Maßgeblich vorbereitet und initiiert wurde die Demonstration von der „Aachener Friedensinitiative“, die sich vor etwa zwei Monaten auf der Grundlage des Russel-Aufrufes gegründet hat, und in der neben vielen parteilosen Menschen auch Mitglieder der VOLKSFRONT, der KPD, des KBW, DFG/VK, Antifa-Gruppe u.a. mitarbeiteten.

In der Demonstration selbst bildete die „Aachener Friedensinitiative“ einen starken und auffälligen Block (optisch hervorgehoben durch gelbe Transparente mit schwarzen Schriftzeichen, den Aachener Stadtfarben), der besonders aber durch seine Parolen wie „Rüstungsexport ist Völkermord“, „BRD raus aus der NATO, Neutralität“, „Reagan, Breschnew, Strauß und Schmidt, wir

machen Euren Krieg nicht mit“, „1, 2, 3, 4 keine Atomraketen hier, 5, 6, 7, 8, und wenn der Schmidt den Abgang macht“ lautstark auffiel. Die DKP und Teile des „Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ (in dem die DKP über einen starken Einfluß verfügt) reagierten anfangs sehr ausweichend auf den Vorschlag zu einer Demonstration und führten tausend Ausflüchte an („Da kommen nur 200 bis 300 Leute, da gibt es keine Basis für, zu kurzfristig, Ferien“ etc.), nachdem der Versuch der „Aachener Friedensinitiative“ gescheitert war, über Gewerkschafter den DGB zu einer eigenen Demonstration zu bewegen.

Nachdem die DKP jedoch feststellen mußte, daß immer mehr Initiativen und Organisationen sich für eine Antikriegs-

demonstration einsetzten, blieb ihnen nichts anderes übrig als zuzustimmen. So kam denn auch ein politisch ziemlich weitgehender Demonstrationsaufruf zustande, der sich von früheren, relativ nichtssagenden Aufrufen

deutlich unterschied, und der u.a. die Forderung nach einer atomwaffenfreien Zone in West- und Osteuropa und die Aufforderung nach kompromißlosem Widerstand gegen das Wettrüsten von NATO und Warschauer Pakt enthielt.

Durch ihre langjährige Arbeit im „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ hat die DKP in Aachen innerhalb der Friedensbewe-

gung eine relativ einflussreiche Position, die sie im Interesse ihrer Politik gegenüber den anderen Friedensfreunden immer ohne Rücksicht ausspielen konnte. Mit der Gründung der „Aachener Friedensinitiative“ und besonders durch die erfolgreiche Demonstration am diesjährigen Antikriegstag und die dort in der Mehrzahl mitgetragenen Forderungen, ist einer solchen Politik ein deutlicher Riegel vorgeschoben worden.

Ein Demonstrationsaufruf von 33 Organisationen quer durch alle politischen Richtungen, ein Aufruf, der bei der Ablehnung des „Nachrüstungsbeschlusses“ nicht stehen blieb, 1100 Menschen am Antikriegs-

tag auf der Straße und eine Vielzahl Transparente und Parolen, die der Friedensarbeit politische Perspektiven über die Ablehnung des Raketenbeschlusses hinaus gaben, waren für Aachen wirklich ein großer Schritt voran.

So laufen denn auch in den nächsten Tagen die Vorbereitungen für die Demonstration am 10.10. in Bonn bereits auf Hochtouren an (für Aachen ist ein Sonderzug im Gespräch), so daß auch in Aachen immer mehr Menschen sagen: Breschnew, Reagan, Strauß und Schmidt, wir machen euren Krieg nicht mit!

Ein Genosse  
aus Aachen

## Antikriegstag 1981



Auf dieser Seite, wie im letzten RM versprochen, einige Korrespondenzen über die Aktionen am diesjährigen Antikriegstag. Parteigenossen waren dabei und verbreiteten auch die Losungen ihres Friedensplans. Die abgebildete Grafik stammt von einem Plakat der Ortsgruppe Dortmund-Hörde, mit dem (schon vor dem Antikriegstag) zu einer Versammlung eingeladen wurde.

## 25 000 Teilnehmer marschierten gegen den Krieg

Arbeiterkorrespondenz aus Bremen

Vorausgegangen war der Großdemonstration vom 1.9.81 am vergangenen Samstag ein Friedensfest auf den Weserwiesen. Aufgerufen hatten dazu über 50 Organisationen, unter anderem auch die Partei, die VOLKSFRONT und die KJD. Die Partei nutzte die Gelegenheit, nicht nur den Friedensplan vorzustellen, sondern auch gerade über die Verhaftung unserer Genossen in der DDR zu berichten. Eine mit reichlichen Informationen über die Arbeit der KPD und über die Verhaftung der Genossen in der DDR angefertigte Stellwand verfehlte nicht ihre Wirkung. Es bildeten sich kleine Diskussionsgruppen, und viele Besucher wurden zum ersten Mal über die unbekannte Opposition in der DDR informiert. Besondere Aufmerksamkeit zog ein Transparent der VOLKSFRONT auf sich mit den Parolen „NATO — Todssicher“ und „BRD — Raus aus der NATO!“. Einige Mitglieder der VOLKSFRONT hatten dieses Transparent auf einem Segelboot befestigt und fuhren damit die Weser auf- und abwärts, was sichtbaren Eindruck bei etlichen Besuchern des Friedensfestes hinterließ.

Zum Antikriegstag am 1. September hatten neben den verschiedensten Organisationen auch der DGB-Bremen aufgerufen. Womit niemand gerechnet hatte: Es kamen ca. 25000 De-

monstranten. Das war die größte Demonstration in Bremen seit den Straßenbahnaktionen Ende der 60er Jahre. Aus dem geplanten Schweigemarsch des DGB wurde nicht so recht was; denn immer wieder wurden Parolen gerufen wie „Nie wieder Krieg“, „Atomraketen weg“ oder „Raus aus der NATO“. Als die ersten Teilnehmer, SPD-Politiker und DGB-Vertreter, den Marktplatz erreicht hatten, befand sich das Ende des Demonstrationzuges erst am Bahnhof. Für den DGB sprachen u.a. der HBV-Jugendsekretär Detlev Schmidt und der Vorsitzende der NGG, Günter Döding. Sie kritisierten den „NATO-Doppelbeschluss“ und warnten davor, die militärische Aufrüstung mit sozialer Abrüstung zu bezahlen.

Auffällig an der Demonstration waren viele Transparente gegen den Krieg und gegen die Aufrüstung und für den Austritt der BRD aus der NATO. Etliche Betriebs- und Kollegengruppen aus verschiedenen Bremer Betrieben nahmen teil, sowie Vertreter aus dem Gesundheitswesen/ÖTV und in der GEW organisierte Lehrer. Insgesamt gesehen hat diese Demonstration die Reihen der Friedensbewegung gestärkt, auch gerade wegen der vorher nicht erwarteten großen Teilnehmerzahl.

Rot Front!

## „Der DGB muß zum 10.10. aufrufen!“

Arbeiterkorrespondenz aus Hannover

Zum 29.8. hatte sich bei uns eine Aktionseinheit zu einer Antikriegsdemonstration gebildet. Aus Zeitgründen (Urlaub...) hatten wir es nicht geschafft, als Unterzeichner aufzutreten, sind jedoch beteiligt an der Aktionseinheit, die auch eine gemeinsame Fahrt nach Bonn am 10.10. plant. Auf der Demonstration am 29.8. waren wir selbstverständlich auch. Wir haben dort ca. 750 Partei-Antikriegs-Faltblätter verteilt und ca. 300 DDR-Flugblätter, sowie einige „Rote Morgen“ verkauft.

Es beteiligten sich ca. 2000 Leute. Die Demo ging durch die Innenstadt, am Amerika-Haus vorbei und dem Siemens-Verwaltungsbüro und dem Gebäude, wo die Gewissensprüfverfahren für Kriegsdienstverweigerer stattfinden. An diesen Orten fanden viele Kundgebungen statt; viele Bullen waren dort postiert. „Zwischenfälle“ gab es keine.

Am 30.8. hatte der DGB zu einer Kundgebung an einer Kriegsgedenkstätte (eine zerbombte Kirche) mit Pfarrer Albertz aufgerufen. Aus Braunschweig und Wolfsburg waren sogar einige Busse gekommen — deshalb war die Teilnehmerzahl von knapp 2000 eher mager. Auch von der Aktions-einheit vom Vortag waren viele da.

Die Rede von Pfarrer Albertz war gut — zum Beispiel forderte er den DGB auf, mehr zu tun, um einen Krieg zu ver-

hindern: etwa, die Kollegen in Rüstungsbetrieben zu überzeugen, daß U-Boote für Faschistenregime zu bauen keine Arbeitsplätze auf lange Sicht garantiert und daß man so außerdem den Kollegen in den faschistischen Ländern mit dem Messer in den Rücken fällt. Oder: Der Helmut Schmidt solle froh sein, daß die bundesdeutschen Jugendlichen ab und an Häuser besetzen, was wesentlich besser sei, als wenn sie andere Völker überfielen und andere Länder besetzten.

Oder: Der DGB solle und müsse zum 10.10. nach Bonn mobilisieren, usw. Es gab viel Beifall, und der ansagende DGB-Sekretär gab bekannt, daß er persönlich an den Hauptvorstand geschrieben habe, weil er meine, der DGB müsse zum 10.10. nach Bonn aufrufen. Er hatte bestimmt auf den massiven Druck von der Basis her gehandelt — denn er ist sonst eher ein „Rechter“.

Natürlich waren wir mit unseren Transparenten und Flugblättern da. Weitere 750 Faltblätter und ca. 200 DDR-Flugblätter wurden verteilt.

Den gesamten September über macht der DGB Diskussionsveranstaltungen, zeigt Filme usw. zum Thema Kriegsgefahr. Auf einigen Veranstaltungen werden wir Parteimaterialien verteilen und mitdiskutieren.

Revolutionäre Grüße  
aus Hannover!

### Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr. ....

☐ für 1 Jahr

☐ für 1/2 Jahr

☐ Probenummer

Die Zahlung erfolgt:

☐ jährlich  
DM 60.-

☐ halbjährlich  
DM 30.-

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

### Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD

☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name: .....

Straße: .....

Plz./Ort: .....

Datum: ..... Unterschrift: .....  
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.



Strauß und die gesamte bayrische Reaktion eilen an die Stätte des Grauens. Die Toten zählen nur als Wahlkampfmaterial. Aber bevor Strauß und seine politischen Freunde die erste Erklärung abgeben können, wird ein Umstand bekannt, der ihnen — zum Glück — einige Schwierigkeiten machen soll: Mit den zwölf unschuldigen Opfern starb auch der direkte Urheber des größten politischen Gewaltverbrechens der Nachkriegszeit. Es ist der Faschist Gundolf Köhler, an Waffen ausgebildet in der Wehrsportgruppe Hoffmann, in Bayern. Einer Gruppe, die Strauß, Tandler usw. immer wieder, auch nach mehrfachen Gewalttaten, als „harmlos“ bezeichnet und vor Verfolgungen geschützt haben.

Keine Chance mehr für die sicher vorhandene Absicht, diese Bluttat „linken Terroristen“ in die Schuhe zu schieben. Dennoch eine Hetze von CSU-Seite gegen alle politischen Gegner, die nur schwer den Ärger über diese Tatsache verschleiern kann, die die letzten demokratischen Rechte in unserem Lande angreift und den totalen Polizei- und Überwachungsstaat herbeiführen soll. Nichts aber wird unternommen gegen die faschistischen Hintermänner des Massakers...

Das alles ist, wenn diese Nummer des „Roten Morgen“ erscheint, fast ein Jahr her. Und es ist ruhig geworden um das Verbrechen.

Strauß ist nicht Kanzler geworden. Es bleibt aber festzuhalten, was der „Rote Morgen“ bereits vor einem Jahr schrieb: Die Faschisten wollten Strauß an die Macht bomben! Wie gut

26.9.: Jahrestag des Oktoberfest-Attentats

## Stoppt den Nazi-Terror!

München, September 1980. Der Bundestagswahlkampf steht auf seinem Höhepunkt. Franz Josef Strauß, als Exponent der reaktionärsten politischen und wirtschaftlichen Kräfte in Westdeutschland, will Kanzler werden. Zehntausende Bürger haben in den vorangegangenen Monaten immer wieder ihren Widerstand gegen ihn und sein Programm demonstriert. In München kann man sich des Sieges nicht sicher sein. Man zieht alle Register des Werbens, des Drohens, des Volksbetrugs, man setzt alle Kreise der Reaktion in Bewegung. Alle. Strauß selbst hat das Wort geprägt: „Mit Hilfstruppen darf man nicht zimperlich sein!“...

In dieser Hochzeit des Wahlkampfes explodiert die Bombe auf dem Münchner Oktoberfest. Mehr als 200 Menschen werden verletzt, zum Teil schrecklich verstümmelt, zwölf ahnungslose Menschen sterben einen grauenvollen Tod.

kampf, aus gleichgearteten, wohlgedachten politischen Interessen.

### Die Lüge vom „Einzeltäter“

Gleich in der ersten Stellungnahme der Bundesanwaltschaft ganz kurz nach dem Verbrechen — die Ermittlungen haben gerade erst angefangen — wird die heute noch gültige These in die Welt gesetzt: Köhler sei „Einzeltäter“ gewesen. Am 30.9. verlautet aus dem bayrischen Innenministerium, es gebe „nietmanden, der ernsthaft behaupten könne, beim Münchener Attentat habe es sich um ein „Gruppendelikt“ gehandelt.“ „Das Motiv ist völlig unklar“,

bei denen er betonte, dazu seien unbedingt mehrere Personen notwendig. Und noch darüber hinaus geht aus einem der Rebmannschen Berichte selbst hervor, Köhler habe im Freundeskreis geäußert, mit so einem Anschlag sei sogar eine Wahlbeeinflussung zu erreichen. Wenn ein solches Attentat als Tat der Linken ausgegeben würde, könne Strauß die Wahl gewinnen...

Hoffmanns WSG war zur Zeit des Attentats bereits seit acht Monaten verboten. Allerdings nur nach dem Vereinsrecht, er und seine Kumpane liefen frei herum. „Keine Gefahr für die

Männer kurzzeitig festgenommen worden. Im gesamten Bundesgebiet wurden 24 Wohnungen durchsucht. Dabei wurde man durchaus fündig: Nach offiziellen Angaben wurden ein Kilogramm Sprengstoff, drei Granaten, eine Tellermine und drei Kartuschen gefunden! Aber Hoffmann kam sofort wieder frei. (Und bereitete unter anderem den Mord an Levin und Frau Poeschke vor...)

Im Mai 1981 — keine einzige Festnahme, kein einziges Strafverfahren ist zu vermelden — wird durch die Presse bekannt: Die Sonderkommission des Bayerischen Landeskriminalamtes zur Aufklärung des Oktoberfest-Attentats ist aufgelöst worden!

### Ermutigung zu neuen Mordtaten

Die Neonazis müssen sich durch dieses Verhalten der Staatsorgane ungeheuer ermutigt fühlen. Wie sehr sie es sind, beweist unter anderem der folgende Vorfall: Im Juni 1981 muß ein Volksfest in Kronberg bei Frankfurt abgebrochen werden, weil Neonazis mit einem Mordanschlag „wie auf dem Münchner Oktoberfest“ gedroht hatten. Und die faschistischen Mordtaten und Attentatsvorbereitungen gehen bis heute weiter.

### Die schmutzigen Pläne der Reaktion...

Was die verschiedenen Abteilungen der Herrschenden Klasse und ihrer Parteien in dieser Frage eint und ihr gemeinsames Bemühen zur Verdunkelung der Motive, Hintergründe und Verursacher des Massakers erklärt, ist das gemeinsame Interesse daran, die Verantwortung der Neonazis für dieses bestialische Verbrechen zu leugnen. Denn würden sie zugeben, daß tatsächlich eine von ihnen bis heute äußerst sanft angefaßte und teilweise direkt ermutigte faschistische Bande dafür verantwortlich ist, wären sie gezwungen, gegen die faschistischen Gewaltverbrecher durchgreifende Maßnahmen anzuwenden. Ihre Demagogie des „rechts gleich links“ würde öffentlich einen gefährlichen Schlag hinnehmen müssen. Noch viel mehr Menschen als bisher würden die Augen geöffnet nicht nur über die tatsächliche Gefährlichkeit der oft als „harmlose Spinner“ bezeichneten Neonazis, sondern auch über die Gefährlichkeit einer Politik, zu der das Gewährenlassen dieser Verbrecher bei gleichzeitigem Abbau von immer mehr demokratischen Rechten gehört.

### ...durch offensiven Kampf durchkreuzen

Die vollständige Aufklärung des Verbrechens und die Offenlegung aller Fakten ist eine dringende Forderung aller Demokraten und Antifaschisten, eine Forderung, die auch die KPD von Anfang an erhoben hat. Es hat sich klar gezeigt: Nur durch den massiven Druck „von der Straße“, bei gleichzeitiger ununterbrochener Aufklärung der Bevölkerung durch die informierten antifaschistischen Kräfte selber, wird in dieser Hinsicht etwas zu erreichen sein. Der 26. September dieses Jahres muß im Zeichen solcher Aktionen stehen, die den Herrschenden klarmachen: Wir haben und wir werden nicht vergessen. Wir müssen gemeinsam die Verurteilung Hoffmanns sowie das Verbot aller faschistischen Organisationen und die Bestrafung ihrer Mitglieder durchsetzen.

## Wir gedenken der Opfer des faschistischen Verbrechens

Gabriele Deutsch, München, 18 Jahre  
Robert Gmeinwieser, München, 17 Jahre  
Axel Hirsch, München, 23 Jahre  
Markus Hölzl, München 44 Jahre  
Paul Lux, Nürnberg, 52 Jahre  
Ignaz Platzer, München, sechs Jahre  
Ilona Platzer, München, acht Jahre  
Franz Peter Schiele, München, 33 Jahre  
Angela Schüttigkeit, München, 39 Jahre  
Errol Vere-Hodge, Fürstfeldbruck, 25 Jahre  
Ernst Vestner, Schweiz, 30 Jahre  
Beate Werner, München, zehn Jahre

### Wir fordern:

Vollständige Aufklärung der Hintergründe des Verbrechens  
Gnadenlose Bestrafung der faschistischen Mörder  
Verbot und Zerschlagung aller faschistischen Organisationen

## Das Reglement des Trauerns

Die bayrische Staatsregierung hat das politische Geschehen in ihrem Staate voll im Griff. Für Vorfälle wie das Oktoberfest-Attentat allerdings trifft sie selbstverständlich keine Schuld; sie trauert darüber. Und zwar, wie sich das gehört, in geordneten Bahnen. Auch das Trauern wird hier reglementiert; wer gegen die Regeln verstößt, wird bestraft. „Wildes Trauern“ — wo kämen wir da hin?

Am Vorabend der Eröffnung des Oktoberfests '81 soll auf der Wies'n unter Leitung des Herrn Oberbürgermeister Erich Kiesel (CSU) ein bronzenes Mahnmal aufgerichtet werden, Kostenpunkt laut „Stern“: 37000 Mark. Die CSU möchte diese Aufstellung gern im Beisein der überlebenden Opfer des Anschlags vornehmen. Diese allerdings haben, bis auf wenige Ausnahmen, erklärtermaßen kein Interesse an dem offiziellen Spektakel. Mit dem Gedenkstein, dessen Inschrift bisher nicht bekannt ist — aber keine Angst, politisch wird's nicht werden, jedenfalls nicht gegen die Faschisten — meint man in München dann aber auch, den lästigen Verpflichtungen endgültig Genüge getan zu haben. Ein Gedenktag, an dem der Trübel des Festes ausgesetzt wird? Das „steht nicht zur Debatte“, beruhigt Fremdenverkehrsdirektor Heinz Strobl die Geschäftsleute.

Das Kiesel-Mahnmal soll das Mahnmal sein. Hätte man nicht vorgesorgt, hätte man nicht sozusagen den Trauer-Wildwuchs beschnitten, wäre es bestenfalls der dritte und bestimmt nicht der eindrucksvollste Gedenkstein gewesen. Antifaschisten haben bereits zweimal versucht, dem schleppenden Gang der Bürokratie, dem Bemühen des Vergessenmachens zuvorzukommen und einen Gedenkstein an der Stätte des Attentats aufgestellt. Den letzten Versuch zeigt das hier abgebildete Foto. Beide Male wurde das Mahnmal schnell und ohne Scheu vor den Kosten — der acht Zentner schwere Stein mit der Aufschrift „Dem Nazi-Terror Einhalt gebieten!“ mußte mit einem Kran wegtransportiert werden — wieder entfernt. Auch das entspricht sicher voll der Strauß'schen Anweisung, kein „Polit-Chaos“ auf den Straßen Bayerns zu dulden.

Derartige Bestrebungen werden scharf beobachtet. Durch unseren Verfassungsschutz beispielsweise, der im letzten Jahr auch eine nicht im rechten Geiste durchgeführte und nicht mit der Staatsregierung abgestimmte Trauer- und Protestveranstaltung der VVN ent-

deckte und im Verfassungsschutzbericht konsequent unter „Linksextreme Aktivitäten und Bestrebungen“ festhielt.

Entschlossen reagierte der Staat auch auf eine womöglich noch schlimmere Provokation seiner Selbstachtung: Da hatten doch zwei Männer während der offiziellen Trauerfeier in München — auf der Kiesel es fertigbrachte, den faschistischen Terror in unserem Land nur beiläufig zu streifen, aber wutschäumend gegen „linke Umtriebe“ zu Felde zu ziehen — vor dem Rathaus spontan und unangemeldet ein Transparent in die Hand genommen, dessen in die-Hand-nahmen doch erst für eine später angesetzte Demonstration genehmigt war. Es trug die Aufschrift: „Wir trauern um die Opfer der faschistischen Mörderbande“. 800 Mark Geldstrafe für die beiden Demonstranten waren die Folge.

Makaber? — Ja, makaber ist ein solches Verhalten angesichts des größten politischen Gewaltverbrechens der Nachkriegszeit schon. Aber es entspricht voll und ganz der Politik des Franz Josef Strauß, dessen Vorstellungen von Recht und Ordnung immer noch in ganz Westdeutschland durchgesetzt werden sollen. Die persönliche Anteilnahme des damaligen Kanzlerkandidaten beschrieb der „Stern“ so: „Franz Josef Strauß... schickte seine Frau Marianne und Tochter Monika in die Krankenhäuser und ließ 15 Blumensträuße, Puppen und Parfüms verteilen.“ Hier wird die Illustrierte ihm nicht ganz gerecht. Teilweise bemühte sich FJS auch persönlich in die Kliniken. Aber wie alle Parteien an der Verschleiерung der Hintergründe der Bluttat mitwirken, nahmen sich auch die Mitleidstouren von FDP- und SPD-Politikern unter dem Blitzlichtgewitter mitgebrachter Pressefotografen damals eher wie eine peinliche, zynische Wahlkampf-Show aus. Nach der Wahl war's denn mit dem Interesse auch vorbei.

Die offizielle Gedenksteinenthüllung mit den zu erwartenden zynischen Phrasen wird kein Demokrat und Antifaschist als ernstgemeinten Beitrag zur Begehung des ersten Jahrestages des Anschlags hinnehmen. Diese Kräfte bereiten ihre eigenen Aktivitäten vor. Sie werden von der KPD mit aller Kraft unterstützt. Und nicht allein in München werden unsere Genossen dafür sorgen, daß der Jahrestag des Münchner Massakers zu einem antifaschistischen Tribunal gemacht wird, auf dem die Mörder und ihre Hintermänner klar benannt werden.

## Antifaschistische Aktionen



Das Komitee „Stoppt den Nazi-Terror!“, dessen Aufruf wir im „Roten Morgen“ Nr. 35 veröffentlicht haben, und die Initiative „Dem Nazi-Terror Einhalt gebieten“, die auf einen Beschluß des IG-DruPa-Kongresses zurückgeht, haben zu einer machtvollen antifaschistischen Manifestation am 26. September in München aufgerufen.

Folgende Aktionen sind vorgesehen:

- 10.00 Uhr: Kranzniederlegung am Mahnmal für die Opfer des Attentats.
- 10.20 Uhr: Demonstration
- 11.30 Uhr: Kundgebung gegen Nazi-Terror auf dem Marienplatz

hätte das in die Strauß'sche „Strategie der Spannung“, der „Emotionalisierung der Bevölkerung“ gepaßt, wenn nicht — ja, wenn nicht der Neonazi mit seinem Tode die Spur zu den wahren Verantwortlichen unübersehbar aufgezeigt hätte. „Was den Hitler-Faschisten der den Kommunisten in die Schuhe geschobene Reichstagsbrand war, das hätte der Anschlag von München für Strauß werden können.“ Das stellte die KPD damals bereits treffend fest.

### Strafvereitelung

Alles wird seitdem unternommen, um die Hintergründe des Verbrechens ungeklärt zu lassen. Um nicht die Verantwortlichen persönlich nennen und dingfest machen zu müssen. Alle Parteien, nicht nur die CSU, sind daran beteiligt, und darüberhinaus sämtliche Stellen des Landes Bayern ebenso wie des Bundes, Staatsanwaltschaften ebenso wie Gerichte.

Sie alle handeln, ungeachtet ihrer Gegnerschaft im Wahl-

schiebt Bundesanwalt Rebmann nach. Im Dezember lügt er dreist: „Die Zeugenvernehmungen haben ergeben (!), daß Köhler zur Zeit des Münchener Attentats keine Kontakte zu rechtsradikalen Gruppen unterhalten hat.“ Abgesehen davon, daß dies selbst dann nicht endgültig als Ergebnis festgehalten werden könnte, wenn bis dahin noch niemand diese Verbindung bezeugt hätte, wird dabei neben anderen auch die folgende Zeugenaussage unterschlagen: Nach einem Interview der „Tagesschau“ mit zwei Mitgliedern der WSG Hoffmann meldete sich beim Fernsehen ein Zeuge, der aussagte, er habe am Mittwoch vor dem Attentat im Nürnberger Cafe Treffpunkt den einen Mann aus dem Interview zusammen mit einem blonden Mädchen gesehen und gehört, wie dieser sagte: „Morgen fahren wir nach München aufs Oktoberfest, da lassen wir ein Ding steigen, da gehts rund“. Köhler selbst ist bei Gesprächen über die Vorbereitung von Bombenanschlägen gehört worden,

freiheitlich-demokratische Grundordnung“ signalisierte Innenminister Baum selber nach dem Verbot und erklärte im gleichen Atemzug, er glaube selbst nicht daran, daß die Gruppe infolge des Verbots „vom Erdboden verschwindet“.

Heute sitzt Hoffmann hinter Gittern. Man kann ihm den Mord an Shlomo Levin und Frieda Poeschke lückenlos nachweisen. Aber immer noch wird nicht gegen ihn ermittelt als Mitverantwortlicher am Oktoberfest-Attentat! Das soll mit allen Mitteln verhindert werden. Als im April '81 das Bundesverwaltungsgericht die Rechtmäßigkeit des Verbots der WSG unterstreicht (mit dem unerhörten Kommentar „Mildere Mittel standen nicht zur Verfügung“) konnte die reaktionäre „FAZ“ vermelden: „Irgendeinen Bezug auf das Bombenattentat beim Münchener Oktoberfest... das damals (!) in Verbindung mit der WSG gebracht worden war, stellt das Gericht nicht her.“

Kurz nach dem Attentat war Hoffmann mit einigen seiner

Nach dem Kongreßbeginn

# Verstärkte Drohungen gegen die polnischen Arbeiter

Das „Neue Deutschland“ hetzt in schrillen Tönen

**WARSCHAU.** — Der erste Teil des Kongresses der Gewerkschaft Solidarität in Oliva stand in der letzten Woche im Zentrum der Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit. Dabei wurden vor allem zwei Kongreßdebatten immer wieder erörtert und — je nach Interessenslage — interpretiert. Zum einen die Forderung nach Selbstverwaltung, zum anderen die Losung freier Wahlen.

Was für die einen, die sowjetische Nachrichtenagentur TASS, eine „Orgie des Antisozialismus und Antisowjetismus“ war, war für die anderen, die Westpresse, die Forderung nach „Einführung des Parlamentarismus“.

Wie sieht es nun damit aus? Welchen Weg wird die polnische Arbeitergewerkschaft gehen? Was ist dran an dem Vorwurf, Solidarität sei keine Gewerkschaft, sondern eine politische Partei?

Was die erste Frage betrifft, die der Haltung der Solidarität zu den Wahlen, muß man folgenden betonen: Die Forderung nach Einführung eines Parlaments ist nicht erhoben worden.

Diese Forderung wäre auch abzulehnen, sie wäre reaktionär. Und zwar nicht deshalb, weil das gegenwärtig herrschende Regime besser ist als ein parlamentarisches. Hier wie dort zeigt sich doch, daß die herrschende Klasse ihre Organe so geschaffen hat, daß verhindert wird, daß ein echter Volkswille sich bemerkbar machen kann. Hier wie dort herrschen — je nach aktueller Lage in unterschiedlichem Ausmaß — politische Unterdrückung und Manipulation. Sondern, weil die Forderung nach Parlamentarismus der polnischen Arbeiterbewegung, wie sie sich seit einem Jahr entwickelt hat, eine falsche, offen bürgerliche Perspektive geben würde, weil damit all jene Ansätze von Demokratie, wie sie bisher im Kampf errungen wurden, beseitigt würden. Weil damit eine Sackgasse beschritten würde, in der die reaktionären Kräfte endgültig die Oberhand gewinnen würden.

Aber solch eine Forderung wurde nicht erhoben. Kein Wort von Gewaltenteilung, Willensbildung und Kandidatenaufstellung nur durch solche bürgerlichen Parteien. Kein Wort von Verantwortlichkeit nicht den Wählern, sondern diesen Parteien gegenüber und all jenen Dingen, die das scheinbar so demokratische Parlament zu einer Farce machen, zum Betrug.

Was gefordert wird: Eine neue Wahlordnung für den Sejm und die Nationalräte (auf Bezirksebene), wobei „die ungehinderte Aufstellung von Kandidaten durch Organisationen und Gruppen der Bürger zu garantieren und die freie Wahl ihrer Vertreter aus dem Kreis dieser Kandidaten“ zu ermöglichen sei.

Man muß dabei sehen, wer bisher in Polen an den Wahlen beteiligt ist, wie sie von der herrschenden revisionistischen Partei und ihren diversen Fortsätzen und Partnern organisiert werden. Der Klerus hat ebenso seine Vertretung im Sejm, seine katholische Abgeordneten Gruppe, wie das private Kleinkapital, wenn auch nur am Rande. Die Betriebsdirektoren, Manager, Verwaltungsspitzenfunktionäre ebenfalls — die Einzigen, die nicht beteiligt sind, die nur formal beteiligt sind, sind die Werktätigen.

Die Beteiligung der Gewerkschaften an der Aufstellung von Wahlkandidaten vor allem in einem Industriestaat und erst recht in einem, in dem die Herr-

schaften mit scheinbar sozialistischem Anspruch manövrieren, ist dabei ja wohl eigentlich eher eine Selbstverständlichkeit als eine Ausnahme. Solche politischen Forderungen sind ja

ist das „ND“ seit einem Jahr nunmehr das Sprachrohr derjenigen Revisionisten, die eine entscheidende Abrechnung mit der polnischen Arbeiterbewegung fordern, und dies möglichst

Bezeichnenderweise aber wird in der revisionistischen Hetzpropaganda sehr wenig über die Vorstellungen, die innerhalb der Solidarität über die Neuordnung der Wirtschaft diskutiert werden, gesagt.

Denn da gibt es ja sehr viele Vorstellungen, die dem gleichen, was auch von Seiten der polnischen Regierung aus gesagt



**Streikende Arbeiter in Polen:** Ihre Forderungen nach Wahl der Betriebsdirektoren und nach Aufstellung von Wahlkandidaten sind gerecht.

schließlich weit davon entfernt, dieser Organisation nun den Charakter einer politischen Partei zu geben — es sind politische Forderungen, wie sie die Gewerkschaftsbewegung von jeher vertreten hat. Und diese Forderung läuft, realistisch betrachtet, nun einmal darauf hinaus, die Arbeiterklasse, die arbeitenden Menschen an diesen Wahlen zu beteiligen, ihnen die Möglichkeit zu geben, zumindest einen gewissen Einfluß auszuüben. Das aber ist weder antisozialistisch noch arbeiterfeindlich, sondern richtig und gerecht und für die Arbeiter nützlich.

Denn es handelt sich ja schließlich nicht darum, Solidarität an sich als von vornherein schlecht oder gut zu beurteilen, jede Aktion deshalb gut zu finden, weil es eine Aktion ist. Sondern es handelt sich darum, zu urteilen, ob ein bestimmter Weg, ob bestimmte Forderungen und Losungen für die Arbeiter gut sind oder schädlich, das ist das Kriterium. Gut im Sinne ihrer gegenwärtigen Lage und dem Streben nach Verbesserung und gut auch im Sinne des Erlangens von mehr Demokratie, von mehr Rechten und Einflußmöglichkeiten. Und so organisierte Wahlen, wie die hier von Solidarität vorgeschlagenen, stellen eben nicht die Ersetzung eines Betrugs durch einen anderen dar, sondern sind eine Möglichkeit für die Arbeiter, ihren Einfluß in der Gesellschaft zu erhöhen.

Deshalb gilt jetzt auch die erneut verstärkte Hetzkampagne in den anderen revisionistischen Staaten Osteuropas eben solchen Forderungen der Solidarität. Wie ja die revisionistische Hetze und die Drohungen von Beginn an den Arbeitern und ihren Forderungen galten und nicht etwa den sich in Polen seit Jahrzehnten tummelnden Kräften der offenen Reaktion, mit denen die Revisionisten gerne zusammenarbeiten.

Besonders schrille Töne schlägt in diesem Zusammenhang einmal mehr das Zentralorgan der Honecker-Partei, das „Neue Deutschland“ an, das unverhüllt droht, nun sei die Geduld der „sozialistischen“ Kräfte bald am Ende. Gemeinsam mit Husaks „Rude Pravo“

schnell. Offensichtlich fürchtet man gerade in diesen beiden Staaten, fürchten die Moskauer Vasallen, die dort die Herrschaft haben, am meisten ein Übergreifen dieser Bewegung auf die Arbeiter ihrer Länder.

Dabei benutzen sie zur Verschleierung ihrer wirklichen Beweggründe wie immer die Tatsache, daß sich natürlich in Polen Westagenten tummeln, daß es in den Reihen der Solidarität verschiedenste politische Strömungen, darunter auch offen reaktionäre gibt, aus-

wird. Und: was in anderen revisionistischen, scheinsozialistischen Staaten Osteuropas seit langem zunehmend verbreitet und immer mehr auch praktiziert wird.

Noch gibt es kein klar umrissenes Programm dafür, gibt es keine festen Entscheidungen. Aber es steht zur Debatte die Losung der „Selbstverwaltung“, orientiert, nicht nur dem Namen nach, am sogenannten „jugoslawischen Modell“. Nun zeigt die Wirklichkeit des jugoslawischen Selbstverwaltungsso-

zialismus ohne Zweifel, daß dabei weder von Sozialismus noch von Demokratie die Rede sein kann. Dieses System, das die einzelnen Betriebe nach dem Prinzip der Rentabilität in Konkurrenz zueinander setzt, ist eine Form der kapitalistischen Ausbeutung. Wenn die Rentabilität der konkurrierenden Betriebe, der Kampf um den Markt zwischen ihnen, die grundlegende Organisationsform der Wirtschaft ist, dann nützt auch eine Belegschaftsvertretung wenig, weil ein Betrieb entweder geschlossen werden soll oder durchrationalisiert, wenn er im Vergleich zur Konkurrenz schlecht liegt — eben ein kapitalistisches Muster.

Und die Realität des jugoslawischen Modells, das so oft als angeblich demokratischer Sozialismus verteidigt wird, ist ja dann auch: Arbeitslosigkeit, Emigration, Inflation und Unterdrückung.

Solch eine Entwicklung wäre, ganz ähnlich wie die oben erwähnte Frage des Parlaments, eine Sackgasse für die polnischen Arbeiter, ein Weg, diese Bewegung auszutrocknen und niederzuschlagen. Der jugoslawische Typ, die Selbstverwaltungstheorie und -Praxis, sind keine Alternative zum gegenwärtig herrschenden System, damit kann sich die herrschende Klasse Polens — zumindest zum großen Teil — durchaus anfreunden. Solch ein Weg ist nicht deshalb negativ, weil die jugoslawische Spielart des Revisionismus schlimmer oder kapitalistischer wäre als die polnische Spielart — davon kann keine Rede sein. Beides ist gleich schlecht, vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus gesehen.

Dieses Konzept, das vor allem von Kräften aus dem Kleinbürgertum vertreten wird, hat für die polnischen Arbeiter also keine positiven Perspektiven.

Anders verhält es sich mit den dabei gleichzeitig auftauchenden Forderungen nach der

Wahl der Betriebsdirektoren anstelle ihrer zentralen Einsetzung.

Dies ist eine Forderung, die ohne Zweifel sowohl berechtigt ist, als sie auch den Arbeitern Vorteile und größeren Einfluß verschafft. In wahrhaft sozialistischen Ländern ist die Frage der Ernennung der Betriebsdirektoren auch niemals so gestellt worden, wie in den heutigen revisionistischen Staaten Osteuropas. Denn in den revisionistischen Staaten haben die Belegschaften ebensoviel Einfluß auf die Bestellung der Betriebsleitung wie etwa in der Bundesrepublik: keinen.

Die Möglichkeit der Arbeiter, Betriebsdirektoren abzuwählen, ist eine der Errungenschaften sozialistischer Demokratie und stellt unter den heutigen polnischen Bedingungen eine Möglichkeit des Widerstands gegen die herrschende Klasse dar.

So ist ja auch hauptsächlich diese Forderung von den Revisionisten in Polen und den anderen scheinsozialistischen osteuropäischen Staaten heftig attackiert worden: hier geht es ja ans Eingemachte, an die Einkommen, die Beziehungen und Privilegien.

Es waren denn auch gerade diese beiden berechtigten Forderungen, nach Teilbeteiligungsrechten an Wahlen und nach Wahl von Betriebsdirektoren, die den Haß der Herrschenden in Moskau, Warschau und Berlin auf sich gezogen haben, und nicht die wirtschaftspolitischen Vorstellungen, die vor allem den westlichen Kapitalisten wichtig waren. Aus diesen Verhältnissen heraus ist zu erwarten, daß sich die Lage in Polen weiter verschärfen wird. Jetzt wird sie ja bereits aus dem revisionistischen und dem westlich-kapitalistischen Ausland angeschürt. Es steht zu erwarten, daß im Verlauf des zweiten Kongreßteils der Druck der Reaktionäre aller Spielarten noch größer werden wird.

## Das zweite Weltjugendtreffen des IBFG

# ... „und als Krönung Bruno Kreisky“

**SEVILLA.** — Vom 22. bis 30. August fand in Sevilla/ Spanien das 2. Welttreffen der im Internationalen Bund freier Gewerkschaften organisierten Gewerkschaftsjugend statt — das erste hatte vor 18 Jahren, 1963, in Wien stattgefunden. Die Eindrücke von Teilnehmern, mit denen die Redaktion kurz danach Gelegenheit hatte zu sprechen, waren sehr gemischt. Neben guten Erlebnissen und Erfahrungen mit anderen Kollegen, sowohl aus der Bundesrepublik als auch aus zahllosen anderen Ländern, stand vor allem die Erfahrung, daß die IBFG-Spitzen alles getan hatten, um eine Jubelfeier für den „freien Westen“ zu organisieren.

Dabei war vom organisatorischen Gesichtspunkt aus nicht so wichtig, daß es in dem Lager, an dem sich über 4000 junge Gewerkschafter beteiligt hatten, vieles nicht klappte. Befremdend war dabei, daß alles getan wurde, um die einheimische Bevölkerung von diesem Lager fernzuhalten, daß Betreten nur mit Plaketten erlaubt war, die den Jugendlichen Sevillas nicht zur Verfügung standen. Noch deutlicher wurde diese Tendenz bei genauerer Betrachtung der Teilnehmer aus verschiedenen unterentwickelten Ländern. Daß dabei die staatliche Gewerkschaft Taiwans und Singapurs mit solchen „Kollegen“ vertreten waren, die sich Verdienste für die jeweilige Regierung oder in ihrem Arbeitsfleiß erworben hatten, war das bezeichnendste. Daß Gewerkschafter aus Indien die positiven Auswirkungen der Multinationalen Konzerne für ihr Land ausmalten, paßte ebenfalls in diese Linie hinein.

Daß es immer wieder Vor-

fälle gab, in denen Gewerkschaftsfunktionäre einzelner Länder den betreffenden Jugenddelegationen bestimmte Äußerungen oder Plakate oder



**Ein „deutscher Beitrag“ zum Treffen der Gewerkschaftsjugend — DruPa-Jugend.**

Aktionen verbieten wollten, daß UGT-Ordner auf der Abschlußkundgebung auf Träger oppositioneller Transparente einprügeln wollten — auch dies zeigte diese zentralen Absichten.

Dabei gab sich der DGB, mit

rund 1000 Teilnehmern mit Abstand stärkste Delegation und auch finanziell der Sponsor, vor allem als Ziehvater der sozialdemokratischen spanischen Gewerkschaft UGT. Deshalb sollten auch Debatten über die Gewerkschaftsausschlüsse in der UGT und über die Zustimmung der UGT zu den Wirtschaftsplänen der Regierung (die sie gemeinsam mit den revisionistisch geführten Arbeiterkommissionen unterstützt) am besten erst gar nicht stattfinden.

Auch für die verschiedenen Arbeitsgruppen, die stattfanden, lagen bereits fertige Konzepte

Delegationsleitung beschlossene Erklärung für die Bonner Friedensdemonstration am 10. Oktober war deshalb eines der wichtigsten politischen Ergebnisse, auf das man sich nach heftigen Debatten unter den verschiedenen vertretenen politischen Richtungen einigte.

Seinen passenden Abschluß fand dieses traurige Schauspiel in der Schlußkundgebung, auf der Bruno Kreisky redete, dessen Ausführungen auf beträchtliche Opposition stießen — natürlich nicht von der ebenfalls anwesenden Gruppe junger Polizisten in der GdP, sondern von jungen Gewerkschaftern verschiedener einzelner DGB-Gewerkschaften.

Daß dort eine Übergabe von über 4000 Mark, die für die Unterstützung des Kampfes der FDR in El Salvador gesammelt worden waren, nicht erlaubt wurde (und auch auf der kulturellen Abschlußveranstaltung nicht), war die Fortsetzung des Kurseß alle wirklichen Probleme außen vor halten zu wollen, was auch auf den verschiedenen Darbietungen einzelner Länder oder Regionen schon zu bemerken gewesen war.

So blieb als positiver Teil eines Fazits im wesentlichen nur die Tatsache, daß über verschiedenste Hindernisse hinweg zahlreiche Teilnehmer des Lagers aus verschiedenen Ländern miteinander sprachen, diskutierten und ihre gegenseitigen Probleme etwas besser kennenlernten.

zur Verabschiedung vor — nicht zuletzt für die Arbeitsgruppe über „Frieden“, die ein nahezu rein deutsches, zumindest deutschsprachiges Unternehmen war.

Die entgegen den Plänen der

Der Standpunkt der Bonner Politiker:

# In Treue fest zu Haig und Reagan

Massive Hetze gegen die Berliner Friedensdemonstration

Er kam als Vertreter des Kaisers von Amerika, und die deutschen Vasallen übten den Hofknicks. — So etwa mutete das Bild an, das westdeutsche und Westberliner Politiker in den Tagen vor dem Westberlin-Besuch des US-amerikanischen Außenministers Haig abgaben.

Mit Treueschwüren gegenüber dem amerikanischen „Bündnispartner“, der „westlichen Schutzmacht“, wie sie derartig geballt lange nicht mehr zu hören waren, reagierten Politiker aller Bundestagsparteien

desvorstand der SPD und riet dringend von einer Teilnahme ab. Den Jusos wurden „Konsequenzen“ angedroht schon für den Fall, daß sich an der Demonstration Gruppen beteiligen sollten, die „der SPD feindlich gegenüberstehen“. Angestachelt wurden die SPD-Rechten von der CDU, deren Chef Kohl tönte, die SPD-Führung wage es offenbar nicht, „gegen ihre eigene Nachwuchsorganisation vorzugehen“. Und auch „Friedens-Willy“ Brandt richtete „als langjähriger Regierender

terstützung, die sie dabei sogar von seiten der Gewerkschaft erhielten.

„Der Berliner Landesbezirk erwartet von den Arbeitnehmern, daß sie sich nicht an der Kundgebung beteiligen.“ Diese Stellungnahme ließen die Westberliner Bonzen vom Stapel. Der Demonstrationsaufruf entspreche „nicht dem Willen der Arbeitnehmer, weil er sich gegen die Schutzmacht richtet, die die Freiheit Berlins in schwerster Stunde verteidigt habe und ohne deren Präsenz heute in Ber-

mung und der Hetze gegen die Friedensbewegung stellt zweifellos die Versammlung des Bundestages am 6.9. dar. Stundenlang ergingen sich da Redner aller Parteien in Treuebekenntnissen zu den Washingtoner Kriegstreibern und in unverschämtesten und verleumdendsten Angriffen gegen die Bürger unseres Landes, die nicht an den „Schutz“ durch atomare Erstschnitzwaren glauben können. Unverfroren zogen manche dieser „Volksvertreter“ gegen das Demonstrationsrecht zu Felde. Teilweise wurde offen bedauert, daß man keine gesetzliche Handhabe hätte, um den ganzen Spuk einfach verbieten zu können.

Ergänzt wurden die Erklärungen der Parlamentarier durch Briefe verschiedener Politiker an amerikanische Dienststellen. Und auch die kamen nicht allein von der CDU/CSU. Im Gegenteil: mehr als 100 SPD-Bundestagsabgeordnete, darunter Wehner, Wischniewski, Bahr und die Ex-Jusos und Pseudo-„Linken“ Roth und Gansel, übermittelten der Westberliner US-Botschaft ein Ergebnis schreiben, in dem der Haig-Besuch als „Ausdruck der engen freundschaftlichen Beziehungen beider Länder“ bezeichnet wird.

Ein beschämendes, beängstigendes Schauspiel. Es zeigt uns, daß unser Kampf gegen das menschenfeindliche Zusammenspiel zwischen Washington und Bonn, für die Vertreibung der todbringenden „Schutzmacht“ USA aus Westdeutschland und die Lösung Westdeutschlands und Westberlins aus der NATO großen Einsatz erfordert. Die entsprechenden Losungen, die besonders von der KPD verbreitet werden und immer neue Anhänger finden, wurden auch bei der Westberliner Demonstration mitgeführt, obwohl sie in den Nachrichten entweder gar nicht erwähnt oder heruntergespielt wurden. In den entsprechenden Meldungen wird meist die Äußerung einiger Jusos hervorgehoben, es habe sich nicht um eine Demonstration gegen die USA oder die Anwesenheit amerikanischer Truppen in unserem Lande, sondern nur gegen die gegenwärtige Washingtoner Politik gehandelt.



und die gesamte Reaktion auf die Vorbereitungen zu einer Friedensdemonstration in Westberlin, die sich vor allem gegen den Kriegskurs der Reagan-Regierung in Washington richten sollte. (Siehe Bericht auf Seite 1.) „Antiamerikanismus“ und „Neutralismus“ — mit diesen beiden Schlagworten faßte die westdeutsche und Westberliner Reaktion zusammen, wovon sie gegenwärtig Angst hat. Verspricht sie sich doch von dem Bündnis mit den USA die Möglichkeit, sich bei einer imperialistischen Neuaufteilung der Welt neue Profitquellen zu sichern und dabei auch ihre alten Revanche-Träume erfüllen zu können.

Massivem Druck sahen sich von Anfang an die Westberliner Jungsozialisten ausgesetzt, die als Initiatoren der Demonstration auftraten.

„Falsch und schädlich“ sei diese Aktion, befand der Lan-

Bürgermeister von Berlin und als Parteivorsitzender“ an seine Parteileute die „dringende Bitte“, „sich von Aktivitäten fernzuhalten, die Berlin schaden würden.“

Und Schaden für Berlin, so die Meinung dieser Herren, würde der Stadt ausgerechnet durch eine Demonstration gegen atomare Rüstung und für die Erhaltung des Friedens entstehen.

Es war der alte Frontstadt-Geist, der hier heraufbeschworen werden sollte. „Wir Berliner stehen geschlossen hinter unserer Schutzmacht!“ — diese Reaktion war erwünscht. Die Demonstration vom Sonntag lehrte etwas anderes. Aber bei dem Versuch, diesen Geist durchzusetzen — und die Bevölkerung gegen die Friedensdemonstranten aufzuheizen, denn dieser Wunsch klang immer wieder durch — rückten die Reaktionen aller Parteien eng zusammen. Empörend ist die Un-

lin niemand mehr für Freiheit, Frieden und Abrüstung demonstrieren könnte.“ Damit fanden die Gewerkschaftsführer nahezu wörtlich die gleichen Formulierungen, die später Haig selber in Westberlin aussprach! Die „Verteidigungswürdigkeit westlicher Wertvorstellungen“, das war ja das offizielle Thema des Haig'schen Vortrags. Dafür ist Haig, der zeitweilige Oberbefehlshaber der amerikanischen Truppen bei ihrem Versuch, Vietnam „in die Steinzeit zurückzubomben“, gerade die richtige Figur. Als ehemaliger Oberkommandierender der NATO auch eine Symbolfigur gegen den „Neutralismus“, der Strömung innerhalb der Friedensbewegung, vor der man am meisten Angst hat. Die Erklärung der Berliner DGB-Führer ist eine Herausforderung jedes aufrechten Gewerkschafters!

Einen Höhepunkt der deutsch-amerikanischen Umar-

Demonstration in Duisburg

## Nieder mit der türkischen Militärjunta!



Ein kilometer langer Zug marschierte durch die Arbeiterviertel in Duisburg-Hamborn.



Origineller Protest gegen die Türkei-Hilfe der Bundesregierung.



Auch eine Folkloregruppe ging im Demonstrationszug mit.



Bei der Abschlussskundgebung sprachen unter anderem der Schriftsteller Jürgen Roth (links) und Jakob Moneta, der ehemalige Chefredakteur der IGM-Zeitung „metall“.

## Solidarität mit den Angeklagten der Brokdorf-Prozesse!

Am 29. September beginnt in Itzehoe eine Serie von Prozessen gegen Teilnehmer an der großen Brokdorf-Demonstration vom 28. Februar. Damals hatten sich 100000 AKW-Gegner trotz eines zuvor ausgesprochenen Verbots nicht das Recht nehmen lassen, in der Wilster Marsch gegen das Brokdorfer Kernkraftwerk und das Bonner Atomprogramm zu demonstrieren.

Der Versuch, die Anti-AKW-Bewegung durch das Verbot einzuschüchtern, war kläglich gescheitert. Ebenso wenig gelang der Reaktion am 28. Februar, die Demonstranten in „Friedliche“ und „Unfriedliche“ aufzuspalten. Der Aufmarsch der 100000 in der Wilster Marsch war nicht nur ein

Höhepunkt der Anti-AKW-Bewegung; er war für die demokratische Bewegung insgesamt von großer Bedeutung. Denn durch das massenhafte und offensive Durchbrechen des Verbots wurde hier ein gefährlicher Angriff auf das Demonstrationsrecht kämpferisch zurückgeschlagen.

Und auch die jetzt beginnende Prozeßwelle ist eine Sache, die ihre Auswirkungen auf die gesamte demokratische Bewegung haben wird. Denn es geht hier nicht nur darum, daß sich die reaktionären Kräfte in der Bundesrepublik für ihre Niederlage am 28. Februar nun an allen rächen wollen, die damals willkürlich von der Polizei festgenommen wurden. In Itzehoe werden neue Versuche unter-

nommen, diejenigen zu kriminalisieren, die ihr Recht auf Protest wahrnehmen, werden neue Anschläge gegen das Demonstrationsrecht vorbereitet.

Exemplarisch hat sich das schon jetzt im Vorgehen der Justiz gegen die beiden Brokdorf-Demonstranten Markus Mohr und Michael Duffke gezeigt. Gegen beide wurde der ungeheuerliche Vorwurf des Mordversuchs erhoben, weil sie militant gegen einen brutalen SEK-Mann vorgegangen sein sollen. Dieser Vorwurf stellte nicht nur den Auftakt zu einer bundesweiten Hetze gegen die Brokdorf-Demonstranten dar, er enthielt natürlich auch eine ganz reale Drohung gegen jeden, der sich an einer Kampffraktion beteiligt — die Drohung, man könnte auch ihn als Mörder und Totschläger anklagen und aburteilen, wenn er sich gegen die Angriffe des Polizeiapparats militant wehrt.

Inzwischen ist der völlig haltlose Mordvorwurf gegen die beiden AKW-Gegner zurückgenommen worden (siehe auch

RM 21/81), Michael Duffke aber sitzt nach wie vor in Untersuchungshaft. Die Angeklagten in den Brokdorf-Prozessen haben eine gemeinsame Erklärung verfaßt, in der sie zu einer Demonstration in Itzehoe zum Beginn der Prozeßwelle aufrufen. Darin heißt es:

„Der politische Staatsanwalt Widuwilt (Itzehoe) hat gegen uns Anklagen konstruiert, die uns alle mit hohen Strafen bedrohen. Die gesamte Anti-AKW-Bewegung soll dadurch kriminalisiert werden. Gleichzeitig soll die Demonstrationsfreiheit damit weiter eingeschränkt werden. Die Justiz versucht, uns schon vor den Prozessen untereinander zu spalten. So wird zum Beispiel Michael in der Presse und durch die durch nichts zu rechtfertigende lange Inhaftierung (er sitzt seit dem 31.3.81 in U-Haft) als Gesinnungstäter dargestellt und damit vorverurteilt.“

Wir haben gemeinsam gegen das AKW Brokdorf gekämpft. Wir werden gemeinsam für die Einstellung aller Verfahren ein-

treten. Deshalb rufen wir zu dieser Demonstration und Kundgebung auf.

Wir fordern euch alle auf, uns zu unterstützen. Denn: Angeklagt sind wir alle!

Kommt zu unseren Prozessen!

der politische Charakter unseres Widerstands soll auf Tatbestände reduziert werden, die nichts mit unserem Widerstand zu tun haben. Wir wollen in den Prozessen und in unserer Arbeit deutlich machen, daß es berechtigt war und ist, in Brokdorf zu demonstrieren, und daß niemand das Recht hat, über uns und den gesamten Widerstand gegen AKWs zu richten.

Am 29. September beginnt der Prozeß gegen Ralf, am 1. Oktober der Prozeß gegen Markus und Michael. Dagegen wollen wir — wie wir es gemeinsam und entschieden am 28.2. in Brokdorf getan haben — am 26. September in Itzehoe demonstrieren.

Uns geht es bei dieser politischen Demonstration darum,

die Öffentlichkeit über unsere Prozesse zu informieren und die Gründe unseres Widerstands gegen AKWs, der uns vor Gericht gebracht hat, sowie den Zusammenhang zwischen unserem Widerstand und den Prozessen, in die Öffentlichkeit zu tragen. Wir wollen gemeinsam demonstrieren, trotz aller Versuche, uns zu spalten, trotz unterschiedlicher Auffassungen. Wir wollen politischen Druck schaffen, um unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Sofortige Freilassung von Michael Duffke!

Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren!

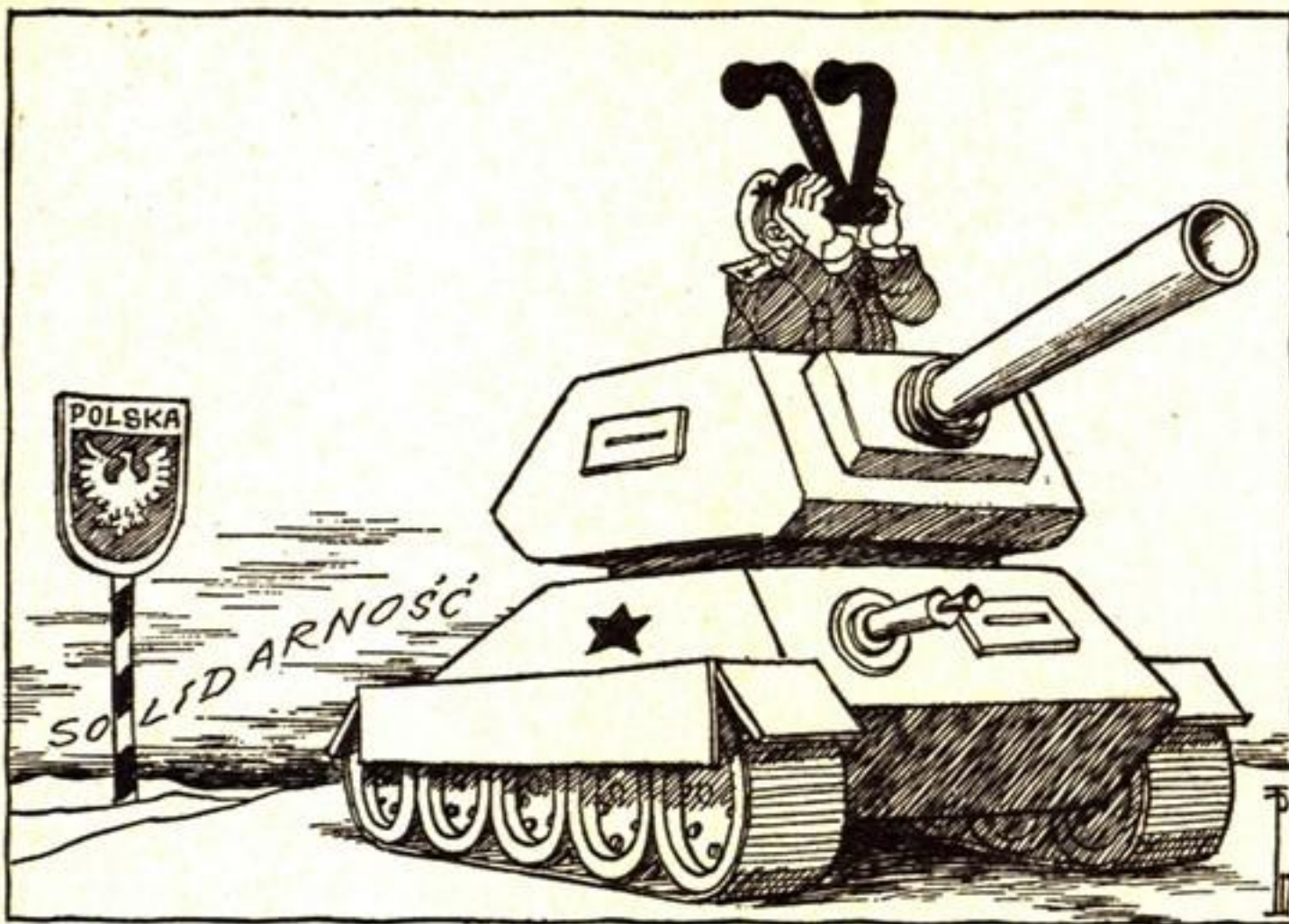
Weg mit den Bußgeldbescheiden!

Keine Einschränkung der Demonstrationsfreiheit!

Darum rufen wir Euch auf: Unterstützt diese Demonstration!

Laßt nicht nach im Widerstand gegen das Atomprogramm!

Kein AKW in Brokdorf und auch nicht anderswo!



„Bild-Seelenspiegel 81“

## Hetze gegen Ausländer und Arbeitslose

Vor einigen Wochen hat „Bild am Sonntag“ eine Leserumfrage unter dem Titel „Seelenspiegel 81“ gestartet. Über die Absichten dabei ließ sich das Blatt folgendermaßen aus: „Seelenspiegel 81 — diese neue Bild-am-Sonntag-Aktion enthüllt, was die Deutschen wirklich denken. Jetzt kommen nicht höchstverdienten Experten zu Wort. Wir haben uns von Nord nach Süd bei Otto Normalverbraucher umgehört. Bild am Sonntag läßt ihn sagen, wo ihn in diesem Hochsommer wirklich der Schuh drückt.“

Die Betonung liegt dabei ganz offensichtlich auf dem zweimal wiederholten „wirklich“. Denn auch diese Aktion der Springerschen Sonntagszeitung ist wieder einmal ein Anti-Aktion. Da wird in unserem Land so viel über Sorgen und Ängste geredet. Stichworte: Kriegsgefahr, gefährdete Arbeitsplätze, Wohnungsnot usw. Aber das ist alles Quatsch, nur verantwortungsloses Geschwätz „höchstverdienter Experten“. Die „Bild“-Aktion zeigt, was die Menschen in unserem Land „wirklich denken“.

Zwei Beispiele: Da vergeht gegenwärtig keine Woche, in der nicht in verschiedenen Orten der Bundesrepublik Friedensdemonstrationen stattfinden, an denen sich gerade die Jugend stark beteiligt. Und „Bild“ findet heraus: „Der Seelenspiegel hat gezeigt: Für Jüngere ist Krieg kein Sorgenknoten.“ Wo bei sich übrigens auch die Älteren — laut „Bild“ — weniger Sorge um die Kriegsgefahr machen als vielmehr darum, daß durch die Ostgeschäfte nur die Russen gestärkt würden. („Wir im Westen bezahlen durch unsere Unterstützung also den Strick, an dem wir hängen werden.“)

Und wie steht es mit der Sorge um die Arbeitsplätze? In die erste Folge des „Seelenspiegels“ haben die „Bild“-Redakteure einen Kasten eingerückt, in dem zusammengefaßt ist, worüber sich die Menschen in unserem Land angeblich am meisten ärgern. Und da heißt es: „Zweites Hauptärgernis: Die Arbeitslosen. Viele meinen: „Die sind nur faul, nutzen den Sozialstaat aus.“ Das muß man wahrlich zweimal lesen. Nicht die Vernichtung von Arbeitsplätzen, die wachsende Massenarbeitslosigkeit also ist es danach, was den Menschen hier Sorgen be-

reit. Nein, das Ärgernis sind die Arbeitslosen.

Über eine ganze Serie der „Bild“-Aktion wird dieser Zynismus ausgewälzt. „Bild“ läßt seine Leser sagen, wie es „wirklich“ ist. „Wer bei uns arbeiten will, findet mit Sicherheit einen Job.“ Oder: „Die meisten Arbeitslosen lachen sich doch über alle Fleißigen schlapp. Nirgends auf der Welt wird mehr schmarrotzt als bei uns.“ Oder: „Der größte Teil der Arbeitslosen ist arbeitsunwillig.“

Aber die Arbeitslosen sind bedauerlicherweise nicht die einzigen Schmarrotzer, die uns das sauer verdiente Geld aus der Tasche ziehen. „Unsere sozialen Leistungen werden von immer mehr Leuten zu sehr ausgenutzt.“ Damit muß natürlich Schluß gemacht werden: „Wir haben uns doch einen sozialen Verwöhnstaat geschaffen. Irgendwie ist das beinahe doch Prallsucht von uns Deutschen, daß wir allen die Unterstützung geben, die sie haben wollen. Das

Ausländer? Die sagen sich, viele Kinder — viel Geld. Die blöden Deutschen zahlen ja.“

So also sieht laut „Bild“ der „Seelenspiegel der Deutschen“ aus. Und man muß sagen, daß die Springer-Leute ihre Aktion mit großem Geschick aufgezogen haben. Gerade das aber macht sie besonders gefährlich. Gekonnt wird das berechnete Mißtrauen gegen die sogenannten Experten ausgenutzt und die ganze Aktion als eine Sache derer ausgegeben, die sonst nie zu Wort kommen. Wobei den Befragten dann in einem Teil der Serie auch noch Gelegenheit gegeben wird, gegen die Politiker zu schimpfen (was sich allerdings — wo es konkret wird — dann nur gegen die SPD-Politiker richtet).

So präsentiert sich also das Springer-Blatt wie schon in früheren verlogenen Kampagnen („Bild kämpft für Sie“) wieder als Sprachrohr und Interessenvertreter des „kleinen



muß total gebremst werden.“

„Bild“ macht hier neben den Arbeitslosen eine zweite große Feindgruppe aus. Und das sind — wie sollte es anders sein — die Ausländer. Ebenso wie die Arbeitsscheuen machen sich auch die Ausländer lustig über die Dummheit der Fleißigen: „Die lachen über uns, wie doof wir sind und ihnen alles hinten reinpusten.“ Diese Schmarrotzer werden denn auch für das unmittelbar verantwortlich gemacht, was der „Bild-Seelenspiegel“ als Hauptsorge der Westdeutschen erkundet hat, die Unsicherheit der Renten nämlich: „Wer wird uns Rentnern nach einem Leben voll Arbeit die nackte Existenz sichern, wenn wir Millionen Ausländer unterstützen?“

Und da gibts natürlich nur eins: „Ausländer raus! Bis jetzt haben sie gut verdient. Das ist vorbei, nun sollen sie gehen.“ Übergangsweise werden dann auch konkrete Schritte auf dem Weg zur Lösung der Ausländerfrage vorgeschlagen. Zum Beispiel: „Warum Kindergeld für

Mannes“. Und das ist die psychologisch geschickt aufgebaute Ausgangsbasis, um die mit dieser Serie bezweckte Botschaft unter die Leute zu bringen. Im „Seelenspiegel“ werden ja reaktionäre Ansichten und Vorurteile aneinandergereiht, die es auch unter den Werktätigen tatsächlich gibt. Die Aufbereitung solcher Ansichten als die (von den Bonner Meinungsmachern und ihren Experten unterdrückte!) „wirkliche“ Meinung der Deutschen bestärkt die Träger solcher reaktionärer Ansichten, ermutigt sie zur offensiven Hetze gegen Arbeitslose, Ausländer und andere „Schmarrotzer“. Und natürlich ist diese Serie in „Bild“ auch ein massiver Versuch, unter der Millionen-Leserschaft allgemein Stimmungen zu schüren, mit denen im Interesse des Kapitals die verschiedenen Gruppen der Werktätigen gegeneinander ausgespielt werden können, und mit denen nicht zuletzt auch der jetzt vorangetriebene Generalangriff auf den sozialen Besitzstand abgesichert werden soll.

## Liebe „Roter-Morgen“-Leser,

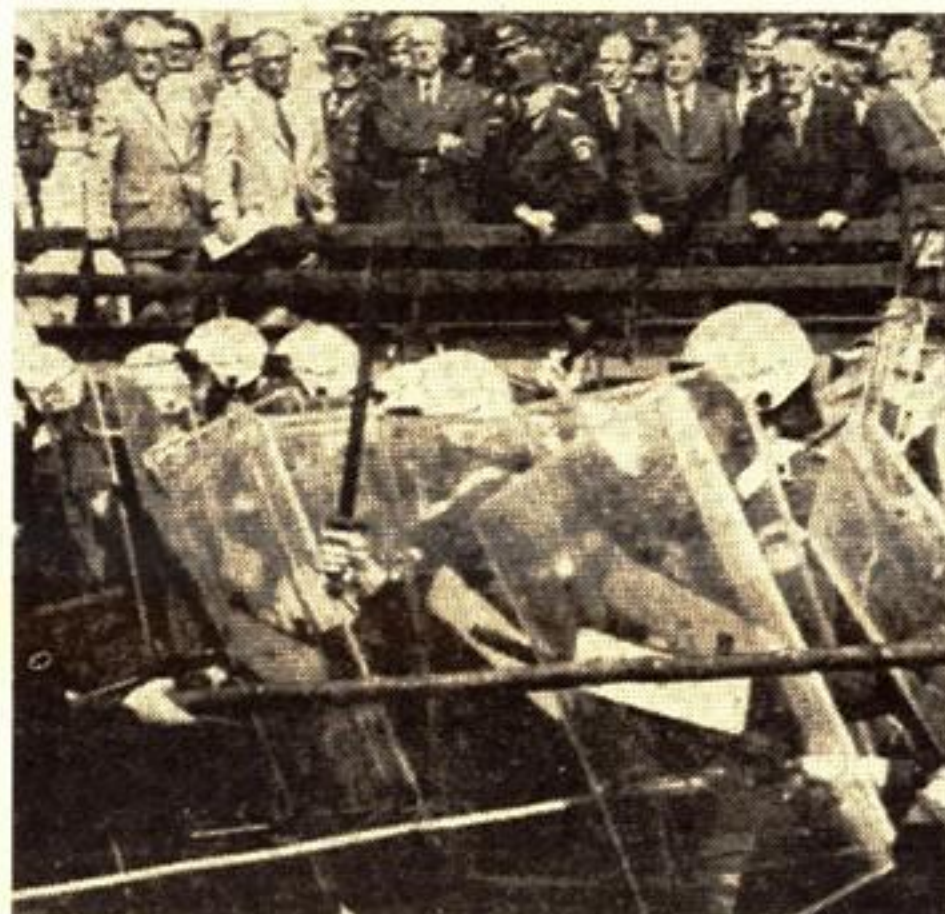
als kommunistische Zeitung erhält der „Rote Morgen“ keinerlei Anzeigenaufträge der Wirtschaft. Er muß allein aus dem Verkauf und den Spenden seiner Leser finanziert werden. Die galoppierende Teuerung trifft uns hart. Nicht jeden Anstieg unserer Kosten können und wollen wir an unsere Leser weitergeben. Denn wir wollen, daß der „Rote Morgen“ mehr und nicht weniger gelesen wird. Wir bitten Euch deshalb:

## SPENDET FÜR DEN „ROTEN MORGEN“!

Spenden bitte überweisen auf folgende Konten:

KPD  
Wellinghofer Str. 103  
4600 Dortmund 30  
PSchKto: PSchA Dortmund (BLZ 440 100 46)  
Kto-Nr. 6420 — 467  
Bank: Stadtparkasse Dortmund  
(BLZ 440 501 99) Kto-Nr. 321 004 547

Spenden für den „Roten Morgen“ als Zentralorgan der KPD sind bei der Lohnsteuer bzw. Einkommensteuer steuerlich absetzbar. Höchstgrenzen: Ledige 1 800,— DM im Jahr, Ehepaare 3 600,— DM im Jahr. Auf Wunsch versenden wir an die Spender Spendenbescheinigungen.



## Carstens beim BGS

BAYREUTH. — Der Feldherr inspiziert seine Truppen: So könnte man das hier abgebildete Foto betiteln. Es zeigt Bundespräsident Carstens bei seinem Besuch des Bundesgrenzschutzes in Bayreuth am 4. September. Anlaß war das 30jährige Bestehen des BGS, der immer mehr zu einer Bürgerkriegstruppe ausgebaut wird. Folgerichtig auch der Inhalt der Übung, die Carstens zu Ehren seines Besuches durchgeführt wurde: Es handelte sich um die „wirklichkeitsgetreue Inszenierung einer Knüppelerei zwischen gewalttätigen Demonstranten und BGS-Kräften“ („Süddeutsche Zeitung“).

Lobende Worte fand Carstens für seine Truppe. In seinem Namen und dem seiner Frau dankte er den Beamten für den an ihm vorgenommenen „Personenschutz“. Angesichts

der ihm zu Ehren veranstalteten Übung, die die andauernde Bereitschaft und das ständige Training der Truppe für den Einsatz gegen fortschrittliche Volksbewegungen verdeutlicht, mutet es makaber an, wenn er ausführte: „Der Bundesgrenzschutz hat die ihm gestellte Aufgabe, die innere Sicherheit zu gewährleisten, drei Jahrzehnte erfolgreich und umsichtig erfüllt. Unsere Mitbürger können dank des Schutzes, den er und die Polizeien der Länder verbürgen, in Freiheit und ohne Furcht leben.“

Unsere Mitbürger täten gut daran, sich von diesem Gerede nicht einlullen zu lassen. Im vierten Jahrzehnt seines Bestehens soll der BGS verstärkt gegen das Volk zum Einsatz gebracht werden. Die Bürgerkriegsplanungen der Bonner Politiker müssen auf entschiedenen Widerstand stoßen.

## Veranstaltung der KPD

Thema: „Sozialabbau und Rüstungswahnsinn“

Mittwoch, den 23. September, 19.30 Uhr (Einlaß 18.30 Uhr),  
Duisburg, Aakerfährstr. 60  
Gaststätte „Zu den Aakerfährstuben“



Sonntag, 20. September  
19.00 Uhr, NDR III

Der unvergessene Krieg. Gezeigt wird der erste Teil der Serie über den antifaschistischen Krieg der Sowjetunion: „22. Juni 1941“.

Sonntag, 20. September  
17.00 Uhr, ARD

Wiedersehen mit Loriot. In seiner Serie „Cartoon“ zeigt Loriot heute unter anderem Foto-Arbeiten des großen Berliner Zeichners Heinrich Zille, die erst vor einigen Jahren entdeckt worden sind.

Montag, 21. September  
23.00 Uhr, ARD

Fat City. Film von John Huston über einen gescheiterten Boxer. Mit Stacy Keach und Jeff Bridges.

Montag, 21. September  
21.30 Uhr, WDR III  
21.50 Uhr, Südwest III

Der unvergessene Krieg. Der zweite Teil der Serie: „Die Schlacht vor Moskau“. Ein halbes Jahr nach dem Überfall auf die Sowjetunion stehen die faschistischen Truppen 25 Kilometer vor Moskau. Aber hier erzwingt die Rote Armee den ersten Wendepunkt des Krieges: Der Angriff auf Moskau wird zurückgeschlagen.

Montag, 21. September  
20.15 Uhr, NDR III

Autor-Scooter. Fragestunde mit Franz Xaver Kroetz, dessen realistische Dramen mit zum Besten gehören, was das westdeutsche Theater heute zu bieten hat.

Dienstag, 22. September  
21.30 Uhr, Südwest III

African Queen. Während des Ersten Weltkrieges — der auch auf die damaligen afrikanischen Kolonien übergreift — unternehmen ein bärtiger Flußschipper (Humphrey Bogart) und eine etwas altjüngferliche Missionsschwester (Katherine Hepburn) eine abenteuerliche Fahrt auf einem Fluß in Ostafrika. Regie: John Huston.

Freitag, 25. September  
20.15 Uhr, WDR III

Die Interessenvertreter. Der letzte Teil einer Dokumentation der Kölner Film- und Videogruppe über die Arbeit von Vertrauensleuten der IGM.

Freitag, 25. September  
21.45 Uhr, NDR III

Hinkemann. Dieses 1923 entstandene Drama von Ernst Toller war eines der ersten literarischen Werke, das schonungslos mit dem Weltkrieg und seinen Folgen abrechnete. Eine Aufführung des Staatstheaters Oldenburg in der Inszenierung von Gerhard Jelen.

# WESTWÄRTS



**Zu Besuch bei der  
Kommunistischen  
Jugendunion  
Kanadas / ML**

## Streik der Post-Arbeiter

Unser Interesse in Winnipeg galt vor allem den streikenden Postarbeitern. Seit über vier Wochen waren sie schon in ganz Kanada im Streik. Sie forderten mehr Lohn, mehr Urlaub und bessere Arbeitsbedingungen. Es war der größte Streik der Postarbeiter seit Jahren. Die Post hatte inzwischen private Firmen eingeschaltet, um den Streik zu brechen und notdürftig den Paket- und Briefversand aufrecht zu halten. In drei Städten Kanadas stellten die Postarbeiter daraufhin, gegen den Willen der Gewerkschaftsführung, auch vor diesen Betrieben Streikposten auf und verhinderten die Auslieferung des Postgutes.

Die Kollegen in Winnipeg waren nicht ganz so konsequent in ihrem Kampf. Die Picket-Line stand hier nur vor dem Postgebäude selbst. Leider war es uns verwehrt, einen Besuch bei den streikenden Kollegen abzustatten. Zu gerne hätten wir mit ihnen gesprochen und unsere Solidarität mit ihrem Kampf ausgedrückt.

Kanada steht inzwischen weit oben in der Welt-Streikstatistik. Wir können das bestätigen. Denn in den nur drei Wochen, die wir das Land bereisten, streikten die Postarbeiter, die Holzfäller an der Westküste, Arbeiter der Sägewerke vor Vancouver, die Busfahrer von Vancouver und in der letzten Woche auch noch 15.000 Stahlarbeiter in Hamilton. Und das bei einem gewerkschaftlichen Organisationsgrad von nur 30 Prozent.

## „Tor zum Pazifik“

Von Winnipeg führte uns der All Canada March weiter nach Saskatoon, Edmonton, über die Rocky Mountains nach Vancouver. Endlich waren wir dort in der Stadt, von der uns das Reisebüro sagte, es sei die schönste der Welt. Ganz so vermesen wollen wir nicht sein. Landschaftlich hat Vancouver jedenfalls einiges zu bieten. Vancouver wird in Kanada auch das „Tor zum Pazifik“ genannt. Die Stadt liegt am Nordrand des Fraser-Deltas und ist auf zwei Seiten von Meeresarmen umgeben. Die nahen Berge der Coast Mountains bilden im Norden

die Begrenzung der Stadt. Und in nur zwanzig Minuten kann man in dieser Stadt vom Schwimmen im Pazifik zum Skifahren auf dem Grouse Mountain wechseln. Wunderschöne Parks hat Vancouver. Darunter den größten städtischen Naturpark Nordamerikas — den Stanley Park. Hier findet man sämtliche Baumarten Britisch Kolumbiens, darunter auch die Rieseneichen, die bis zu 100 Metern hoch werden.

Vancouver ist nach modernem amerikanischen Stil schachbrettartig aufgebaut, vergleichbar mit New York. Das Bild der City wird von unzähligen Hochhäusern bestimmt. In den Vororten stehen dann hauptsächlich kleine Einfamilienhäuser. Dreiviertel der 1,2 Millionen Einwohner leben in solchen Einfamilienhäusern. Damit bekommt man auch einen ungefähren Eindruck von der riesigen Fläche, über die sich die Stadt erstreckt und von der Länge der einzelnen Straßen. Vierstellige

Schriftzüge ermöglicht wird. Ansonsten prägen chinesische Gemüsehändler, Chinesen in den Autos, auf der Straße und in den Lokalen die Szenerie. Ein großer Teil der hier lebenden Chinesen spricht kaum oder überhaupt nicht Englisch.

## Sprechen Sie deutsch...

Kanada ist ein Einwandererland. Besonders hier im Westen des Landes wird das deutlich. Familien, die seit zwei Generationen in Vancouver wohnen, zählen bereits zu den alten, kanadischen Familien. 35 Prozent der gesamten kanadischen Bevölkerung ist englischer Abstammung, 30 Prozent französischer. Die Francokanadier, wie sie auch genannt werden, leben in der Provinz Québec im Osten des Landes. Es ist die älteste Provinz. Die Stadt Québec wurde bereits 1608 gegründet. Auf unserer Reise haben wir



**Vancouver**

Hausnummern sind in Vancouver keine Seltenheit.

In der Downtown von Vancouver liegt Chinatown, das zweitgrößte Chinesenviertel Amerikas. Nur die Chinatown von San Francisco ist noch größer. Es ist eine Stadt in der Stadt und, obwohl nur wenige Häuserblocks vom Geschäftsviertel Vancouvers entfernt, von jenem völlig verschieden. Es mag genügen, zu erwähnen, daß die Orientierung, ob man sich nun in China oder Kanada befindet, nur durch die Kennzeichnung der Autos und wenige englische

diesen Teil des Landes leider nicht kennengelernt. Die Möglichkeit dazu bietet aber das V. Internationale Jugendlager, das 1982 in dieser Region stattfinden wird.

Zurück zu den verschiedenen Nationalitäten in Kanada: Die übrigen 35 Prozent sind irischer, deutscher, italienischer, niederländischer, polnischer, japanischer und indischer Abstammung, kommen aus der Ukraine und den USA. Chinesen und Inder wurden hauptsächlich zum Eisenbahnbau ins Land geholt. Und drei große

Einwanderungswellen Ende des vergangenen Jahrhunderts, zwischen und nach den Weltkriegen brachten die verschiedenen Nationalitäten ins Land. Die eigentlichen Ureinwohner des Landes — die Indianer und Eskimos — machen heute nur noch 1,5 Prozent der Bevölkerung aus.

## Die Indianer

Wir trafen die Indianer hauptsächlich in Kneipen oder betrunken auf der Straße. Die In-



**Indianer-Reservation in Alberta**

dianer sind mit die größte Gruppe in dem Arbeitslosenheer, das in Kanada gegenwärtig über 10 Prozent der Erwerbstätigen zählt. 74 Prozent aller Indianer lebt heute zusammengepfercht in Reservaten.

Wenn auch die Geschichte Kanadas keine gezielten Kriege zur Ausrottung der Indianer kennt wie in den Vereinigten Staaten, so kann man dennoch in Kanada nicht davon sprechen, daß die Besiedlung friedlich verlaufen wäre. Die englischen Siedler lösten das Problem damals auf ihre Art und Weise. Sie rotteten die Büffelherden, die eine ständige Gefahr für ihre Besiedlung waren, restlos aus und entzogen damit auch einem Großteil der Indianer ihre eigentliche Lebensgrundlage. Sie mußten sich in die Berge zurückziehen und bekamen dann später von der englischen Regierung die Reservate zugeteilt.

Seitdem stehen die Indianer im ständigen Kampf ums Überleben. Mehrere Reservate sollten sie bereits wieder abtreten, weil sich nachträglich rausstellte, daß hier Erze und Öl lagern. Die Fischerei und Jagdrechte

mittees und der Kommunistischen Partei Kanadas/ML die Eröffnungsworte.

Wir erfuhren, daß diese Festivals in Kanada schon eine lange Tradition haben. Sie werden jährlich vom East Indian Defence Committee durchgeführt. In diesem Jahr gehörte zum erstenmal auch die People's Front mit zu den Veranstaltern. Das Programm besteht vor allem aus Sportwettkämpfen und hierbei nimmt das Kabbadi-Turnier den größten Stellenwert ein. Kabbadi ist ein indischer

tungstreffen realisiert werden konnte.

Seit einem Jahr arbeitet die „People's Front Against Racism and Fascist Violence“ in Kanada. Rund 150 Gruppen und Organisationen unterschrieben den Gründungsauftrag, der sich vor allem gegen den Rassismus und gegen die Bestrebungen, den Ku Klux Klan in Kanada aufzubauen, richtet. Es sind vor allem örtliche Gruppen und Initiativen, die sich in der People's Front zum gemeinsamen Kampf zusammengeschlossen haben.

Anders als bei uns in Deutschland die VOLKSFRONT, stellt die People's Front in Kanada inzwischen mehr antiimperialistische Forderungen und Losungen in den Mittelpunkt ihrer Arbeit. Sie richtet ihren Kampf hauptsächlich gegen den Einfluß des US-Imperialismus, aber auch gegen den nach wie vor vorhandenen Einfluß des britischen Imperialismus. Anlaß des Weltwirtschaftsgipfels, zu dem am 19. Juli die imperialistischen Staatsoberhäupter der USA, Kanadas, Frankreichs, Englands, der BRD und Japans in Ottawa zusammentrafen, gab die People's Front eine Grundsatzerklärung heraus und führte an drei Tagen Demonstrationen durch.

Da es in Kanada keine demokratische Jugendorganisation gibt, die den Kampf der Jugend für ihre dringlichsten Tagesforderungen organisiert, be-



**Eröffnung des Festivals**

Kabbadi-Team zu bilden.

Das East Indian Defence Committee ist die größte Selbstorganisation der Inder in Kanada. Ihr Ziel ist es, den indischen Volkssport und die indische Kultur in Kanada zu pflegen. Gleichzeitig verstehen sie sich aber auch als Kampforganisation, für die Interessen der Inder, gegen den Rassismus, der in den letzten Jahren in Kanada ein immer größeres Problem geworden ist. Besonders betroffen von dem Rassismus sind momentan die Inder. Die Medien verbreiten eine Hetzpropaganda gegen sie und es gab bereits mehrere Mordanschläge. „Self-defence ist the only way“ (Selbstverteidigung ist der einzige Weg) — sagen die Komitees. Denn ihre Erfahrungen haben sie gelehrt, daß sich der kanadische Staat stets schützend vor die Rassisten gestellt hat.

Über 40.000 Inder haben in diesem Jahr an den Sportturnieren teilgenommen, die von den Komitees in allen Teilen Kanadas organisiert wurden. Und über 10.000 kamen nach Vancouver, um die Endausscheidung zu verfolgen.

## Gründung der People's Front Youth

Im Rahmen des Festivals sollte auch der Gründungskongreß der People's Front Youth stattfinden. Leider mußte die offizielle Gründung aus organisatorischen Gründen um einen Monat verschoben werden, so daß schließlich nur ein Vorberei-

schloß die People's Front jetzt auch eine Jugendorganisation zu gründen.

## Endlich Urlaub

Mit einem großen Bankett im Desh Baga Tempel von Vancouver für alle Teilnehmer des All Canada March endete schließlich am 3. August das Festival. Der politische Teil unserer Reise war beendet. Und jetzt gab es für uns nur noch einen Wunsch: Urlaub! Wenn wir auch sehr viel auf unserer Fahrt gesehen und erlebt hatten, so verspürten wir doch jetzt alle Anstrengungen, die ein Trip über 3.000 Meilen durch Kanada mit sich bringt.

Noch waren wir aber nicht am Ziel. Wir wollten noch weiter westlich. Wir suchten uns einen Campingplatz auf der Vancouver Insel, der großen Insel, direkt vor Vancouver gelegen. Einige blieben hier im „Basiscamp“, doch die meisten Teilnehmer unserer Reisegruppe mieteten sich Autos. Mehrere Stunden Fahrt durch die Berge, und wir hatten unser Ziel erreicht: das offene Meer, der Pazifik. Verträumt blickten wir zum Horizont. Dort hinten, am anderen Ufer, dort liegt die Sowjetunion, der andere Teil der Welt...

Ja, wer kann von sich schon behaupten, im Pazifik gebadet zu haben? Wir haben es. Wir waren in Kanada und wir können allen empfehlen: fangt schon jetzt mit dem Sparen an, denn nächstes Jahr geht es wieder westwärts — zum V. Internationalen Jugendlager.

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

# KIZIL SAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı: 38 18 Eylül 1981

Yıl: 15

1 DM

Faşist darbenin 1. yılında:

## Binlerce kişi Cuntaya karşı yürüdü

Darbenin 1. yılında mücadeleyi daha da yükselterek ileri!

**DUISBURG.** — Geçen Cumartesi faşist generallerin “anarşi ve terörü durdurma”, “ekonomiyi istikrara kavuşturma” adı altında NATO’nun yardım ve desteğiyle gerçekleştirdikleri faşist darbe birinci yılını doldurdu. Faşist generaller çetesinin yönetime el koymalarında bu yana ülkede azgınca bir sömürü, vahşice işkence, sokak ortalarında kurşunlamalar ve idamlar hüküm sürmektedir. Faşist darbenin birinci yılı dolayısıyla Almanya’nın çeşitli şehirlerinde cuntaya karşı protestolar yapıldı.

Faşist darbenin birinci yılına girmesi nedeniyle Türkiye’li anti-faşist örgütlerin düzenlediği, Alman ve diğer uluslardan anti-faşistlerinde desteklediği yürüyüşe katılmak için Almanya’nın çeşitli şehirlerinden binlerce, yurtsever, demokrat, ilerici ve komünist yürüyüşün yapıldığı şehir olan Duisburg’a hareket etmişlerdi. Cuntaya karşı kinlerini bileyerek Duisburg’a hareket eden işçi, emekçi ve gençlerin ardı arkası kesilmeden yürüyüşün başlayacağı alana toplandılar. Alana toplanan bu kitlenin sayısı 20 000 bulmuştu. Yürüyüşün başlayacağı ana kadar alanda toplanan kitle, faşist cuntaya kinlerini haykırışlarıyla dile getiriyorlardı. Daha sonra meydana toplanan tüm örgütler disiplinli bir şekilde yürüyüş koluna girerek mitingin başlayacağı alana doğru hareket ettiler. Yürüyüşün başı ve sonu zor görülüyordu. Yürüyüş boyunca, Türkiye’de kardeşinin, anasının, bacasının ve mücadele arkadaşlarının faşist cunta tarafından sokak ortalarında kurşunlanmasına, ikencehanelerde işkence yapılmasına, kısacası tüm Kürt ve Türk halkı üzerinde azgınca terör estirilmesine karşı kinlerini bileyen kitle gür sesleriyle cuntaya karşı haykırıyorlardı. Yürüyüş Alman halkının, Türkiye’lilerin ve diğer uluslardan yabancılardan yoğun olduğu bölgelerden geçti. Tüm yürüyüş boyunca kitle “Kahrolsun faşist cunta”, “Faşizme ölüm halka hürriyet”, “Faşizme ölüm işkenceye son”, “idamlara son”, “Türkiye-Yardıma durdurulmalıdır” şiarlarını Almanca ve Türkçe haykırıyorlardı. Bitim noktasına varıldığında, Yürüyüş Hazırlık Komitesi tarafından Almanca, Türkçe ve Kürtçe bir konuşma yapıldı. Daha sonra çeşitli Türkiye’li ve Alman anti-faşistleri konuştu. Ayrıca halk ozanları cuntaya karşı türküler söylediler.

Mitingin bitiminden sonra yürüyüşe katılan kitle cuntaya karşı darbenin 1. yılında kinlerini daha da bileyerek alandan ayrıldılar.

Bu yürüyüş şimdiye kadar yurtdışında cuntaya karşı düzenlenen yürüyüşlerin en güçlüsü ve

cuntaya karşı mücadelenin simgelediği bir yürüyüş oldu. Duisburg yürüyüşünün dışında Almanya’nın diğer şehirlerinde de cuntaya karşı protestolar yükseltildi. Uluslararası Af Örgütü Almanya’nın bir çok şehrinde Türk konsolosluklarının önünde faşist cuntaya karşı ihtar eylemleri düzenledi. Hannover’de Türkiye’de insan haklarının çiğnenmesine karşı, faşist darbe-

milyon DM’lık yardım tamda burada tüm sosyal haklarımızın kısıtlanmasına gidildiği, açık olarak Alman ve diğer yabancı işçi ve emekçilerin sosyal haklarına karşı savaş ilan edildiği bir dönemde verilmektedir. Bu yardımın amacı cuntanın ömrünü daha da uzatmak, Türk ve Kürt ve diğer azınlık milliyetler üzerindeki katliamının devamını, yüzlerce kişinin daha işkenceler-



Duisburg yürüyüşü ile ilgili diğer resimler 11. sayfada!

nin 1. yılı nedeniyle cuntanın buradaki uzantısı olan Türk konsolosluğunun önünde de bir masa açmıştı. Amnesty International’ın (Uluslararası Af Örgütü) açtığı bu masaya polis tarafından izin verildiği halde cuntanın uzantıları olan faşist konsolos ve bir grup faşist çete, gözlemlerinin önünde açılan masaya saldırdılar ve üzerinde bulunan bildirileri ve broşürleri yırttılar.

Diğer yandan faşist cuntanın bir yıllık katliam, Kürt ve diğer azınlık milliyetler üzerinde estirdiği teröre karşı güçlü protestolar yükselirken, Federal Alman Parlamentosu şimdiye kadar dondurduğu Türkiye-Yardıma’nı başlattı. Federal Alman Parlamentosunun bu kan emici, insanlığın düşmanı faşist generallere darbenin 1. yılına girdiği bir dönemde “yardımı” başlatması, burada yurtdışında çalışan Türkiye’li işçi ve emekçilere ve yapılan protestolara karşı ilan ettiği bir savaştır. Bu cunta tarafından katledilen yüzlerce kişiyi çiğneyip geçmek demektir.

Ve cuntaya yapılan bu 590

de katledilmesini ve sokak ortalarında kurşunlanmasını sağlamaktır. Sosyal haklarımızı kısıtlayarak ve bizden kesilen vergilerle Bonn Hükümeti’nin faşist cuntayı desteklemesine, bizim paralarımızın Türkiye’deki kardeşlerimize birer kurşun olmasına izin vermeyelim.

12 Eylül faşist darbesi 1. yılına girerken, cuntaya karşı süreceğimiz eylemler sadece bir Duisburg yürüyüşü ile sınırlı kalmamalı, faşist darbenin 1. yılında kinimizi daha da bileyerek ileri atılmalıdır. Cuntaya karşı güçlü ve kararlı eylemlerimizin yenileri ile taçlanması sağlamalıyız. Alman kamuoyu içerisinde cuntanın teşirini daha da yoğunlaştırmalı, cuntanın en büyük destekçisi olan Federal Alman devletinin cuntaya yaptığı yardımların durdurulması için mücadele etmeliyiz. Faşist Cunta’nın ömrünün kısaltılması ve mezarının kazınması için haydi iş başına! Kahrolsun faşist cunta! Yaşasın Bağımsız, demokratik Türkiye!



Geçen hafta Pazar günü Haig’in Berlin ziyaretine karşı yapılan protesto yürüyüşü

Batı Berlinde kitlesel yürüyüş:

## 80 000 kişi Haig’in ziyaretine karşı yürüdü

1945 yılından bu yana en büyük polis seferberliği yapıldı

**BATI BERLİN.** — Amerika’nın savaş politikasına karşı direniş ve kitlesel yürüyüşlerin en iyi örneği, Haig’in Batı Berlin’i ziyaretinde yaşandı. Haig’e karşı yürüyüşe katılan örgütlerin bileşimi SPD, FDP üyelerinden, KPD’li yoldaşlara, Alternative Liste, SEW, sendikal ve kilise gruplarına kadar uzanmaktaydı.

“Berlin’liler kendilerini değiştirmediler” İşte bu sözlerle Berlin Eyalet Başkanı Weizsäcker ABD’li misafirine hitap ederek “geleneksel Alman-Amerikan dostluğuna” bağlılığı için yeminlerini dile getirmeye çalışıyordu. Fakat Batı Berlin’de gerçek durum ise hiç te böyle değildi. Batı Berlin’de mücadelenin boyutları muazzam bir şekilde yükselmisti. 1963 yılında ABD Cumhurbaşkanı Kennedy’i daha o zaman yüzbinlerce kişi çok yaşa sesleri ile karşılamıştı. Gene 1968 yılında Berlin’e gelen Nixon’da Kudamm’da arabasının üzerine bir kaç dakikalığına çıkarak sayıları pek kabarılmayan taraftar çevresinde el sallamıştı.

Buna karşılık ABD Dışişleri Bakanı Haig ise insanların olmadığı bomboş caddelerde götüldü. Buna ilişkin “Frankfurter Rundschau” gazetesi bile “sanki hiç istenilmeyen dört yıldızlı bir general işgal edilmiş ve boyunduruk altına alınmış bir şehri ziyaret ederek” zorla kendisini kabul ettirmek istiyor gibi bir karşılaştırma yaptı. ABD Bakanı Haig’i korumak için ikinci dünya savaşının bitiminden bu yana en büyük polis seferberliği yapılmıştı. Resmi açıklamalara göre 7 000 polis harekete geçirilmişti. Ve bunun haricinde Batı Berlin İçişleri Bakanı Lummer’in, haf-tasonu yaptığı açıklamaya göre, polis güçlerine ilaveten, Batı

Berlin’deki ABD işgal kuvvetleri ile de bir plan hazırlandığını ifade etti. Haig’in arabasının geçtiği güzergaha tamamen arabalara durma yasağı konulmuştu. Yüzlerce araba polis tarafından başka arabalarla güzergah-tan çektilmişti.

Berlin Senatosu ve yöresel Springer basını Haig’in Batı Berlin’e ziyaretinden evveli, Batı Berlin’in şartları için bile istisnai olan ve halk içerisinde korku yaratmak, tahrik çıkarmak için, yapılmak istenen yürüyüşü başından beri, teröristlerin ve saldırganların bir yürüyüşü olarak damgalamak için hayali bir kampanya başlatmıştı.

Tüm bu kışkırtmalara rağmen pazar sabahı 80 000 kişi Oliver Platz’ta toplanmıştı. Başlangıçta ortam çok gergindi. Bunun nedeni ise daha önce gericiğin yaptığı korku propaganda, seferber edilen sayıları kabarılmış birlikleri ve şehir içerisinde tüm “stratejik” öneme sahip binaların tel örgülerle ve parmaklıklarla çevrilmiş olması ve çatıların üzerinde keskin nişancılardan yerleştirilmesi ile birer kaleye çevrilmesidi.

Fakat sonra sesler yükselmeye başladı. Yürüyüşün biteceği yere doğru kitlenin harekete geçmesi, yürüyüşçülerde güçlerini hissettirmeye başladı. Yürüyüş kolunun uzunluğu 5 kilometreyi aşmaktaydı. KPD Batı

Berlin Bölümü bu yürüyüşte partimizin Barış Planı’nın taleplerini kendilerinin beraber götürdükleri megafonlu arabadan ara mitinglerde propagandasını yaptılar. Bu propaganda olumlu etki yaptı. KPD’nin dışında NATO’dan çıkmayı ve askeri blokların dağıtılması pankartları diğer yürüyüş kollarında da taşındı. Taleplerin ana noktasını NATO’nun yeni roketlerini yerleştirmesi kararının bozulması ve nütron bombasının üretiminin durdurulması oluşturmaktaydı.

Yürüyüş boyunca polis tarafından provakasyon ve saldırılar yapıldı. Fakat daha yürüyüş başlamadan evvel 180 kişi polis tarafından keyfi olarak gözaltına alındı. Yapılan açıklamalara göre, güya bu şahıslar şüpheli görülerek gözaltına alınmışlar. Fakat günlerce gerici Springer basını tarafından olay çıkacağına dair ön hazırlığı sürdürülen kışkırtma yankısını bulmadı. Ve aynı günün çıkan çeşitli gerici basın organları tarafından abartılarak yazılan sokak çarpışmalarının Haig’e karşı düzenlenen yürüyüş ile hiç bir alakası yoktur. Yürüyüşle hiç bir ilişkisi olmayan bir kaç yüz genç Schöneberg belediyesi önünde polis çatışmaya girmişti. Abartılarak gerici basında anlatılan olayın hepsi bu kadar.

(„80 000 gegen Haig-Besuch“, RM/Nr. 38)

## Faşist Cuntayı protesto toplantısına katılalım:

Düzenleyen:  
“Türkiye’ye Özgürlük  
Komitesi”

Zaman:  
19 Eylül Cumartesi  
Saat 14.00

Yer:  
Rhein-Ruhr Halle  
Duisburg-Hamborn





Kassel'de 7 000 işçi ve emekçi "eşit işe eşit ücret" talebinin gerçekleşmesi için yürüdü.

## Heinze firması kadın işçileri mücadelelerini zaferle taçlandırırdılar

Bu zafer mücadelenin daha da yükseltilmesi için bir başlangıç olmalıdır.

**KASSEL.** — 9 Eylül günü Kassel Federal İş Mahkemesi'nde başlayan Gelsenkirchen Heinze firması 29 kadın işçisinin davası sonuçlandı. İş mahkemesi, Heinze firması kadın emekçilerinin eşit işe eşit ücret davalarını haklı buldu. İş Mahkemesi'nin verdiği bu karar özelinde Heinze firması kadın işçilerinin, genelinde ise tüm kadın emekçilerin ücret eşitsizliğine karşı sürdürdükleri mücadele için büyük bir başarıdır. Heinze firması kadın işçilerinin mücadele örneği, yerli ve yabancı kadın emekçilerinin ücret eşitsizliğine karşı mücadelelerini daha da yoğunlaştırmaları için bir ilham kaynağı olmalıdır.

1978 yılı Sonbaharında Gelsenkirchen Heinze firması kadın işçileri firmalarında gece vardiyasının uygulanması üzerine işe alınan ve aynı ücret grubunda olan erkek meslektaşlarının kendilerinden daha fazla ücret aldıklarını öğrenmişlerdi. (kadınların gece vardiyasında çalışmaları kanunca yasaktır.) Ve bu uygulamaya göre kendileri ile aynı işi yapan erkek arkadaşları gece vardiyası zammının haricinde, bir de ek ücret zammı olarak 1,50 ile 1,80 Pfennig arası ödeme yapıyordu. Tabii ki diğer taraftan kadın emekçilerin bazılarında da ek ödemeler yapıyordu. Ancak bu ödemeler 12 Pfennig ile 1,02 Pfennig arasında oluyordu. İşte bu ücret eşitsizliğine karşı 29 Heinze firması kadın işçisi İş Mahkemesi'nde dava açtılar.

Şurası bilinen bir gerçektir ki, yıllardan beri kadın emekçilere sadece cinsiyetlerinden dolayı hayatın her alanında aşağılanmaktadırlar. Ve Heinze firmasındaki somut durumda genel durumdan farklı değildi. Başlangıçta erkek işçilere kadın arkadaşları yapılan işin özelliklerini öğrettikleri ve erkekler kadın işçilerle aynı işi yaptıkları halde, sadece erkek olduklarından dolayı kadın işçilerden daha fazla ücret ödeniyordu. Böylece erkek arkadaşlarıyla aynı işi yapan kadın emekçilerin sırtından Heinze firması patronları yıllar boyunca binlerce DM kâr ettiler.

Ancak Heinze firması kadın işçileri bu duruma ve çok yönlü baskılara karşı sessiz kalmayarak mücadeleye atıldılar. Açtıkları davaları çeşitli İş Mahkemelerinden geçerek reddedilmesine ve mahkemelerin patrona hak vermesine nazaran kadın işçiler mücadeleyi bırakmadılar. Onlar her iş mahkemesinin red kararının ardından kinlerini daha da biliyorlardı. Ve patronun mücadelesini bölmeye yönelik her türlü adımlarına karşı kararlı bir şekilde karşı durdular.

Heinze firması kadın işçileri bu haklı mücadelelerinde yalnız değillerdi. Onlar kendileri ile aynı haksızlıklara maruz kalan binlerce kadın işçinin dayanışmasının yanı sıra, erkek meslektaşlarının desteğini almaktaydılar. Aynı şekilde Heinze firması kadın emekçilerinin üye oldukları Basın ve Kâğıt Sendikası (IG Druck und Papier) da bu mücadelenin başarıya ulaşması için katkıda bulundu.

Heinze firması kadın işçileri bu mücadelelerini geçen hafta 7 000'nin üzerinde kadın ve er-

kek işçinin katıldığı Kassel yürüyüşü ile odak noktasına ulaştı. Bu yürüyüş mahkeme kararının olumlu yönde verilmesini de etkiledi. Ve 9 Eylül Çarşamba günü Kassel'de Federal İş Mahkemesi'nde, mahkemenin kadın işçilerin, "eşit işe eşit ücret" davalarına hak vermesiyle, bu mücadele zaferle sonuçlandı.

Heinze firması işçilerinin zaferi ileriye doğru bir adım için henüz bir başlangıçtır. Heinze firması işçilerinin mücadelesinden örnek alarak, özel olarak yoğun bir baskıya ve sömürüye tabii tutulan yabancı kadın işçiler, genelinde ise tüm Alman kadın işçileri ücret eşitsizliğine karşı ortak mücadelelerini yoğunlaştırmalı ve bütün işyerlerinde "eşit işe eşit ücret" talebinin gerçekleşmesi için ileriye doğru atılmalıdır. Heinze kadın işçilerinin zaferi bir sinyal anlamını gütmeli ve yeni zaferlerle taçlanmalıdır.

(„Heinze-Frauen siegten vor dem Bundesarbeitsgericht“, RM/NR. 38)

Adler Werke firmasında kitlesel çıkış:

## 2700 işçi sokağa atılmak isteniliyor

İşyerlerimizin imha edilmesine karşı mücadeleyi yükseltelim!

**FRANKFURT.** — Aylardan beri süren tahminler geçen hafta Adler Werke firması işverenleri tarafından tasdik edildi. Adler patronlarının yaptığı açıklamaya göre firmayı tamamen kapatmak istiyorlar. Böylece yıllardan beri Adler firmasında çalışan 2700 işçi sokağa atılmak isteniliyor. Adler Werke firması patronlarının bu emellerine karşı sessiz kalmayarak bir tek işyerinin dahi imha edilmesine izin verilmemelidir.

VDM, VDO firmalarının işyerlerini kapatarak binlerce işçiyi sokağa atacaklarını açıklamalarından sonra, şimdi de Adler Werke patronları firmayı kapatmak istediklerini açıkladılar. Aylardan beri Adler Werke patronları işçilerin işyerlerinin imha edilmesine karşı mücadeleye atılmalarını engellemek için "kendilerinin garantili işyeri teklif ettiklerini ve Adler Werke firmasının kapatılmaması olasılığının büyük olduğunu"nu açıklamışlardı. Adler Werke firmasının bu sözleri hiç te yabancı değil. Patronlar bir taraftan bu açıklamaları yaparken, diğer taraftan ise işçilerin arkasından firmayı kapatma planları hazırlıyorlardı.

İki hafta evveli yapılan işyeri toplantısında Adler Werke patronları aylardan beri yaptıkları hazırlıkları nihayet açıkladılar: Sonuç, 2700 işyeri imha edilerek yıllarca Adler Werke firmasında çalışan işçiler sokağa atılmak isteniliyor. Ve tabii ki kapatılan bir çok firmada başvuru aynı yöntemle, Adler Werke patronları da firmanın tümünü birden bire kapatmayacaklarını açıkladılar. Ancak burada açık olan gerçek şu ki, bununla Adler Werke patronları, işçilerin mücadelesini bölmek ve böylece yıllarını bu firmaya veren işçileri bir kaç kuruşla memnun ettirmek istiyorlar. Adler Werke patronlarının bu emellerine izin

1982 Bütçe kararları ve sendikalar:

## Yeni soyguna karşı direnişi yükseltelim!

Egemen sınıflar ve onların temsilcileri ekonomik krizin yükünü işçi sınıfına ve emekçi halka çektirmek için büyük bir çaba içine girmiş bulunuyorlar. Bir taraftan ardı arkası kesilmeyen fiyat artışları sonucu emekçilerin yaşam koşulları sürekli olarak düşürülmekte, diğer taraftan ise uzun mücadeleler sonucu kazanılan sosyal haklar kısıtlanmakta veya bütünüyle yok edilmek istenmektedir. İşçiler ve emekçiler, kendilerine yönelen bu saldırılara karşı susmamalıdır. Bu yeni soygun hareketine karşı kararlı bir biçimde mücadele etmeliyiz.

Federal Hükümet'in 1982 bütçe kararlarına karşı geçen hafta da sendikalardan gelen protestolar devam etti. Bir taraftan bu protestolar gelirken, diğer taraftan SPD'nin Federal Parlamento grubunda yer alan DGB'nin bir çok üst yöneticisi, emekçilere saldırı niteliği taşıyan bu kararları reddetmiyorlardı, aksine, onaylıyorlardı. "Kızıl Şafak"ın geçen sayısında da belirttiğimiz gibi, hükümetin 82 yılı bütçesi ile ilgili aldığı kararların açıklanması üzerine sendikalarda protestolara gidilmiş ve hatta Kassel ve Offenbach'ta işçiler ve memurlar kamu işletmelerinde kısa süreli uyarı grevleri yapmıştı. Aynı şekilde geçen hafta da tasarruf kararlarına karşı sendikalardan ve işletmelerden protestolar gelmeye devam etti.

Gelsenkirchen'de "Grillo-Funke GmbH" işletmesinde işyeri sendika temsilcileri, bugüne kadar açıklanan tasarruf planlarını protesto ettiler ve basına yaptıkları açıklamada, "işçilerin gelecek Federal Parlamento seçiminde kararlarını mutlaka yeniden gözden geçireceklerini" belirttiler.

IGM sendikasının Essen'deki temsilciler toplantısında kitlesel işsizlikle mücadele için Federal Hükümet'ten bir çalışma programı talep edildi ve vergi ödenmesinde tekellere tanınan imtiyazların kaldırılması istendi. Temsilciler toplantısında "KRANK" parası ve diğer sosyal hakların kısıtlanması da

reddedildi ve bunlara karşı susulmayacağı vurgulandı.

Köln'de bir dizi sendika görevlisi ve işyeri işçi temsilcisi, sosyal hakların kısıtlanmasını ve silahlanmayı protesto eden, Federal Hükümet'in bütçe politikasını reddeden bir çağrıyla imzaladılar. Bu çağrıda diğer şeylerin yanı sıra sosyal olmayan gelişmelere gerekli cevabın verilmesi gerektiği de vurgulandı. ÖTV (Kamu İşçileri Sendikası) Merkez Yönetim Kurulu yaptığı bir açıklamada, kamu işletmelerinde emekçilerin gelirlerinin düşürülmesine karşı çıkarak bunun, "sendikalara karşı ilan edilmiş bir mücadele" olduğunu belirtti. Bilindiği gibi, kamu işletmelerinde çalışan memurların maaşları yüzde bir düşürülmek istenmekte ve gelecek yıl üç ay, maaşlar ve ücretlerin dondurulması öngörülmektedir.

Alman Sendikalar Birliği (DGB) Başkanı H. O. Vetter de, kamu hizmetlerinde çalışan emekçilerin "özel kurban" olarak alınmasını reddetti. Vetter, bunun yanı sıra Federal Hükümet'in aldığı tasarruf kararlarını da eleştiriyordu ve bunları "sosyal dengesizlik" olarak tanımlıyordu.

DGB şefi Vetter ve diğer sendika ağaları, Federal Hükümet'in emekçilerin sosyal haklarını kısıtlayan politikasına karşı işçi sınıfının direnişini engelleyebilmek için, görünürde bu politikaya karşı bazı açıklamalar yapabilmektedirler. Ama, bun-

dan öteye gitmemekte ve emekçilere yapılan bu yeni saldırılara karşı sendikal gücü seferber edebilmek için en ufak bir girişimde bulunmamaktadırlar.

SPD Federal Parlamento milletvekilleri ve aynı zamanda DGB'nin üst yöneticilerinden olan Adolf Schmidt (IG Bergbau sendikası başkanı), Hermann Rappe (Demir Yolları Sendikası başkan yardımcısı) ve Ernst Haar'ın (IG Kimya sendikası başkanı) tasarruf kararlarının aleyhinde değil, lehinde ol kullanmaları DGB Başkanı Vetter'in asıl tavrını açıkça ortaya koymaktadır. SPD'nin "sol kanadını" oluşturan 23 milletvekili bu kararları reddettiği halde, üç büyük sendikanın yöneticileri olan bu milletvekillerinin emekçilerin sosyal haklarını kısıtlayan ve hatta ücretlerini düşüren kararları desteklemeleri, işçi sınıfına yapılmış bir ihanetten başka bir şey değildir.

Tekelci sermaye ile bütünleşmiş olan DGB yönetiminin, sermayeye karşı işçilerin ve diğer emekçilerin çıkarlarını kararla bir biçimde savunması söz konusu değildir. Sendika ağalarının yapacağı bir şey varsa, o da işçilerin tepkisi karşısında görünürde bir kaç laf yapmak, diğer taraftan ise, sermayenin ve onun temsilcisi Federal Hükümeti'nin soygun politikasına karşı gelişen direnişi saptırmak ve başarısızlığa uğratmak için sinsi dolaplar çevirmek olacaktır.

Bu durumda biz emekçilere ve özellikle de demokrat ve devrimci sendikacılara düşen görev, sendika tabanında inisiyatif ele geçirerek, direnişi yükseltmek ve sendika ağalarından gelecek sabotajları boşa çıkartmak olacaktır. Ve bu ancak işletmelerde yürütülecek teşhir kampanyaları ve protesto faaliyetleriyle mümkündür.

(„Haushaltsbeschlüsse und Gewerkschaften“, RM/Nr. 38)

verilmemelidir. Fabrikada çalışan yerli ve yabancı işçiler birliktelikte bir tek işyerinin dahi imha

edilmesine izin verilmemelidirler. Çünkü bugün işçilerin bir kısmı, yarın, geri kalanı sokağa atıla-

caktır. Bunun örneklerini Stuttgart Kreidler firması gibi çeşitli firmalarda görmüştür.



Frankfurt Adler Werke patronları işyerini kapatarak 2700 işçiyi sokağa atmak istiyorlar. Bu durumda sessiz kalmayan işçiler, geçen hafta işyerlerini imha edilmesine karşı yürüdüler.

# KPD'nin DGB'nin "Barış Çağrısına" ilişkin görüşü

## DGB'nin barış çağrısına katılmıyoruz!

### 1. BÖLÜM

DGB Merkez Yönetim Kurulu bu yılki Anti-Savaş Günü'ne ilişkin "Barışın, silahlanmanın sınırlandırılması aracılığıyla" sağlanacağına dair bir çağrı yaptı. Ve çağrıda sendika üyeleri (son cümle: "Evet buna katılıyorum") cümlesinin altını imzalayarak desteklemeye çağırılıyor. "Kızıl Şafak"ın 35. sayısında bu yönde bu çağrının bir yorumunu yapmıştık. Bu makale DGB Yönetim Kurulu tarafından açılan imza kampanyasını Partimiz KPD'nin desteklemeye çağırıp çağırmayacağı sorusuna kesin bir cevap vermekten kaçınılmıştı. Ancak bu yazıda çağrının ana düşünceleri eleştirildikten sonra, "çağrının güçlü bir işçi sınıfı barış hareketi için muhtemel bir temel" oluşturabileceği düşüncesi belirtilmişti. Partimiz KPD, DGB Çağrısı'nın tüm siyasi görüşlerini ayrıntılı inceledikten sonra, "Kızıl Şafak"ın ilk yorumundan esas olarak farklı olmayan şu görüşe vardı:

"Sendikal hareket aynı zamanda daima bir barış hareketidir". DGB'nin Çağrısı'nın bu tespiti şüphesiz milyonlarca sendikacının içten düşüncelerini dile getirmektedir. Bu son dönemlerde yoğun bir şekilde barış hareketi içerisinde, özellikle de NATO'nun ek silahlanma kararına karşı mücadelede atılan ve şu anki DGB Barış Çağrısı'nı ilk olarak imzalayanlardan DGB Yönetiminin büyük çoğunluğu tarafından mücadeleleri engellenmeye çalışan sendikacıların küçümsenmeyecek bir bölümü için geçerlidir. Ve bu sendikacıların inatçı mücadelelerine karşılık DGB Sendikaları kendilerine lânyk olan yerlerini, yani Almanya Barış Hareketi'nin merkezinde aldılar mı ve DGB'nin bu barış çağrısı ve imza kampanyası ile bu mücadele kısmen de olsa başarı ile taçlandı mı?

Biz bunun böyle olmadığını düşüncesindeyiz. Fakat şu noktada gözardı edilmemelidir ki, DGB Yönetimi bu tür bir inisiyatifte baş vurmaya sendikacıların, sendikal kurulların ve barış hareketi içerisindeki grupların büyük çoğunluğunun yoğun bir şekilde irdelenmesinin sonucu zorlandı. Ancak DGB Yönetimi barış siyaseti güden sendikacıların baskısını, barış hareketinin olumlu siyasi taleplerini kabul etme yönünde ele alarak adım atmadı. O daha ziyade "kendi" barış çağrısı ile ustaca ve demagojik bir tarzda insanların barış umut ve eğilimleri ile bağını kurarak, somut siyasi ifadesiyle hemen hemen sınırsız olarak şimdiki hükümet politikasını destekleyecek ve Almanya'daki barış hareketine karşı paha biçecek ve kullanılacak bir platform formüle etti.

DGB Çağrısı'nın ön çalışmaları bile pek az olumlu şeyi dile getiriyordu. DGB'nin kendi barış inisiyatifi, DGB Yönetim Kurulu'nun tüm DGB örgütlerini 10. 10. 1981 tarihinde Bonn'da "Atom silahları tehdidene karşı ortaklaşa hareket edilmelidir" barış yürüyüşüne konulan katılma yasağı ile doğrudan bağlantılı olarak ilan edildi. DGB Yönetim Kurulu bu çağrıları sendika üyelerinin sendikal görevlerini belirterek imza atmalarını yasaklamıştı. Besbelli ki bu karar Krefeld Barış Bildirgesini sendika elemanlarının sendikal görevlerini belirterek geniş bir şekilde imzalamalarına karşılık olarak alındı. Ve hemen hemen barış çağrısının yapıldığı aynı dönemde DGB ve Federal Savunma Ordusu'nun baş yöneticileri tarafından esas olarak karşılıklı anlaşma ve görüş birliği olduğuna dair ortaklaşa bir açıklama yapıldı. Tüm bunlar DGB Yönetimi'nin çoğunluğunun barış hareketine karşı siyasi bir mücadele sürdürmek istediğinin birer göstergesidirler.

Ve şüphesiz DGB Barış Çağrısı'nın içeriğinin kesin bir tahliyle de bu tasdik edilmektedir.

### DGB Çağrısının bazı noktaları doğrudur...

DGB Yönetim Kurulu'nun barış çağrısı şüphesiz bir dizi doğru tespiti, ifade ve görüşleri içermektedir. Bu aynı zamanda artan savaş tehlikesini iki süper devletin tavrından çıkarma çabası için de geçerlidir. Örneğin partimizi KPD, Krefeld Bildirgesi'nin de doğru ve gerekli talepleri içermesinden dolayı desteklemeye çağırmadı. Çünkü bu bildirge atom savaş tehlikesini pratikte tek yanlı olarak ABD emperyalizminin politikasından çıkararak ele almakta ve dolayısıyla bugün bildirgenin sorumluları tarafından bu barış çağrısı Sovyet politikasını desteklemek masadıyla göze çarpar bir şekilde kullanılmaya çalışılmaktadır.

Bu bildirgede yer alan (örneğin, Avrupa'da yeni orta menzilli silahların yerleştirilmesinin reddedilmesi, atom silahları üretiminin durdurulması, yerleştirilmiş olan atom silahlarının kaldırılması) gibi bir çok talep sadece birer talep olarak ele alındığında doğru taleplerdir. Bu bildirgenin bundan dahada kapsamlı olan şu görüşlerine de diyecek bir şey yoktur:

Atom silahlarının geliştirilmesi, üretilmesi, depolanması, ihracı, başkalarına karşı kullanılması, diğer imha silahlarının üretilmesi ve aynı zamanda yeni silah teknolojisinin geliştirilmesi yasaklanmalıdır. Ve bunlar genel olarak denetlemek temeline atom silahlarının sınırlandırılmasına hizmet etmelidir.

### İşçi hareketi ve barış mücadelesi emperyalist gizli diplomasinin bir oyuncağı olmamalıdır!

Tüm bunlar hiç de kötü ses çıarmıyor. Ancak bu bir dizi desteklemeye değer talep ve doğru hedefleri tek bir vuruşla değersiz boş sözler yığınağına çeviren büyük bir atıftır. Ve buna göre (yani DGB'ye göre) bu doğru talep ve hedefler sadece iki süper devlet arasındaki görüşmelerin sonucu olması lazım. Bu taleplerin hiç biri Bonn Hükümeti'ne göre yöneltilememektedir. Federal Hükümet'ten ise DGB'nin

Çağrısı'nda belirtilen talep ve hedefler doğrultusunda gerçek bir adım anlamını taşıyabilecek hiç bir pratik tedbir talep edilmemektedir. DGB'nin çağrısı sadece Federal Parlamento ve hükümetten ABD ve Sovyet Hükümeti arasındaki görüşmelerin bir an önce başlamasını sağlamak için tüm imkânları kullanmaya çalışmaktadır.

Zaten Bonn Hükümeti tam da bunu yapmıyor mu? Schmidt Vaşington nötron bombası yapımının daha bir yıl içerisinde Sovyetler Birliği ile görüşmeye başlamaya hazır olduklarını belirtmelerini kendisinin bir başarısı olarak ele almıyor mu? Bu konuda aylardan beri Schmidt ve Brandt'tan tut da Bahr'a kadar, SPD Yöneticileri kendi partileri içerisindeki ek silahlanma kararına karşı olan muhalefeti, iki yüzlü bir şekilde tekrar tekrar sözvererek kendilerinin de yeni atom roketlerinin yerleştirilmesine karşı olduklarını ve ayrıca iki süper devlet arasındaki görüşmelerin NATO'nun ek silahlanma kararını uygulamayı geçersiz kılmasından yola çıktıklarını belirtip alkoymaya çalışmıyorlar mı? Görüşümüzce Almanya'daki barış hareketinin büyük çoğunluğu bu konuda doğru tavır almaktadır. Ve bu hareket Bonn Hükümeti'nden Batı Almanya'ya yeni atom roketlerinin yerleştirilmesi iznini geri çekmesini talep etmektedir. Ve bu adımı Vaşington'un iradesinden ve görüşmeler aracılığıyla Moskova'nın Batı Avrupa'ya yönelttiği SS-20 roketlerinin sayısını düşürmesinin dışında bağımsız adım atması gerektiği vurgulanmaktadır. Bir hafif deyimle söyleyecek olursak, büyük olasılıkla böyle bir şeyin Moskova'nın yapmayacağı veya yapması pek az muhtemel olan bir şeydir.

Birinci Dünya Savaşı'nın başlangıcında Lenin'in kaleme aldığı düşüncelerinin üzerinde bugün de ciddi bir şekilde durulması ve düşünülmesi gerekir: "Kitleleri devrimci eylemlere çekmeyi hedeflemeyen bir barış propagandası, içinde bulunduğumuz dönemde, sadece proletaryanın moralini çökerten, burjuvazinin insancılığına güveni cesaletlendiren hayaller yaratır ve bu propaganda savaşı sürdüren ülkelerin gizli diplomasilerinin bir oyuncağı haline dönüşür. (Lenin, TE, Cilt 21, S. 152) şür. (Lenin, TE, Cilt 21, S. 152)

Lenin bu sözleri o dönem için söylemişti. Ancak bugün de durum esas olarak o dönemden farklı değildir. Burada sevindirici ve şimdi farklı olan yan, örneğin o dönemde emperyalistlerin kitle katilmanına başlamış olması, bugün ise adam adım o yöne doğru ilerlemesidir. O zaman sorun emperyalist savaş sona erdirmektir. Bugün ise sa-

vasın başlamasını engellemektir. Fakat Lenin'in bu temel düşüncesi bugünkü barış hareketi için de aydınlatıcı bir güncelliğe sahiptir. Daha şimdiden bile Almanya'da yüz binleri hareket geçirebilecek bir barış hareketi vardır. Bu barış hareketi hükümetin hiç bir yeni atom roketinin Almanya topraklarına yerleştirilmesine izin vermemesini hedeflemektedir. Böylesi bir hedefe ulaşılabilir. Çünkü barış hareketi son bir buçuk yıllık dönem içerisinde beklenebilen boyutların dışına çıktı. Hiç bir abartmaya yer vermeden, bu hareketin Amerika'nın savaş rotasını tamamen destekleyen Bonn Hükümeti'ni daha şimdiden bile ciddi şekilde zor bir duruma soktuğu tespiti yapılabilir. Eğer DGB-Sendikaları; çalışan insanların bu güçlü örgütleri yukarıda belirttiğimiz barış hareketinin safında yerlerini alırlarsa, işte tam da o zaman Bonn Hükümeti'nin elinde kısa veya uzun vade de ya NATO'nun ek silahlanma kararından geri çekilme ya da Schmidt ve Genscher'in dedikleri gibi "biz ya ek silahlanma kararını gerçekleştirir ya da o bizi yıkar" ek silahlanma kararını gerçekleştirmedikleri takdirde hükümetin yıkılması seçeneği vardır.

Elbetteki bu hükümetin yıkılması ile büyük olasılıkla CDU/CSU partileri iktidara gelecek ve şüphesiz şimdiki hükümetten daha saldırgan ve silahlanma eğilimi taşıyan bir politika izleyeceklerdir. Ve böylesi bir hükümet değişmesi olasılığını ve bununla ortaya çıkacak olumsuz sonuçları tabii ki basit bir şekilde ele almıyoruz. Ancak bizim için esas olarak önem taşıyan nokta, düşünülecek koalisyonlardan hangisinin Bonn'da iktidara geleceği sorunu değil, daha ziyade Almanya'daki barış hareketinin mücadelecisi (daha çok, sınıf mücadelecisi) bir temelde dahada geliştirip güçlenmesi sorunudur.

Bazı barış yanlısı arkadaşlar bugün Lenin'in "devrimci eylem" talebini uygun görmeyebilirler. Ama bizce şimdi bile sadece kitlesel hareketlerin mücadelecisi eylemleri ile savaş tehlikesinin azaltılması doğrultusunda, emperyalist savaş kışkırtıcılarına karşı önlemlerin alınması sağlanabileceği geçerlidir. Partimiz KPD şu an gelişen barış hareketi içerisinde bu doğrultuda muhtemel bir eğilimin olduğu düşüncesindedir. Ve bu hareketin şüphesiz başarı elde etme ihtimali ve soruna iyimser bakma nedeni vardır.

Diğer yandan ise önümüzde genel barış propagandasını içermesinin dışında, Federal Hükümet'e yönelik hiç bir talebi olmayan ve tüm ümitleri iki süper devlet arasındaki görüşmelerde gören DGB durmaktadır.

Şu noktayı açıkça belirtelim ki, biz hiç bir şekilde görüşmelere karşı değiliz. Ve şüphesiz eğer iki süper devlet birbirlerine ateş etmek yerine, karşılıklı görüşürlerse biz bunu daha iyi buluruz. Ancak bu noktada işçi sınıfının ve barış hareketinin büyük ümitleri bu görüşmelerde görmesine ve bu nedenle de Federal Hükümeti kıyasıyla silahlanmaya ve artan savaş tehlikesine karşı önlemler alması için somut adım atmaya zorlamak yerine, bu tür yanıltıcı umutlara bel bağlayarak mücadeleyi terk etmeye amansızca karşıyız. İki süper devlet arasındaki görüşmeler zaten yaklaşık olarak 20 yıla yakın bir zamandan beri sürmektedir. Her görüşmenin ardından ortaya çıkan sonuç, silahlanma yarışının bir tur daha artırmak oldu.

İki süper devlet içinde bulunduğumuz dönemde baş savaş kışkırtıcılarıdır. Ve tam da bu durumda, onların gelecekte dünya barışının korunması için

adım atacaklarına inanmak, cahilce bir hayalden başka bir şey değildir. Barışın korunması sadece ve sadece bütün ülkelerin işçilerinin ve barışsever insanların mücadelesi ile başarılı bir şekilde sağlanabilir. Ve bu mücadelenin kendi emperyalist hükümetlerine karşı barışın sağlanmasına hizmet edecek somut taleplerini gerçekleştirmesi için sürdürülmesi gerekmektedir. Ve her kimki bugün buna karşı boğazını yırtarcasına, karşı çıkarak, baş savaş kışkırtıcıları arasında görüşmelerin yapılması için bağırıyorsa, o barış mücadelesini baltalıyor, barış hareketi içerisinde kırkıklığı ve teslimiyet politikası sürdürüyor ve barış hareketinin emperyalist gizli diplomasinin bir oyuncağı yapıyor demektir.

### Tek taraflı silahsızlanma adımına karşı mıyız?

İşte tam da böylesi bir soru DGB Çağrısı'na yöneltilmelidir. Bu çağrıda "genel, eşit ve denetleme temeline silahlanmanın sınırlandırılması" ileri sürülmektedir. İyi hoş ama, şu siyasi gerçeği, yani bu talebin sadece barış hareketinin tek taraflı silahsızlanma adımlarına karşı öne sürülmüş bir talep olduğunu görmek için gözleri kapamak gerekiyor. Bu konuda IG Bergbau ve Enerji Sendikası yayın organı "Einheit"ın baş yazarı Horst Niggemeir DGB'nin Çağrısı'na ilişkin aşağıdaki yorumunda sorunun ne olduğunu açıkça dile getiriyor: "DGB Bildirgesi'nde genel, eşit ve denetleme temeline silahlanmanın sınırlandırılmasından kararlı bir şekilde söz edilmektedir. DGB'nin, sadece batıda silahsızlanmayı öngören "Krefeld Bildirgesi" elebasklarının taleplerini reddedişi herkesçe çok açık bir şekilde görülebilir." (Einheit, 17/1981)

Ayrıca aşırı derecede bir silahlanma yanlısı olan Horst Niggemeir için bile, Almanya'daki barış hareketinin büyük çoğunluğunun Sovyetlerin aşırı derecede silahlanmasını da barışın tehdidi olarak ele aldığı açık olan bir şeydir. İşte tam da bundan dolayı barış hareketi Varşova NATO paktından silahsızlanmayı savunuyor. Fakat her iki paktta da silahsızlanma nasıl sağlanır? Acaba NATO ve Varşova paktı içerisinde sınırsız silahlanmanın sorumlularının birden bire şu açıklamayı yapmaları mı: "Artık zirvalığa son! Şimdi silahsızlanmaya başlanmalı" Bu boş zirvalığa

kim inanmak isterse inansın. Bizim boş gevezeliğe karnımız tok. Biz buna aşırı derecede silahlanma yanlısı olan Horst Niggemeir'in kendisinin bile inmadığı kanısındayız.

Bize göre her iki tarafta da silahsızlanma için tek bir yol vardır: O da bütün ülkelerin (ABD ve Batı Almanya, Sovyetler Birliği ve Doğu Almanya) işçilerinin ve halk kitlelerinin kendi hükümetlerini "tek yanlı" silahsızlanma adımı atmaya zorlamalarıdır. Yeri gelmişken şunu da vurgulayalım: Şayet bu mücadele bazı ülkelerde emperyalizmin yıkılmasında ve işçi sınıfının iktidarı ele geçirmesine yol açarsa, bu görüşümüzce dünya barışının sağlanması için en büyük katkıdır.

Her kimki bugün genelinde batı ülkelerinin, özelinde ise Batı Alman emperyalizminin tek taraflı silahsızlanma tedbirlerine karşı çıkıyorsa, o emperyalizmin karşı tarafı korkutma teorisinden yola çıkıyordur. O kendi emperyalist devletin güçlenmesini ve böylece diğer emperyalist devletlerden üstün olmasını istiyordur. Korkutma teorisinden her kimki yola çıkıyorsa, o ABD yönetimi altında NATO'nun tarafını tutuyordur. Çünkü sadece Federal Almanya Savunma Ordusu ile Sovyetler Birliği'ne ve Varşova Paktı'na ciddiye alınabilecek bir gözdağı verilebileceği görüşü düşünülemez.

DGB Çağrısı'nda bunun açık bir şekilde böyle alınmadığını itirafa edebiliriz. Ancak bu tür düşünceleri satırlar arasında okumak mümkündür. Zaten soruna başka türlü bakılsaydı, bu çağrının hiç bir anlamı olmazdı.

### Bunun için bu çağrıyı imzalamıyoruz!

Almanya'daki barış hareketi ile sendikaların ortak mücadelesini baltalamayı amaçlayan DGB Merkez Yönetim Kurulu'nun Çağrısı'nı neden demagojiye dayanan gerici bir manevra olarak ele aldığımızın nedenlerini ortaya koyduk.

İşte bu nedenden ötürü böyle bir çağrıyı partimiz KPD desteklemeyecektir. Biz barış hareketini hedeflemeyen ve emperyalist hükümet politikasının desteklenmesi için kullanılacak bir çağrıyı imzalamıyoruz.

"Kızıl Şafak"ın gelecek sayısında DGB Barış Çağrısı ile ilgili diğer sorunları ele alacağız.

(„Dafür treten wir nicht ein!“, RM/Nr. 37)

### KPD Merkez Yayın Organı'na abone ol!

„KIZIL ŞAFAK“  
.....sayısından itibaren ismarlamak istiyorum



O yıllık 60 O 6 aylık 30DM O Deneme sayısı

Adı ve Soyadı: .....

Cadde: .....

Şehir: .....

Tarih: ..... İmza: .....

Başvurudan sonra elinize bir formül geçecek. Ödemeyi bu formülle yapınız. Abone ücreti ödenmeden önce gazete gönderilemez. Deneme sayısı ücretsizdir.

Bu formülü doldurduktan sonra kesip şu adrese postalayınız: Verlag "Roter Morgen", Wellingshofer Str. 103, Postfach 3005 26 4600 Dortmund 30.